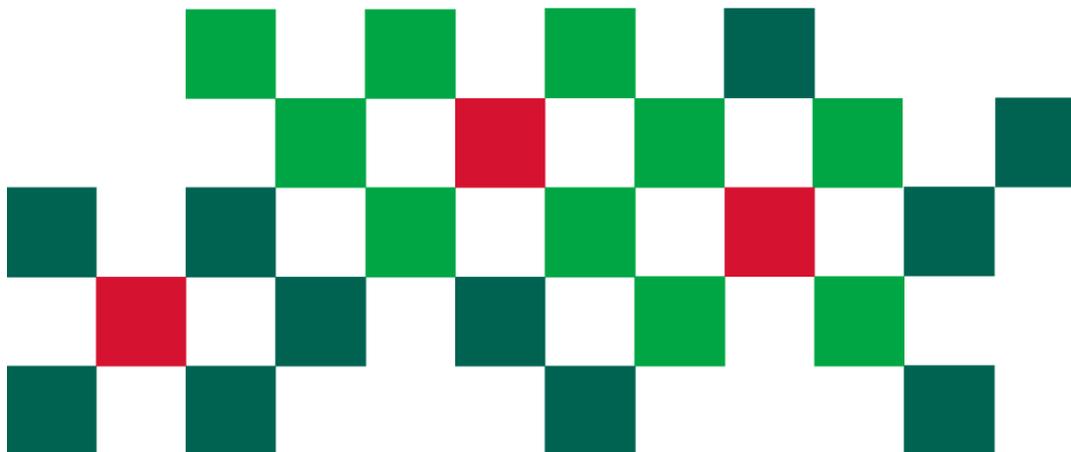


Ticken kleine Städte anders?

Stadtentwicklung und Integrations- politik in Klein- und Mittelstädten



Abschlussveranstaltung des Forschungs-Praxis-Projekts
»Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten –
Sozialräumliche Integration, städtische Identität und
gesellschaftliche Teilhabe«

26. April 2018, ufaFabrik, Viktoriastr. 10–18, 12105 Berlin

Dokumentation der Fachtagung

Ticken kleine Städte anders?

Stadtentwicklung und Integrationspolitik in Klein- und Mittelstädten

Dokumentation der Fachtagung am
26. April 2018
in der ufaFabrik, Berlin

Veranstalter

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Zimmerstr. 13 – 15, 10969 Berlin

Redaktion der Dokumentation

Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
Klaus-Dieter Beißwenger

Bei den vorliegenden Texten handelt es sich um die
redigierten Fassungen der mündlichen Beiträge auf der
Fachtagung.

Fotos

Bernhardt Link

Berlin, August 2018

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



Europäische Union



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Fachliche Begleitung



Tagungsprogramm

10.00 Uhr Begrüßung

Prof. Martin zur Nedden, Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), Berlin

Einführung in die Veranstaltung

Frauke Burgdorff, Burgdorff Stadt – Agentur für kooperative Stadtentwicklung

Key-Note Städtische Entwicklung in der Migrationsgesellschaft

Prof. Dr. Andreas Pott, Universität Osnabrück, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten. Vorstellung und Diskussion von Projektergebnissen

Dr. Bettina Reimann, Difu

11.30 Uhr Gesprächsrunde: Forschung und Praxis im Dialog – Die Essenz von drei Jahren

Frauke Burgdorff im Gespräch mit

- Silke Andresen, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
- Bürgermeister Stephan Kelbert, Stadt Michelstadt
- Birgit Kaiser, Zittauer Stadtentwicklungsgesellschaft
- Maria Lindemann, Erste Beigeordnete Stadt Steinfurt
- Dr. Bettina Reimann, Difu

13.30 Uhr Panel I: Gesellschaftliche Teilhabe – Räume öffnen

Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Prof. Dr. Roland Roth, Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Berlin

Orte der Begegnung – Ansatzpunkte aus den Projektkommunen zur Förderung der sozialräumlichen Integration

Gudrun Kirchhoff, Difu

Joachim Mergen, Caritaszentrum Germersheim

Gesellschaftliche Teilhabe – Rolle der Migrant*innenorganisationen

Breschkai Ferhad, Bundesverband Netzwerke von Migrant*innenorganisationen e. V., Berlin

15.30 Uhr Panel II: Stadt als Spiegel einer vielfältigen Gesellschaft

Migration und urbane Vielheit

Prof. Dr. Erol Yildiz, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Institut für Erziehungswissenschaft

Wir brauchen ein Konzept! Erfahrungen an der Nahtstelle von Stadtentwicklung und Integration

Wolf-Christian Strauss, Difu

Johanna Bächle, Amt für Bildung und Kultur, Stadt Mühlacker

Die Rolle des Quartiers in Integrations- und Stadtentwicklungsprozessen

Enes Biyik, Koordinierungsstelle Soziale Stadtteilentwicklung, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg

17.00 Uhr Gesellschaftlicher Zusammenhalt in einer mobilen Gesellschaft – Wie können Kommunen die Herausforderungen meistern?

Frauke Burgdorff im Gespräch mit

- Prof. Dr. Andreas Pott, Universität Osnabrück
- Ricarda Pätzold, Difu
- Pfarrer Martin Schmelzer, Evangelische Kirche in Mitteldeutschland, Kirchenkreis Merseburg
- Gaby Töpferwien, Landkreis Goslar, Fachbereich Familie, Jugend & Soziales

Moderation: Frauke Burgdorff, Burgdorff Stadt – Agentur für kooperative Stadtentwicklung



Begrüßung

Prof. Martin zur Nedden, Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer, Deutsches Institut für Urbanistik

Meine Damen und Herren, wir freuen uns sehr, dass Sie so zahlreich unserer Einladung zur Veranstaltung gefolgt sind. Dies zeigt uns, dass wir offensichtlich mit dieser Veranstaltung, aber eben auch mit dem Thema insgesamt durchaus im Hinblick auf Aktualität richtig liegen – und ich glaube, auch mit dem Veranstaltungsort, der ja in vielfältiger Hinsicht Vielfalt demonstriert. Wir freuen uns wirklich sehr, dass wir hier heute zu Gast sein dürfen. Vielen Dank der ufaFabrik.

Wir haben mit ersten Überlegungen zu dem Projekt, das der heutigen Veranstaltung sozusagen als Rückgrat dient – „Vielfalt in Zentren von Klein- und Mittelstädten“ – im Jahr 2014 begonnen, also noch vor den Ereignissen im Jahre 2015. Es hat dann ein klein wenig gedauert bis wir die Bewilligung von Fördermitteln hatten, um das Forschungsprojekt starten zu können. Ich nutze gerne die Gelegenheit, um den Fördermittelgebern – das sind die EU, das Land Hessen, ganz wesentlich das BAMF –, aber auch den kooperierenden Ministerien, dem Innenministerium, das nun den Begriff „Heimat“ in seinem Namen führt und dem BMUB als Kooperationspartner zu danken. Und ich danke auch ganz besonders dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, der sich gerade bei dieser Materie, bei der es um Klein- und Mittelstädte geht, als Kooperationspartner anbot.

Meine Damen und Herren, da bin ich gleich bei einem weiteren Punkt: Das Difu steht manchmal etwas in dem Ruf, sich nur um Themen großer Städte zu kümmern. Dem ist mitnichten so. Und ich freue mich, dass wir das mit diesem Projekt und dieser heutigen Veranstaltung auch wieder demonstrieren können. Unser Anliegen ist es, praxisorientierte Forschung durchzuführen. Das war auch der Gedanke der Difu-Gründerväter Anfang der 1970er-Jahre, also vor über 40 Jahren, als in Konsequenz einer für die großen Städte legendären Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in München unter dem Titel „Rettet die Städte – jetzt“ die Idee geboren wurde, ein eigenes Institut zu gründen, um praxisorientierte Forschung, orientiert an den Belangen der Kommunen, aber – und das unterstreiche ich zweimal – unabhängig von deren Größenordnung durchführen zu können. Es ist bis heute unser Anliegen, die „kommunale Familie“ zu unterstützen, auch eine Verbindung zwischen Praxis und

Grundlagenforschung herzustellen. Dazu gehört ganz bewusst der enge Kontakt mit den Akteuren in den Kommunen, um deren Erfahrungen und Sichtweisen kennenzulernen und in unsere Projekte einfließen zu lassen – also auch der enge Kontakt mit vielen von Ihnen, die Sie hier heute bei uns sind. Wir wollen uns in gemeinsamen Diskussions- und Forschungsprojekten mit Ihnen austauschen, erfahren, welche Ziele Sie verfolgen, wie es Ihnen gelingt, diese Ziele umzusetzen, und wen Sie bei der Umsetzung mitnehmen und gewinnen müssen. Wir begleiten Sie dabei, mit dem Ziel, die damit verbundenen Prozesse bestmöglich zu gestalten. In diesem Zusammenhang versuchen wir eben auch, einen Raum für gemeinsame Reflexion zu bieten.

Stadtentwicklung und Integrationspolitik sind zweifelsohne zentrale Handlungsfelder, und zwar in Städten und Gemeinden aller Größenordnung. Die Städte sind immer Orte der Zuwanderung gewesen – und damit auch der Integration von Fremden. Walter Siebel hat in seiner Definition der europäischen Stadt als ein wesentliches Merkmal aufgeführt die Hoffnung auf Emanzipation, sozusagen in Fortsetzung des Begriffs „Stadtluft macht frei“. Das heißt, es sind immer Fremde in die Stadt gekommen in der Hoffnung, auch durch Integration in die Gesellschaft eine neue Zukunft zu haben. Und das hat sich bis heute fortgesetzt und hat, wie wir gerade in den letzten Jahren wieder erlebt haben, in keiner Weise an Bedeutung verloren. Wir arbeiten also sozusagen am Erhalt der europäischen Stadt, wenn wir uns damit beschäftigen, wie wir Integration bestmöglich gestalten. Was man auch feststellen muss – und da trage ich hier ganz sicher Eulen nach Athen: Es gibt keine Patentrezepte, schon gar nicht beim Thema Integration. Die jeweiligen örtlichen Rahmenbedingungen spielen zweifelsohne eine zentrale Rolle für die jeweilige Strategieentwicklung und deren Umsetzung. Dass eine dieser Rahmenbedingungen die jeweilige Größe der Kommune ist und zu unterschiedlichen Herangehensweisen Anlass geben kann, ist sicherlich ganz selbstverständlich. Ob deswegen nun kleine Städte ganz anders „ticken“, ist ein Punkt, den wir heute sicher diskutieren werden. Unterschiede wird es geben, aber ich vermute – und das hat das Projekt ja auch gezeigt –, auch gewisse gemeinsame Prinzipien.

Die Größe einer Stadt definiert schon die Ressourcen, die zur Verfügung stehen. Sie definiert auch, zumindest indirekt, Befugnisse, die die jeweilige Kommune hat – alles Dinge, die bei diesem Thema von großer Bedeutung sind. Denn gerade Ressourcen, Personalressourcen, sind ein zentraler Faktor. Personal – und nicht nur in der Quantität, sondern gerade auch in ausreichender Qualität – ist unbedingt erforderlich, um erfolgreich sein zu können. Aber auch die Frage: Welche Netzwerke kann man bilden? Wie kann man die strategische Ausrichtung gut fundieren? Und dabei stellt sich eine Reihe von Fragen. Ich will nur eine nennen: Was heißt vielfältige Stadtgesellschaft und sozialer Zusammenhalt in unterschiedlichen Raumbezügen, sei es nun in verstädterten oder ländlichen Räumen?

Heute möchten wir Ihnen die Gelegenheit bieten und auch selbst die Gelegenheit ergreifen, sich über diese Herausforderungen einer vielfältigen Gesellschaft auszutauschen und über sozialen Zusammenhalt zu diskutieren. Wir hoffen auf interessante Impulse, gute Gespräche und anregende Diskussionen. Wie das Forschungsprojekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ Forschung und Praxis in Dialog und Austausch gebracht hat, so hoffen wir, diesen Prozess auch heute wieder zu ermöglichen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass uns dies heute auch gelingt, denn wir haben viele Vertreterinnen und Vertreter aus beiden Bereichen hier bei uns. Also stellen Sie uns als dem Durchführer des Projektes, aber auch sich gegenseitig Fragen und überprüfen Sie mit uns gemeinsam vermeintliche Gewissheiten anhand Ihrer eigenen kommunalen Erfahrung. Und umgekehrt, vielleicht können Sie hier und heute auch einiges für Ihre Praxis mitnehmen. Die heutigen Vorträge und Impulse werden hierzu einen wichtigen Beitrag leisten und uns bei der Umsetzung unterstützen. Ich danke allen, die sich bereit erklärt haben, uns heute mit solchen Beiträgen zu unterstützen.. Danke dafür, dass Sie hier heute bei uns sind und sich mit einem Input einbringen.

Integration ist ein langer Weg, und dieser Weg ist sicher nicht nur schwierig, sondern es ist noch eine ziemliche Wegstrecke zurückzulegen. Obwohl man auch immer wieder ganz deutlich sagen muss, dass gerade in den

Kommunen eine ganze Menge an erfolgreichen Aktivitäten geleistet wurde, gerade auch in der jüngsten Zeit. Aber es ist eben ein Dauerthema.

Und auch wir als Difu sehen dieses Thema als Dauerthema an. Insofern hoffen wir, auch in Zukunft zu diesem Thema mit Ihnen in Kontakt bleiben zu können. Sie finden in Ihren Tagungsunterlagen ein Positionspapier des Difu „Integration in Bewegung bringen – die Handlungsfähigkeiten von Klein- und Mittelstädten stärken“. Es ist eines von mehreren Produkten, die aus dem Projekt hervorgegangen sind bzw. in Zukunft noch hervorgehen werden. So finden Sie in den Unterlagen auch einen Hinweis auf die in Kürze erscheinende Publikation in unserer Reihe Edition Difu „Vielfalt gestalten – Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten“, in der die Ergebnisse des schon genannten Forschungs-Praxis-Projektes enthalten sind. Und wir freuen uns sehr, dass wir diese Publikation kostenlos anbieten können, weil sie über das Projekt gefördert ist. Auch dafür den Fördermittelgebern herzlichen Dank. Wir freuen uns schon auf Ihre Bestellung.

Wir, das Difu, und insbesondere die Projektbeteiligten unseres Instituts, Frau Dr. Reimann, Frau Kirchhoff, Frau Pätzold und Herr Strauss – denen ich bei dieser Gelegenheit auch gerne für ihre engagierte Arbeit an dem Projekt danke –, möchten Sie alle mit diesem Papier und der heutigen Tagung zur Diskussion einladen. Ein ganz besonderer Dank gebührt den Mitwirkenden aus den neun Projektkommunen. Sie alle haben sich über knapp drei Jahre engagiert an dem Projekt beteiligt. Und das ist – ich weiß es aus eigenem Erleben – zusätzlicher Aufwand neben dem „Tagesgeschäft“, es liegt ja wahrlich genug auf den Tischen, was zu erledigen ist. Insofern wissen wir das wirklich ganz besonders zu schätzen. Wir haben die große Hoffnung, dass die Projektergebnisse auch ein bisschen Lohn für diese zusätzliche Arbeit sein werden. Last but not least danke ich Frauke Burgdorff, die dankenswerterweise die Moderation der Veranstaltung übernommen hat, und wünsche uns allen eine interessante Veranstaltung. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Einführung in die Veranstaltung

Frauke Burgdorff, Burgdorff Stadt – Agentur für kooperative Stadtentwicklung

Lieber Martin zur Nedden, liebe Frau Reimann, Frau Kirchhoff, ich bin sehr froh, dass ich diesen heutigen Tag moderieren darf. Ich bin von Hause aus Raumplanerin und nicht Moderatorin, komme sozusagen „irgendwie“ vom Fach. Ich bin aus zwei Gründen besonders froh, dass ich moderieren darf. Der Erste ist: Ich liebe Moderationen, bei denen ich ganz viel lernen kann. Das ist wunderbar, für mich erspart das ein bisschen das Bücherlesen. Ich werde sicherlich trotzdem die Publikation bestellen. Aber es ist natürlich viel schöner, wenn man live und in Farbe diejenigen bei sich hat, die, sagen wir mal, um die Erkenntnis gerungen haben. Das ist der eine Grund, warum ich sehr froh bin, heute hier zu sein, mit Ihnen sprechen zu dürfen. Also ganz bewusst mit Ihnen allen und nicht nur mit den Experten hier vorne. Der zweite Grund ist: Dadurch, dass es hier um Klein- und Mittelstädte geht und auch ich – muss ich gestehen – mich in den letzten 20 Jahren vor allem um das Wohl und Wehe von Großstädten gekümmert habe, sehe ich hier unglaublich viele unbekannte Gesichter. Das ist richtig schön, weil man ansonsten häufig das Gefühl hat, auch wenn das Difu einlädt: Ah ja, Familientreffen, ich kenne ja alle. Nein, hier sitzt eine neue Familie, und wie ich eben dem warmen Applaus an die Projektorganisatoren und Projektleiterinnen entnommen habe, ist hier auch schon ein bisschen ein Familiengefühl gewachsen, sehr schön.

Ich darf Sie durch den Tag führen. Wir sitzen nicht umsonst in einem aufgegliederten V. Das soll Sie ermutigen, auch Gespräche von hier nach dort zu führen, und nicht nur von da nach da. Weil: Sie sind alle Experten, Sie sind die Experten Ihrer eigenen Kommune. Das Spannende ist doch, dass die Key-Note-Impulsgeber und die Experten, die heute sprechen werden, alle im Vorfeld gesagt haben: Ja, ich komme ganz gerne, aber Klein- und Mittelstädte? Das heißt, wir müssen heute den Grundstein dafür legen, dass ein Forschungsdefizit sukzessive behoben wird. Denn mit solch einer Veranstaltung wird natürlich auch ein Fundament dafür gelegt, dass irgendwann einmal in den Universitäten entsprechende Seminare angeboten werden, dass Doktorarbeiten geschrieben werden um Ihre Themen herum, und nicht nur um die Berliner und Hamburger und Münchener Themen. Deswegen ist es auch ein Stück weit Pionierarbeit, die Sie geleistet haben. Auch

das kann man, glaube ich, nicht hoch genug schätzen und anerkennen.

Nun zum heutigen Tag. Wir haben eigentlich einen relativ simplen Aufbau, wie Tagungen eben so sind, und das hat sich auch bewährt. Wir haben zunächst einmal eine Key Note – dabei soll einfach noch einmal die Perspektive geöffnet werden. Dabei wird uns Herr Pott helfen. Dann tauchen wir hinein ins Projekt. Frau Reimann wird ein paar Schlüsselerkenntnisse aus dem Projekt erläutern, sicherlich auch noch mal etwas zu den Thesen sagen. Dann haben wir die Chance, auf dem Podium, auf diesen bunten Sesseln, über die Essenzen dieser drei Jahre Zusammenarbeit zu diskutieren, mit kommunalen Vertretern, mit einer Vertreterin des BMUB und mit dem Forschungsteam. Dann kommt die Mittagspause, Zeit zum Netzwerken, Zeit zum Austauschen. Danach haben wir am Nachmittag zwei unterschiedliche Panels. Zunächst ein Panel, bei dem es um Vielfalt, Integration und Teilhabe geht, also um das Thema Mitwirkung, Teilhabe: wie kriegen wir die Menschen in Bewegung? Beim zweiten Panel liegt der Schwerpunkt eher auf der Frage: Was für Strukturen müssen wir schaffen? Was sind die Pläne, die wir entwickeln müssen, damit Integration keine Eintagsfliege oder spontaneistisch bleibt, sondern damit Integration quasi das Fundament unserer gemeinsamen Arbeit ist? Und zum Schluss werden wir den ganzen Ablauf des Tages auf einem Podium reflektieren.

Was die Gesprächskultur des heutigen Tages angeht, das haben Sie schon gemerkt: Wir kommen „runter“. Wir möchten mit Ihnen ins Gespräch kommen, Sie sind die Experten. Ich habe nur drei Spielregeln für die Diskussionen heute. Die erste Spielregel ist: Hören Sie sehr aufmerksam zu, wenn jemand spricht. Die zweite Spielregel ist: Wenn Sie sprechen, fassen Sie sich kurz, dann hören die anderen auch gerne zu. Und ich fände es drittens sehr schön, wenn Sie wie auch ich heute alles im Geist des Lernen-Wollens tun, so dass Sie sagen können: Wir sind heute hier, um unsere Gewissheiten zu überprüfen. Wo kann ich meine Position vielleicht heute noch einmal schärfen oder vielleicht sogar verändern, vielleicht sogar über den Haufen werfen? Wer weiß, was alles im Laufe des heutigen Tages passiert.



Städtische Entwicklung in der Migrationsgesellschaft

Prof. Dr. Andreas Pott, Universität Osnabrück, Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien

Ich freue mich sehr, dass ich hier bin, herzlichen Dank für die Einladung. Letztlich bin ich in einer etwas ungewöhnlichen Situation, Frau Burgdorff hat es schon angedeutet. Sie sind die Expertinnen und Experten zu dem Thema, zu dem ich heute sprechen soll. Das ist insofern ungewöhnlich, ein bisschen „anders herum“. Ich forsche seit vielen Jahren im Bereich der Migrationsforschung, als Geograf bin ich an entsprechenden Fragestellungen interessiert, durchaus auch an städtischen Fragestellungen, aber von Klein- und Mittelstädten habe ich bis jetzt keine Ahnung. Insofern bin ich sehr gespannt, was das Aufeinandertreffen der unterschiedlichen Erfahrungen heute bringt und wie wir miteinander umgehen. Ich freue mich darauf.

Ich möchte, bevor ich im engeren Sinne in die Argumentation meines Vortrags einsteige, ein paar Vorbemerkungen machen, um Begriffliches zu sortieren und klarzumachen, wie ich die Begriffe im Vortrag verwende. Ich spreche von städtischer Entwicklung, Sie sprechen von städtischer Entwicklung in der Migrationsgesellschaft. Städtische Entwicklung ist erst einmal ein sehr weiter Begriff, es geht also heute um Städte und ihren Wandel. Und ich fasse darunter erst einmal alles Mögliche, nicht nur Politik und Verwaltung und Planung, sondern auch Bevölkerung und ihr Wandel, die verschiedenen Institutionen, Organisationen und das, was man so in Städten finden kann. Es ist also erst einmal ein sehr heuristischer, sehr weiter Begriff. Wenn ich von Migrationsgesellschaft spreche, mache ich das ganz bewusst. Ich spreche nicht von dem politischen Begriff der Einwanderungsgesellschaft, nicht von dem sozialtheoretischen Begriff der Gesellschaft. Ich rufe auch keine neue Wissensgesellschaft auf, sondern ich möchte mit dem Begriff darauf aufmerksam machen, dass wir von einer Migrationsgesellschaft dann sprechen können, wenn wir alle möglichen Formen von Bewegung beobachten, die permanent stattfinden. Nicht nur Zuwanderung, Einwanderung, sondern auch Auswanderung, Durchwanderung, Rückwanderung, Pendelbewegung, interne Migration usw. usf., und wenn dies – und das sieht man, wenn man in die Geschichte blickt – zur Normalität des gesellschaftlichen Lebens, des gesellschaftlichen Wandels gehört. Was in den letzten Jahrzehnten dazugekommen ist zu dieser Normalität, das ist eine Beobachtung genau dieser Tatsache, die zu einer Reflexion über diese Pro-

zesse und über die Selbstverständlichkeit des Daseins, des Existierens von Migration geführt hat.

Diese reflexive bis selbstreflexive Situation sehen Sie an der Tatsache, dass wir uns an solchen Orten, zu solchen Themen zusammenfinden und Integrationskonzepte diskutieren und dergleichen mehr. Die Situation erlaubt es uns, im Sinne von Migrationsgesellschaften genau auf diese Schleifen zu achten und darauf scharfzustellen. Und das machen wir heute, indem wir uns um Migration und Städte kümmern. Das ist ein Begriffspaar, ein Nexus von Diskussionen, den es in der Forschung schon ganz lange gibt und den es auch in der beobachteten empirischen Realität schon ganz lange gibt, weil Stadt und Stadtgeschichte gar nicht ohne Migration zu denken sind.

In der Migrationsforschung, für die ich heute spreche, werden Städte ganz häufig Thema, zumindest werden sie indirekt Thema. Städte sind natürlich Ziele von Migrationsbewegungen, zentrale, ganz wesentliche Ziele. Deshalb blicken Forscher oft in Städte. Städte dienen als Beispiele für zu untersuchende Prozesse, als Fallbeispiele, als empirische Fälle. Und ganz häufig auch einfach als Lieferanten von Daten, weil dort eben Interviews geführt werden, Statistiken vorliegen, produziert werden usw. Nicht zuletzt kommen Städte so zentral in der Forschung vor, weil die Stadtforscherinnen und Stadtforscher üblicherweise in Städten sitzen, nämlich an Instituten, die sich in Städten befinden, häufig in Großstädten. Und dann forschen sie sehr häufig aus Zeitgründen vor der Haustür. Insofern entsteht eine ganz starke Engführung dieser zwei Debatten um Stadt und um Migration. Das begann eigentlich schon vor hundert Jahren mit der Chicagoer Schule. Die Stadtforscherinnen und Stadtforscher dort um Robert Park herum haben versucht zu verstehen, was eigentlich passiert in diesem dynamischen Kosmos Chicago, der sehr stark durch Einwanderung geprägt war, geprägt ist. Sie kennen dieses Modell wahrscheinlich noch aus dem Geografieunterricht in der Schule, das Zonenmodell der Stadtentwicklung, das sehr stark verbunden ist mit Vorstellungen von Prozesshaftigkeit, einem intergenerationalen Prozess, in dem erstmals in der Forschung Begriffe wie Segregation, Inversion, Sukzession auftauchten, teilweise übernommen aus der Biologie. In dem es darum

ging zu verstehen, wie im Generationenwandel die Personen, die hinzukamen, auch unterschiedliche Orte in den Städten einnahmen und um unterschiedliche Orte und Bedeutung der Orte rangen. Heute würde man vielleicht weniger von Assimilation und derartigen Prozessen sprechen, sondern stärker von Diversifizierung.

Hinweisen wollte ich darauf, dass schon damals Stadtentwicklung und Migrationsforschung ganz eng zusammenhingen und zusammengeführt wurden, so dass ich behaupten würde: Es gibt nicht nur einen methodologischen Nationalismus in der Forschung – der Begriff ist Ihnen vielleicht schon einmal untergekommen –, also dass man sich sehr stark an dem immer wieder betonten „Behälter“ Nationalstaat orientiert, diesem eine unheimlich große Macht zuschreibt und auch die ganzen Daten in der Forschung immer über nationale Statistiken usw. verwendet und sich damit in gewisser Weise „Scheuklappen“ auferlegt. Es gibt vielmehr auch einen methodologischen Urbanismus, der zu bestimmten Lücken in der Aufmerksamkeit führt, das betrifft nicht nur Klein- und Mittelstädte, sondern auch den ländlichen Raum und ganz andere Themen. Aber er dient, ganz forschungspraktisch gedacht, als Mittel der Reduktion von Komplexität, auf die wir immer treffen, wenn wir uns mit sozialen Prozessen beschäftigen. Das ist insofern wichtig für das, was wir heute diskutieren wollen. In der Stadtforschung wird Gesellschaft sehr häufig auf kleiner Basis gedacht, als Lokalgesellschaften, städtische Gesellschaften, als sei Gesellschaft in dieser Box der Stadt existent bzw. systematisch strukturiert. Das ist, glaube ich, nicht unproblematisch. Ich gehe zumindest davon aus, dass alle Orte in einem Land wie Deutschland sich in der Gegenwartsgesellschaft befinden, in der modernen, postmodernen – wie immer Sie sie bezeichnen wollen – Gesellschaft, die gekennzeichnet ist durch Differenzierung von großen Sinnssystemen, von Großbereichen – Wirtschaft, Politik, Sport, Wissenschaft usw. Und diese sind erst einmal unräumlich, sie operieren nicht nur lokal, sie operieren nach anderen Logiken. Ich würde Armin Nassehi folgen, der vor einigen Jahren formuliert hat, dass wir eigentlich Städte denken müssen als Lokalität auf der Basis gesellschaftlicher Differenzierung. Das ist im Übrigen auch eine Begründung dafür, dass das, was in kleineren Städten passiert, sich in vielerlei Hinsicht gar nicht so stark unterscheidet von dem, was in größeren Städten passiert.

Ich möchte jetzt in der nächsten halben Stunde zu vier Punkten etwas sagen. Ich blicke einmal kurz in die Geschichte der Stadt- und Migrationsforschung, weil es da einen sehr interessanten Fall zu Klein- und Mittelstädten gibt, an dem man einiges lernen kann für die Gegenwart und an dem man im Kontrast auch sieht, was sich vielleicht verändert hat. In beiden Fällen – und gerade, wenn man in die Gegenwartsdiskussion blickt – kommt man an dem Begriff der Integration gar nicht vorbei. Ich hatte gar nicht vor, als wir vor ein paar Wochen sprachen, hier über Integration zu sprechen, aber jetzt in der Vorbereitung

dachte ich: Doch, das muss man. Man muss immer wieder über Integration sprechen und auch noch einmal ein Fragezeichen hinter diesen Begriff setzen. Dieser wird natürlich in der Praxis vollkommen selbstverständlich verwendet, wir meinen alle zu wissen, was darunter zu verstehen ist. Auch in den Sozialwissenschaften ist es ein ganz üblicher Begriff. Und dennoch: Integration mit Fragezeichen. Und vor diesem Hintergrund möchte in einem Ausblick kurz ein paar Gedanken vorstellen, die ich hatte, als ich mir jetzt noch einmal verschiedene Integrationskonzepte angesehen habe, mit denen Sie ja auch in dem Forschungsvorhaben zu tun hatten. Das ist der Plan.

Die klassische Studie, mit der ich beginnen möchte, ist eine Studie von Norbert Elias und seinem Schüler John Scotson aus den 1960er-Jahren. Die beiden haben eine Kleinstadt untersucht und das berühmte Buch geschrieben „Etablierte und Außenseiter“. Die Kleinstadt hatten Sie „Winston Parva“ genannt, eine kleine Vorortgemeinde in den englischen Midlands, die ungefähr 5.000 Einwohner hatte, also das, was wir heute eine Kleinstadt nennen würden. Es war eine typische Arbeitersiedlung europäischer Industrieregionen, die lange Zeit aus zwei Zonen bestand, nämlich einer sogenannten besseren Gegend, in der die Angehörigen der Mittelklasse in einzelnen Doppelhäusern lebten, und dem alten Kern, dem alten Teil mit engen Gassen, Hinterhöfen, engen Nachbarschafts-, Verwandtschaftsverhältnissen – also das, was man ein Dorf nennen könnte. Und dann kam in den 1930er-Jahren ein neuer Stadtteil hinzu, hinter der Bahnlinie. Ein Ortsteil, in den Arbeiter einzogen aus anderen Gegenden Englands. Sie migrierten nach „Winston Parva“, um dort in den gleichen Betrieben in der Industrie zu arbeiten. Und obwohl die Zugezogenen und die schon länger dort Wohnenden in den gleichen Betrieben als Industriearbeiter arbeiteten, blieben sich die beiden Ortsteile sehr lange und sehr deutlich fremd. Die neuen Bewohner galten den alten als faul, als dreckig, als kriminell, als triebhaft. Das Gebiet wurde „die Rattengasse“ genannt, „Cockney Colony“ usw. Und an der Stelle setzten Elias und Scotson an und versuchten zu verstehen, was da eigentlich passiert. Sie beobachteten, dass eben nicht nur räumlich, sondern sozial in den ganzen Beziehungen immer wieder eine Unterscheidung hergestellt wurde zwischen den Bewohnern der Zone 2 und der Zone 3, also diesem alten Kern und dem neuen, zwischen den etablierten Bewohnern und den Außenseitern. Das Interessante daran war, dass die Unterscheidung gezogen wurde, obwohl es nicht eine Frage der Hautfarbe, der Nation, der Religion, des Bildungsniveaus, der beruflichen Tätigkeiten oder des Einkommens war. Und dennoch blieben die beiden Viertel einander fremd. Die entscheidende Grenze war also diejenige zwischen den Alteingesessenen und den Neuhinzugekommenen. Die Alteingesessenen waren in die verschiedenen sozialen Kreise der Stadt natürlich ganz anders integriert. Und überraschend schien den beiden Forschern auch Folgendes: Die kollektive negative Etikettierung der Neuen über das, was sie Schimpfklatz

nannten, führte dazu, dass die Außenseiter nach einiger Zeit diese Stigmatisierung annahmen, internalisierten und sich teilweise dann auch genauso verhielten, wie es ihnen zugeschrieben wurde. Durch die Abwertung der Außenseiter seitens derjenigen im alten Ortsteil wurde eine „Dahinten-Gruppe“ konstruiert. Und darüber konnten sich die Etablierten als „Wir-Gruppe“ neu rahmen, neu erfinden und dann auch teilweise individuell subjektiv aufwerten. Das machten sie dann auch durch Klatschformen, durch den Lobklatsch. Außerdem besaßen sie eine Macht zu definieren, welches die entscheidenden, die gültigen Normen, die sozialen Ausschlusskriterien in diesem lokalen Kosmos waren. Das heißt, diese Ausschlussprozesse, diese Grenzziehungen führten letztendlich zu Integrationsprozessen, nämlich zum Zusammenhalt der einen Gruppe in dem alten Viertel und der anderen Gruppe in dem neuen Viertel, also zu so etwas wie Binnen-Integrationsprozessen.

Wenn Sie das hören, wird es Ihnen ganz bekannt vorkommen, es ist ein bekannter Prozess des sozialen Geschehens. Und deswegen ist diese Studie auch so berühmt geworden, weil es nämlich eine Grundfiguration, um die Begrifflichkeit von Elias zu verwenden, von menschlicher Beziehung ist. In dieser Figuration geht es um die Grenzziehung zwischen Einheimischen, zwischen Etablierten und Außenseitern. Und Sie merken schon beim Zuhören, dass ganz vieles von dem, was wir in dieser Studie vorgeführt bekommen, übertragbar ist auf die heutige Zeit. Vieles ist übertragbar auf Fragen der Migrationsforschung, denn die Unterscheidungen, die in „Winston Parva“ noch nicht so entscheidend waren, eben Nationalität, Religion, Bildungsniveau, sind in ganz anderer Form mit vielen Migrationsprozessen verbunden. Wichtig ist, dass das soziologische Alter der Gruppe ein zentrales Element dieser Prozesse ist, verbunden mit einer räumlichen Separierung. Das lädt geradezu ein zu Zuschreibungs- und Ethnisierungsprozessen, zur Produktion von besonderen Rangordnungen, die sich genau an diesen Kriterien festmachen. Das sehen wir auch heute in vielen Klein- und Mittelstädten, in denen wir ja durchaus auch segregierte Verhältnisse vorfinden und auch Verhältnisse, die so etwas wie kumulierte Soziallagen oder auch Problemlagen hervorbringen.

Auch die „Soziale Stadt“ ist als Entwicklungsprogramm in Klein- und Mittelstädten vertreten. Ich war selbst einmal beteiligt an dem Quartiersmanagement in einer solchen Stadt, einer Randgemeinde von Osnabrück, nämlich Belm. Was wir an dem Beispiel „Winston Parva“ auch noch einmal in Erinnerung gerufen bekommen, ist, dass es sehr stark um Sichtbarkeit geht, nicht nur um Gruppen- und Ortsimages und Bilder, sondern eben auch um Sichtbarkeiten, die produziert werden. Wir sehen allerdings auch, dass sich offenbar einiges verändert hat. Man kann also verschiedene Fragen daraus ableiten. Man kann sich sofort fragen: Sind denn eigentlich diejenigen, die vor ein paar Jahrzehnten noch Außenseiter waren, zum Beispiel

die sogenannten Gastarbeiter, Gastarbeiterinnen der ersten Stunde, inzwischen die Etablierten in den jeweiligen Orten oder sind sie Teiletablierte? Ist das ein Prozess, der so stattfindet, wie Elias ihn beschrieben hat?

Man wird heute auch sagen – und das deutete ich eben an mit „Lokalität auf gesellschaftlicher Basis“ –, dass wir allorten eine hohe Komplexität antreffen, die hervorgebracht wird durch die sehr unterschiedlichen Sinnsysteme, an denen man teilnimmt. Diese tendenzielle Unüberschaubarkeit und Komplexität findet sich auch in einer kleinen Dimension, im kleinen Maßstab. Insofern sind Begriffe wie Homogenität und Überschaubarkeit, mit denen oft operiert wird, wenn es um Klein- und Mittelstädte geht, ein Stück weit sicherlich Mythen, die es immer auf Distanz zu halten und auch zu dekonstruieren gilt. Aber was wir heute sicherlich in noch viel stärkerem Maße vorfinden, ist eine sehr hohe Fluktuation, ein Wandel, eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur auch in lokalen Kontexten, eine starke Mobilität, eine Pendelbewegung, eine zirkuläre Migration. Und wir beobachten vor allem demografische Veränderungen, die vor 50, 60 Jahren in Klein- und Mittelstädten sicherlich in der Form noch nicht so intensiv zu beobachten waren.

Demographische Entwicklung: Eine Gesellschaft von Minderheiten ?!



Anteil Personen mit "Migrationshintergrund" in deutschen Großstädten (MigraPro)		
	2007	2016
Frankfurt am Main	42%	50%
Nürnberg	40%	45%
Augsburg	38%	44%
St. Offenbach (130.000 Einwohner)		61%
M. Heilbronn (123.000 Einwohner)		52%
K. Sindelfingen (64.000 Einwohner)		52%
H. Germersheim (21.000 Einwohner)	58%	(63%)
D. Mühlacker (26.000 Einwohner)	37%	(58%)

Das wäre mein zweiter Punkt: mit Blick auf die Gegenwart Ihnen ein paar Beobachtungen zusammenzufassen, die daran orientiert sind zu verstehen, was eigentlich demografisch passiert in der Migrationsgesellschaft und ob wir uns auf einem Weg befinden – oder ich bin mir eigentlich relativ sicher, dass wir das tun – zu einer Gesellschaft, die aus Minderheiten besteht. Dabei denkt man sofort an die großen Städte. Sie haben es vielleicht in der Presse verfolgt, dass es jetzt in Deutschland seit ganz wenigen Jahren Städte gibt, deren Anteil der Bevölkerung, die einen sogenannten Migrationshintergrund hat, bei über 50 Prozent liegt, also die Mehrheit der Bevölkerung aus Minderheiten besteht: Offenbach, Frankfurt am Main, Augsburg, das sind die Beispiele, die immer genannt werden. Sie sehen andere, die schon relativ nah an diese rein demografische Zahl der 50 Prozent heranreichen. Und Sie sehen interessanterweise, dass das auch für Mittelstädte gilt – teilweise sogar in stärkerem Maße. Gegenwärtig sind wir mit einem Kooperationsprojekt in Sindelfingen

aktiv. Dort liegt seit zwei Jahren der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei über 50 Prozent. Ich habe in Ihrer Kurzzusammenfassung gesehen, dass Letzteres auch für zwei Gemeinden aus dem Forschungsverbund zutrifft, Germersheim und Mühlacker, die, wenn man auf die Innenstadtbereiche blickt, sogar noch viel höhere Anteile von Bevölkerung mit Migrationshintergrund haben. Das ist bemerkenswert. Es gilt also nicht nur, was wir international für Großstädte, Metropolen beobachten: Dass die alteingesessene Bevölkerung nicht mehr zur demografischen Mehrheit gehört. Sondern es gilt für zunehmend viele Städte und Kommunen auch in einem Land wie Deutschland. Man müsste sich erst einmal Gedanken darüber machen: Was ist das eigentlich, der Migrationshintergrund? Ist das lediglich eine Begrifflichkeit, die vor einiger Zeit statistisch eingeführt wurde. Sie wird unterschiedlich verwendet. Das möchte ich dann im Detail sehen, wer da alles einbezogen und berücksichtigt wird. Ich möchte nur darauf hinweisen: Man müsste sowohl Personen aus der sogenannten ersten Generation der Migrantinnen und Migranten unterscheiden, die sowohl Ausländer als auch Deutsche mit Migrationshintergrund sein können, zu denen dann auch die neu zugezogenen Flüchtlinge usw. gehören, als auch Personen der zweiten und der dritten Generation, die dann auch Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund sein können. Es handelt sich also um ein definitorisch recht differenziertes Feld, das man sich im Einzelnen genauer anschauen könnte, was sich hinter der Variablen „Migrationshintergrund“ verbirgt.

nicht nur in den Geburtskliniken, das sehen Sie in den Kindergärten, in den Schulen usw. Es ist tatsächlich beeindruckend. Ich würde das nicht mehr nur demografischen Wandel nennen, sondern eine demografische Revolution. Ich möchte es nicht überstrapazieren, aber es ist schon etwas, das mir historisch in dieser Dimension zumindest für Deutschland neu scheint.

Beispiel Sindelfingen

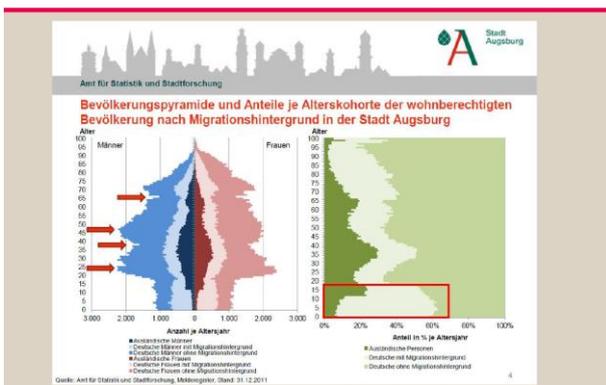


Migrationshintergrund nach Alter in ausgewählten Siedlungsbezirken (Stand: Ende 2016)

	gesamt	unter 18	unter 6
Innenstadt	65%	83%	84%
Eschenried	64%	85%	86%
Eichholz	62%	81%	86%
Goldberg	62%	83%	85%
Hinterweil	53%	75%	72%
Unter den Weinbergen	35%	54%	56%
Darmsheim	30%	42%	41%
Schleicher	29%	43%	53%

Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Sindelfingen

Vielfalt wächst von unten auf



Mir ist es wichtig, hier zu unterscheiden zwischen denjenigen, die ankommen, und denjenigen, die schon lange da sind bzw. die Kinder und Kindeskindern derjenigen sind, die ankommen. Das sehen Sie, wenn Sie, so „geeicht“, auf Bevölkerungsstatistiken und -pyramiden blicken, in ganz vielen Fällen. Ich habe einmal den bekannten, viel-diskutierten Fall der Stadt Augsburg herausgesucht. Hier sehen Sie sehr schön die verschiedenen Gruppen und die Zeiten, zu denen verschiedene Gruppen zugewandert sind. Sie sehen vor allem, wie der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund gerade in den jungen Kohorten enorm und rasant zunimmt. Das kennen und sehen Sie

Jetzt werde ich immer wieder kurz auf das kleine Sindelfingen am Rande von Stuttgart, wo Daimler seine großen Werke hat und es eine lange Migrationsgeschichte gibt, zu sprechen kommen, wo man ganz beeindruckende Zahlen sieht. Sie sehen gerade in der jüngeren Generation Migrationsanteile, die so im öffentlichen Diskurs häufig nicht aufscheinen. Wir sehen auch – und auch das wird für einige der untersuchten oder hier thematisierten Kommunen gelten – eine starke Diversität der Herkünften. Es gibt immer wieder, je nach Ort, Gruppen, die einen deutlich höheren Anteil an der Wohnbevölkerung einnehmen. Wir beobachten in der Forschung in den letzten zwei, drei Jahrzehnten, jetzt noch einmal durch Fluchtbe-wegungen vorangetrieben, eine Globalisierung von Her-künften und damit auch von Bezügen. Wenn man Klein- und Mittelstädte genauer betrachtet, sieht man, dass sie intern noch einmal differenziert sind und man verschiedene Viertel unterscheiden kann. Es ist ganz üblich, dass wir wie auch in größeren Städten so etwas wie Ankunftsviertel, Ankunftsgebiete finden, die einen höheren Anteil von Ausländern, also Menschen mit ausländischem Pass, einen höheren Anteil von im Ausland Geborenen, ob jetzt mit oder ohne Migrationshintergrund, haben. Dann gibt es andere Viertel, in denen Vielfalt in ganz anderer Form etabliert ist. In denen zum Beispiel der Anteil der in Deutschland Geborenen wesentlich höher liegt. Auch hier sehen wir beeindruckende Veränderungen, gerade in den jüngeren Generationen. Das ist mir deshalb so wichtig, weil es für die gesamte Integrationsarbeit vor Ort, auch für diejenige Generation, die die lokale Gesellschaft tragen soll und tragen wird und die auch ganz bestimmte Kompetenzen entwickelt, sehr entscheidend ist. Auch in Deutschland bewegen wir uns auf darauf hin, dass diese Anteile stark zunehmen, je stärker Sie in die jüngeren Kohorten blicken. Das ist eine Kontextbedingung in der

Migrationsgesellschaft, die auch für Klein- und Mittelstädte gilt. Das heißt, die Vielfalt wächst in gewisser Weise Stück für Stück. Die Vielfalt ist nicht wesentlich durch Neuzuwanderung geprägt, Neuzuwanderung findet permanent statt, sondern sie ist eben über Generationen gewachsen.

Das führt natürlich sofort zu der Frage: Wer ist denn hier das „Wir“? Und was ist eigentlich mit der zweiten und dritten Generation, über die wir oft viel zu wenig nachdenken? Wir finden darüber hinaus ganz viele weitere Überschneidungen von verschiedenen Differenzkategorien. Das möchte ich jetzt auch nicht ausführen, aber es führt dazu, dass in der Forschung sehr viel von Diversität gesprochen wird, teilweise, mit Steven Vertovec, von „Superdiversität“. Es geht also um ganz vielfältige Bezüge, auch Familienkonstellationen. Ein Kollege von mir führt gerade ein wunderbares Projekt durch, in dem es um Familiengenealogien, Familiengeschichten über vier Generationen geht. Da fragen Schülerinnen und Schüler in Schulen von Klein- und Mittelstädten tatsächlich nach ihren Eltern, Großeltern und Urgroßeltern. Dann wird das kartiert und aufgezeichnet, und siehe da: Fast in jeder Familie gibt es Migrationsgeschichte. Das verändert den Blick auf solche Begriffe und das Verständnis von „Wir“ und „die Anderen“. Das heißt, wir sollten vorsichtig sein, wenn wir mit ethnischen Kategorien arbeiten. Dazu gehört letztendlich auch der Migrationshintergrund, der nur ein Unterscheidungsmerkmal ist und der zunehmend weniger aussagt. Ethnische Zugehörigkeit gewinnt immer wieder neue Relevanz, ja, wird auch immer wieder neu in soziale Beziehungen eingebracht, aber gleichzeitig verliert sie ganz stark an Bedeutung. Und das ist wichtig, damit wir nicht immer diese alte Unterscheidung reproduzieren.

Wenn man sich vor diesem Hintergrund in Klein- und Mittelstädten bewegt und dort entweder selbst Forschung durchführt oder die Forschung anderer beobachtet, dann stellen sich ein paar Eindrücke ein. Diese sind jetzt nicht sehr theoretisch, sondern es sind sehr „hemdsärmelige“ Beschreibungen, zu denen ich durch solche Beobachtungen gekommen bin. Ich stelle fest, dass eigentlich selten, wenn von Migrant*innen vor Ort geredet wird, unterschieden wird zwischen den Zuwanderern und den nachfolgenden Generationen. Die werden häufig alle „in einen Topf geworfen“. Entweder werden die einen übersehen oder sie werden sehr ähnlich adressiert. Und wenn von der zweiten, dritten Generation die Rede ist oder wenn diese Personen angesprochen werden, werden sie sehr häufig in einer Form verfremdet, die überrascht, weil sie ja in dem Ort groß geworden sind. Da wird das Fremde, das Andere sehr betont, sodass man immer wieder darauf trifft, dass Migration und der Migrationshintergrund in der Gemeinde an „Stellen“ thematisiert werden, an denen man gar nicht so sicher ist: Was spielt das eigentlich für eine Rolle oder sollte das für eine Rolle spielen in alltäglichen Beziehungen? Es wirkt teilweise wie eine künstliche „Neurahmung“. Das ist die Konstellation, die ich sehr häufig beobachte. Und das ist in den letzten Jahren in vielen Orten stark

überlagert worden durch Fluchtzuwanderung. Das Thema überlagert sozusagen die Migrationsverhältnisse in den Kommunen auch dahingehend, dass über Themen wie Sprache ganz neu und wieder sehr intensiv diskutiert wird. Ein Phänomen, das für die zweite, dritte Generation in vielen Fällen gar keine Relevanz mehr oder eine ganz andere Relevanz hat. Wir finden auch in vielen, gerade kleineren Gemeinden neue – denken Sie an Etablierte-/Außenseiter-Beziehungen – Abgrenzungen und starke Ressentiments von Teiletablierten, noch gar nicht so lange anwesenden Neubewohnern und ganz Neuen, also Zuwanderern aus Ost-/Südosteuropa, die sehr häufig, bis hin zu AfD-Wählerschaften, sehr stark vor Ort gegen Flüchtlinge opponieren. Das sind alles Dinge, die Sie aus Ihren Kommunen vielleicht nicht im Einzelfall kennen, aber auf die Sie durchaus sicherlich schon einmal gestoßen sind. Aber natürlich finden wir auch ein überragendes Engagement vor Ort, ein sehr direktes Engagement, eine neue Form der politischen Zivilgesellschaft, die vielerorts wahrscheinlich dazu geführt hat, dass in einer Art von nachholender Bewegung jetzt auch in Klein- und Mittelstädten über Integration diskutiert wird und Integrationspolitiken entworfen werden. Es hatte also so etwas wie einen antreibenden Charakter gehabt.

Was heißt Integration?



Integrationsbegriff zu kompakt, Behältervorstellung von Gesellschaft

Die Gesellschaft ist kein Ganzes, in das man sich (halb, voll, dauerhaft ...) integrieren kann.

→ **Inklusion** (bzw. multiple Inklusion) oder Teilhabe

→ „Eingebunden-Sein/Werden“ in spezifische soziale Felder, Systeme, Organisationen, z.B. Schule, Arbeitsplatz, Wohnumfeld

→ ist zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Praxis, gilt für **alle** Menschen – unabhängig vom ethnischen oder „Migrationshintergrund“

Arbeitsdefinition: **Teilhabe und Zugehörigkeit**

→ fundamental: **Unterscheidung erste und zweite Generation!**

Vor diesem Hintergrund möchte ich sagen, wie fast penetrant, wie auffällig sozusagen dann einem Integration entgegnetritt als Thema und wie wichtig Integration nicht nur als Prozess ist, sondern als Thematik, die vor Ort das soziale Geschehen, die Politik, die Verwaltung, die Planung strukturiert. In der Wissenschaft besteht alles andere als ein Konsens darüber, was Integration ist. Integration gehört zu den ganz großen Begriffen, zu denen es ganz unterschiedliche Traditionen, Theorien, Positionen gibt. Sehr häufig wird ein Integrationsverständnis verwendet, das sich sehr gut in Monitoringsysteme und Messkategorien überführen lässt – scheinbar überführen lässt – und zwischen vier Dimensionen der Integration unterscheidet. Das sind die hier aufgelisteten: strukturelle, soziale, kulturelle Integration, bis zur Identifikation. Das Problem daran ist: Welche Parameter nehmen Sie eigentlich zum Messen? Welche Vorannahmen gehen eigentlich ein? Was für eine Gesellschaft konstruieren Sie, in die

hinein Integration stattfinden soll? Man müsste häufig andersherum fragen: Wird Integration eigentlich überhaupt zugestanden? Wer wird eigentlich hier in was integriert? Sie sehen sehr häufig, wenn es um den Integrationsbegriff geht, genau diese in „Winston Parva“ schon beobachtete „Wir“/„Sie“-Unterscheidung, die mit dieser Begrifflichkeit reproduziert wird und die damit auch so etwas wie eine Mehrheitsgesellschaft reproduziert, die demografisch interessanterweise ja gar nicht mehr so selbstverständlich in Anspruch genommen werden kann. Das heißt, man müsste eigentlich fragen: Wie funktioniert denn Integration in einer Gesellschaft, die mehrheitlich aus Minderheiten besteht? Man könnte den Integrationsbegriff als solchen kritisieren und ablegen und für andere Begriffe optieren. Das möchte ich hier gar nicht machen, ich möchte nur darauf hinweisen, dass der Begriff Integration eigentlich zu kompakt ist, dass er dazu tendiert, auf einen Zustand hinzustreben, wohingegen es hier um Prozesse geht, die permanent stattfinden. Integration müsste nämlich eigentlich so etwas bezeichnen, das in manchen Sozialtheorien als Inklusion oder Teilhabe bezeichnet wird. Nämlich eine Teilhabe an den je spezifischen, sehr besonderen sozialen Kontexten, Systemen, Organisationen, Gruppen usw., in die man dann rollenspezifisch, systemspezifisch einbezogen wird. Aber man wird nie mit Haut und Haaren Teil einer Gesellschaft, eines Systems. Es geht immer sozusagen um den Zugriff des Systems oder des jeweiligen Feldes auf Aspekte von Personen. Eigentlich müsste man von einer multiplen Integration, einer multiplen Inklusion sprechen. Und dann sieht man sofort: Das ist ein soziologischer Befund, der für alle Menschen gilt und der immer wieder hergestellt werden muss. Insofern fällt es auf, dass der Integrationsbegriff sich immer stark auf die anderen bezieht, auf die Neuhinzugekommenen. Ich glaube, man täte gut daran, in dem Sinne über Teilhabe, Inklusionsprozesse nachzudenken, also ein bisschen auszudifferenzieren und in einer anderen Form über Identität nachzudenken: nämlich über Zugehörigkeit nachzudenken. Zugehörigkeit, die eben auch zugestanden wird, die auch eine diskursive Zugehörigkeit ist.

Dann geht es plötzlich um lokale Identität und – in ganz anderer Form, als ich vor einiger Zeit noch dachte –, um Heimat. Letzterer ist ein Begriff, der einem sozusagen nicht nur über die Bundespolitik „um die Ohren fliegt“ oder gegenübertritt, sondern ganz konkret in lokalen Bezügen, und das finde ich hochinteressant. Es ist auch ein Punkt, den die Forschung lange übersehen hat. Aber man müsste auch zwischen der ersten, zweiten und vielleicht auch der dritten Generation unterscheiden, wenn man von Integration in dem skizzierten Sinne und von Zugehörigkeit spricht. In der ersten Generation bedeutet Integration sehr stark Ankommen. In der zweiten Generation ist das ganz anders, bei denjenigen, die im Land groß geworden sind. Da ist vieles sehr ähnlich wie für diejenigen, deren Eltern schon viel länger in diesem Land leben. Aber es stellt sich sofort die Frage, ob Teilhabe gewährleistet wird

und in welcher Form sie von wem in welchem Kontext gewährleistet wird. Dieser zweite Bestandteil der Definition der Zugehörigkeit gewinnt dann noch mal eine ganz neue Relevanz, nämlich jetzt nicht mehr von irgendwoher zu kommen, sondern vor Ort, im Ort zu Hause zu sein. Und Sie sehen über alle Studien hinweg, dass die Identifikation mit dem lokalen Kontext in der zweiten, dritten Generation enorm hoch ist, viel höher übrigens als die Identifikation mit dem Nationalstaat. Das gilt für viele junge Menschen, aber für diejenigen, deren Eltern migriert sind, umso stärker.

In der Stadt zu Hause sein...



Die neuen Einheimischen...

	Frankfurt		Berlin	
	türk. 2. Gen.	Vgl.-Gruppe	türk. 2. Gen.	Vgl.-Gruppe
sind in dieser Stadt aufgewachsen	92%	83%	97%	91%
leben im Stadtteil ihrer Jugend	74%	36%	80%	63%
Eltern leben im selben Stadtteil	44%	19%	56%	24%

(aus: TIES-Project 2008, „The Integration of the European Second Generation“)

Das ist ein ganz interessantes Feld, was zu der Frage führt: Wie wird das eigentlich weitergehen? Wird die demografische Entwicklung, die ich gerade skizziert habe, dazu führen, dass es automatisch in einem über ein paar Generationen laufenden Prozess zu mehr Vielfalt kommt, mehr Vielfalt auftritt in verschiedenen Zusammenhängen, zum Beispiel auch in politischen Gremien? Sie kennen Gemeinderäte, Jugendgemeinderäte usw. Sind das alles Gremien, in denen dann diese Vielfalt auftritt? Oder verfestigen sich Unterschiede, Spaltungen auch über Generationen hin? Und wie verhält es sich mit der Zugehörigkeit?

“Sindelfingen isch mei Heimat”



Alte und neue Einheimische ...

- Was transportiert der Slogan ohne den direkten Kontext von Vielfalt oder Internationalität? ⇒ Ambivalenz bei Bewohnern
- Szenarien der zukünftigen Entwicklung:
 - demographische Entwicklung führt „automatisch“ u. überall zu mehr Vielfalt (→ Bsp. Politische Gremien wie Jugendgemeinderat etc.)
 - Spaltung und selektive Beteiligung verfestigen sich
- Wird (lokale) Zugehörigkeit überhaupt zugestanden?



Gut, was tun? Wie geht es weiter? Also: Kein Grund zur Panik trotz des demografischen Wandels. Gleichzeitig glaube ich, dass wir nicht nur in der Migrationsforschung,

sondern auch in der Integrationspolitik, in der Stadtentwicklungspolitik so etwas wie einen Paradigmenwechsel bräuchten, denn die demografische Entwicklung wird sich fortschreiben. Die ist irreversibel. Das wird morgen nicht irgendwie anders sein. Darauf müssen und sollten wir uns einstellen. Es ist eine neue Sicht auf diese Normalität erforderlich, die ja keineswegs nur für sogenannte Brennpunkte oder Städte mit schwierigen wirtschaftlichen Situationen usw. gilt, sondern ein ganz allgemeiner Trend ist. Wenn dies aber die Normalität ist, dann bedeutet es, dass man sich über Dinge wie Integration und Zugehörigkeit immer wieder neu verständigen muss. Es muss immer wieder neu verhandelt und ausgehandelt werden. Das macht den Prozess ein bisschen anstrengend. Natürlich gehören auch allerlei Konflikte dazu. Das gilt wohlgerne nicht nur, weil immer wieder Migration stattfindet, auch Abwanderung übrigens, sondern eben auch, weil sich die demografischen und sozialen Verhältnisse immer in dem Sinne fortentwickeln.

Was tun?



- Zuwanderung und (Super-)Vielfalt sind kein Grund zur Panik
 - Paradigmenwechsel: demographische Entwicklung ist irreversibel
 - Migrationshintergrund ist keine relevante Kategorie (mehr)
 - Demographische Entwicklung und Supervielfalt als Chance für eine neue Sicht auf "Normalität",
 - bedeutet u.a., dass die "Geschäftsgrundlage" immer mal wieder verhandelt werden muss...
 - aber auch: Migration ist nie vorbei – und ist komplex (Pendel- und zirkuläre Migration, transnationale Familien...; Binnenmigration)
 - Was trägt und woraus erwächst lokale Identität?
- ⇒ Von der Integration zur kommunalen Integrationspolitik

Wenn man vor dem Hintergrund auf Integrationspolitiken blickt, dann stellt man fest, dass die lokalen Integrationspolitiken sich enorm verändert und entwickelt haben. Allerorten trifft man auf Integrationskonzepte. Kommunen selbst sind natürlich schon sehr lange integrationspolitisch aktiv, viel früher als die Bundespolitik vor 20 Jahren das Thema entdeckt hat. Das ist ja auch nicht überraschend, weil Migration eben vor Ort vorkommt. Viele Kommunen wehren solche Bewegungen erst einmal lange ab. Aber sind die Neuzugezogenen da, gehören sie dazu und werden einbezogen, eben auch mit Integrationspolitik einbezogen, und berücksichtigt. Dabei können Kommunen nicht integrieren. Das ist ganz wichtig, sich noch einmal klarzumachen. Denn das Integrieren leisten die verschiedenen sozialen Systeme. Kommunen können diese Integrations-/Inklusionsprozesse aber moderieren. Was wir dann feststellen, ist ein Boom an Konzepten. Die Großstädte haben sich zu einem ganz überwiegenden Anteil solche Konzepte zugelegt und haben sie teilweise fortgeschrieben. Ganz aktuell wurde von Filsinger und Gese-mann untersucht und gerade im Jahresgutachten des Sachverständigenrates veröffentlicht, dass sich auch die

Mittelstädte schon zu über 20 Prozent ein Integrationskonzept gegeben haben.

Ganz wenig wissen wir darüber, was diese Konzepte in und für die Praxis verändern. Sind sie eigentlich wirksam? In welcher Form verändern sie etwas? Wir müssten eigentlich einmal eine systematische Evaluationsforschung anstrengen über diese Konzepte – ein hochinteressantes Feld. Also die Konzepte sollten, wenn sie Integrationspolitik betreiben, sich nicht nur auf Migranten beziehen, sondern für alle Einwohner gelten. Man kann verschiedene Zielgruppen nach Migrationsgeschichten und Anwesenheitsgeschichten unterscheiden. Die Konzepte sollten nicht nur eine Prozessorientierung aufweisen, sondern viel stärker auf Vernetzung und Dialog setzen. Überall gibt es Integrationsbeauftragte. Ich glaube, sie sollten sich fortentwickeln zum Dialogbeauftragten. Es sollte keine Gruppe ausgeschlossen sein aus Dialogen, die vor Ort geführt werden. Und eine ganz wesentliche Rolle in der Weiterentwicklung der Klein- und Mittelstädte vor Ort spielen die Verwaltungen. Die Verwaltungen sind nicht nur diejenigen, die diese Konzepte umsetzen und die Moderation dieser verschiedenen Kreise übernehmen. Sie sind vielmehr auch ein nicht unwichtiger Arbeitgeber und sie haben eine gewisse Vorbild- und Symbolfunktion. Herzlichen Dank fürs Zuhören.

Frauke Burgdorff: Vielen Dank, Herr Pott. Wie schaffen wir es, die vielen komplexen Dinge, die Sie angesprochen haben, einigermaßen zu ordnen? Wir nehmen uns jetzt Zeit für Rückfragen und Kommentare. Sie melden sich bitte einfach, wenn es irgendetwas gibt, das Sie dazu kommentieren wollen. Martin zur Nedden hat zu Anfang den Begriff „Zusammenhalt“ genutzt, und Sie nutzen den Begriff „Zugehörigkeit“. Es ist ganz spannend: Der eine Begriff definiert ja eher den Kontext, den Rahmen, ich will nicht sagen, den Druck, aber sozusagen den äußeren Rahmen, „Zusammenhalt“. „Zugehörigkeit“ ist eher so ein Sogmodell, also so: „Komm' her, gehöre bei uns bei“ – würde man in Bochum sagen. Ist das ein Paradigmenwechsel, dass man sagt: Okay, es geht nicht mehr nur darum: Was ist unsere Leitkultur, und passt du da rein? Sondern: Wie kann sich eine Stadt für diejenigen attraktiv machen, die nun einfach einmal in der Stadt sind? Ist das ein Unterschied, Zusammenhalt/Zugehörigkeit?

Prof. Dr. Andreas Pott: Ja, es werden gegenwärtig Institute für gesellschaftlichen Zusammenhalt erfunden und aufgebaut, weil man das Gefühl hat, die Gesellschaft fällt auseinander. Ich bin kein Soziologe, aber Sie haben ja gemerkt, ich habe mich mit soziologischen Theorien auseinandergesetzt. Ich würde sagen, das funktioniert nicht. Gesellschaft zerfällt immer in verschiedene Bereiche. Man kann sich um Zusammenhalt bemühen, aber es ist sozusagen eine Container-Vorstellung von Gesellschaft, dass diese irgendwie von hier bis da geht und dass das, was da drin ist, eine Einheit bildet. Das ist sozusagen die Fiktion des Nationalstaates. Insofern: die Richtung, die An-

strengung ist wichtig, aber genau aus dem Grund plädiere ich für Dialog, Vernetzung und dann auch für semantische Formen der Identifikation, die sich auf so etwas wie die Geschichte des Ortes, auf die Gemeinsamkeit vor Ort beziehen können. Das nenne ich Zugehörigkeit.

Günther Gromotka: Ich bin Integrationsbeauftragter der Stadt Steinfurt und bin vor einiger Zeit in eine harte Diskussion mit einer – mittlerweile – Landesministerin zu den Begriffen Inklusion und Integration geraten. Ich stelle fest: Sie gehen in dieselbe Richtung wie ich eigentlich. In Nordrhein-Westfalen betreiben wir einen enormen Aufwand für Inklusion. Die Schulen sind gezwungen, entsprechend tätig zu sein. Aber wir tun nicht das Gleiche im Hinblick auf die neuzugewanderten Menschen, die zu uns gekommen sind, also im Sinne von Integration. Ich meine, diese beiden Begriffe dürfen nicht voneinander getrennt werden, sondern wir müssen im Grunde genommen gleichzeitig beides tun. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Prof. Dr. Andreas Pott: Ja und nein. Ich habe den Begriff in einer Tradition der soziologischen Theorie verwendet, die sich ganz deutlich von der praktischen Anwendung im Bildungskontext unserer Zeit unterscheidet. Inklusion im Sinne von Teilhabe von Menschen mit Behinderungen usw. ist damit nicht gemeint. Es geht um die Inanspruchnahme von Personen als Mitglied der Familie, als Kunde im Geschäft, als Patient in einer Arztpraxis usw., also um das, was einzelne Personen und gesellschaftliche Kontexte zusammenbringt. Das gilt erst einmal für alle Personen. Das andere ist eine bildungspolitische, eine besondere Ausformung oder ein besonderes Verständnis des Inklusionsbegriffs. Ich habe auch gar nicht gesagt, wir sollten einen Begriff durch den anderen ersetzen, Integration durch Inklusion. Aber diese Inklusionsbegrifflichkeit, wie ich sie jetzt noch einmal versucht habe darzustellen, erinnert daran, dass wir sozusagen an multiple Integrationsprozesse denken müssen und an Prozesse, die immer fragil sind, weil man nie dauerhaft Teil ist, sondern immer wieder einbezogen wird.

Manfred Kühn, IRS: Ich habe eine Frage zum Indikator Migrationshintergrund. Sie haben das ja selbst auch kritisch angesprochen. Ist es nicht so, dass damit vielleicht auch statistische Artefakte produziert werden, weil das Merkmal der Herkunft quasi vererbt wird in die zweite und dritte Generation? Natürlich ist es so, wenn man sich die Familiengeschichten anschaut, dass in vielen Familien Eltern, Großeltern irgendwann zugewandert sind. Schafft man nicht ein falsches Bild, wenn man sagt: 58 Prozent haben Migrationshintergrund. Und zieht man nicht falsche Schlüsse, was Minderheiten und Mehrheiten betrifft? Arbeiten andere Länder nicht mit anderen Indikatoren, die vielleicht einfacher wären, wie Ort der Geburt zum Beispiel?

Prof. Dr. Andreas Pott: Ja, das ist eine hochinteressante, nicht leicht zu beantwortende Frage. Sowohl als auch, würde ich sagen, ganz klassisch. Also ohne den Begriff des Migrationshintergrunds, der hatte in dieser Zeit eine bestimmte Funktion, würde Deutschland glaube ich, heute anders über Migration diskutieren. Ich erinnere mich noch an den ... Aufschrei will ich nicht sagen, aber an das deutlich vernehmbare Atmen, als durch die Presse ging: Oh, es leben nicht zehn Prozent Ausländer in Deutschland, sondern 20 Prozent Migranten. Das hat dem neuen Verständnis Deutschlands als Einwanderungsland, als Migrationsgesellschaft ganz große Dienste erwiesen, es wird jetzt viel offensiver über Migration diskutiert. Aber Sie weisen auf einen ganz wichtigen Punkt hin: Es besteht eine Riesengefahr, dass wir über so eine Kategorisierung ein permanentes „Othering“, würde man in der Forschung sagen, ein Fremdzuschreiben, ein Neuausgrenzen fortführen und immer wieder neu erfinden, wenn wir über Generationen immer wieder auf „das Andere“ blicken. Gleichzeitig: sozialpolitisch zum Beispiel oder bildungspolitisch ist es wichtig, mit solchen Statistiken zu arbeiten, weil Sie erst dann sehen, dass im Übergang zum Beispiel von Schulen in die berufliche Bildung regelmäßig im regionalen Kontext Ungleichheiten reproduziert werden. Das auch bei denjenigen, die seit ein, zwei Generationen in Deutschland leben und hier geboren sind. Diese Ungleichheiten würden Sie nicht sehen, und Sie könnten auch politisch nicht darauf reagieren, wenn Sie „Migrationshintergrund“ nicht verwenden. Aber es ist ein zweischneidiges Schwert, deswegen bin ich sehr dankbar für den Hinweis.

Frauke Burgdorff: Es ist, glaube ich, auch immer eine Frage von Präzision und von Kontext, in den man das stellt. Ich habe einmal eine Veranstaltung in Nordrhein-Westfalen moderiert, bei der es um Sicherheit und Kriminalität in der Stadt ging. Da wurde jeder Stadtteil, der untersucht wurde, typisiert, erstens mit der Kriminalitätsrate und zweitens mit dem Anteil Migrationshintergrund. Da denkt man doch: Moment mal. Also, ich glaube, es kommt auch auf unsere Aufmerksamkeit an, wie wir mit diesen Daten und mit den Größenordnungen umgehen.

Prof. Dr. Andreas Pott: Genau, und so war die Bemerkung gemeint, dass Migrationshintergrund dann eigentlich an Bedeutung im lokalen Kontext verliert. Dann geht es um andere Themen wie eben Zugehörigkeit.

Peter Mehl, Thünen-Institut für ländliche Räume: Herr Pott, mir ist bei Ihrem Vortrag, den ich sehr instruktiv fand, aufgefallen, dass ein bisschen die Diversität in Deutschland verlorenging. Denn Sie haben argumentiert mit Großstädten und argumentiert insbesondere mit Sindelfingen oder auch mit Mittelstädten, die einen sehr hohen Migrationsanteil haben. Wir haben in Deutschland aber auch sehr viele Städte, kleinere Städte, insbesondere Städte in den neuen Ländern, in denen der Migrationsanteil sehr viel geringer ist. Und die Bedingungen, die Sie

genannt haben, gelten dort im Grunde so nicht. Möchten Sie Ihre Aussagen in dieser Hinsicht nicht etwas differenzieren?

Prof. Dr. Andreas Pott: Ganz sicher, deswegen bin ich hier, um genau darüber zu lernen. Ich weiß, dass es ganz große Unterschiede gibt und was die Unterschiede produziert, auch im Umgang mit diesen unterschiedlichen demografischen Verhältnissen. Das ist etwas, was in der Forschung ja auch häufig versucht wird zu verstehen: lokale Kontexte, ob es Pfadabhängigkeiten gibt, also was das Lokale in dem Sinne ausmacht. Sicherlich, man müsste stark differenzieren. Aber ich würde vermuten, dass sich einige Aussagen auch übertragen lassen, weil sie nicht mit der quantitativen Größe zusammenhängen. Es geht hier vielmehr um Zuschreibungsprozesse, um die Reproduktion von Gruppen, die darüber konstruiert werden. Und das trifft natürlich auch für ganz kleine Anteile zu. Aber genau deshalb bin ich hier, weil ich gespannt bin auch auf diese anderen Fälle und ob dort eigentlich an-

ders über Integration, Integrationspolitik nachgedacht wird als in Städten mit größeren Anteilen.

Frauke Burgdorff: Dazu haben wir gleich auf dem Podium die Gelegenheit, wirklich sehr unterschiedliche Städte zu Gast zu haben. Wir können diese Frage gemeinsam noch einmal aufgreifen. Ein wichtiger Hinweis war der auf das Forschungsdefizit, das vorhanden ist. Das haben wir ja am Anfang konstituiert: Die Forschung ist noch nicht durch mit den Klein- und Mittelstädten, sondern hat noch nicht einmal richtig angefangen. Darum herzlichen Dank, dass Sie den Bezug hergestellt haben über die Daten, die Sie extra für heute zusammengestellt haben, Herr Pott. Wir kommen jetzt zur nächsten Rednerin, Bettina Reimann, deren Argumentationen und auch Forschungen das prägt, was Martin zur Nedden vorhin mit „Gelenk bauen zwischen Forschung und Praxis“ benannte. Bettina Reimann wird Ihnen jetzt berichten, was zusammenfassend und aktuell die wichtigsten Erkenntnisse sind, die aus dem Projekt gezogen werden können.



Ich werde Ihnen aus dem Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ zu folgenden Fragen berichten: Wie sahen die Projektziele aus? Was waren unsere Forschungs-Ausgangsfragestellungen, und zu welchen Schlussfolgerungen und Erkenntnissen sind wir gekommen?

Im Fokus standen neun Klein- und Mittelstädte in eher ländlich geprägten Regionen. Wir haben für das Projekt Städte gesucht, die zum Teil schöne, historische Innenstädte Teil haben, aber deren Innenstädte auch Funktionsverluste wie Gewerbeleerstand, Wohnungsleerstand erleiden und vielleicht ein paar städtebauliche Mängel aufweisen – und die einen eher hohen Zuwanderungsanteil haben. Wir haben große Ziele formuliert, was man manchmal auch machen muss, wenn man auf Forschungsausschreibungen reagiert. Es ging und geht um die Förderung von sozialräumlicher Integration und von Teilhabechancen von Zuwanderern, es geht um die Erhöhung der Attraktivität von Stadtzentren.

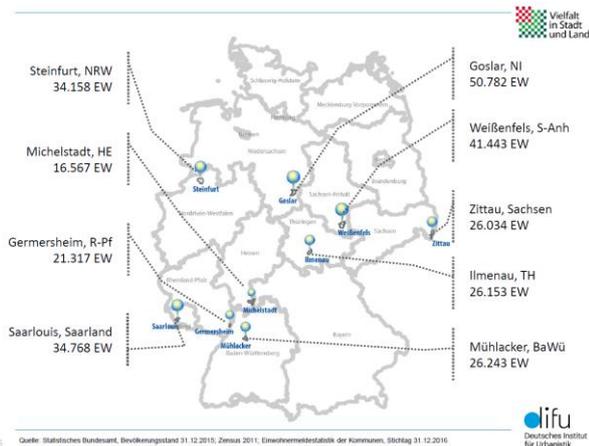
Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten. Vorstellung und Diskussion von Projektergebnissen

Dr. Bettina Reimann, Difu

Wir waren ein Forschungs-Praxis-Projekt. Es ging ganz stark um Lernprozesse, um Erfahrungsaustausch und auch um das Ableiten von Empfehlungen oder Gedanken, die für die kommunale Praxis relevant sind und von denen vielleicht auch andere Kommunen bis hin zur Forschung einen Nutzen haben.

Wir hatten ein paar Ausgangsthesen. Bei der sozialräumlichen Integration sind wir von folgender Annahme ausgegangen: Kleinere Städte bieten erst einmal gute Gelegenheitsstrukturen für soziale Integration: räumliche Nähe, soziale Kontakte. Und eigentlich gibt es dort auch eine geringere Segregation als in größeren Städten. Dann der Punkt städtische Identität – sie ist durch Tradition, baukulturelles Erbe geprägt und auch durch Migrationshistorien, die alle Städte haben. Und das Ganze wird verändert insbesondere durch die Zuwanderung von Geflüchteten. Es stellen sich neue Herausforderungen, vielleicht werden auch Anpassungen erforderlich. Bei dem Stichwort gesellschaftliche Teilhabe haben wir umsetzungsorientiert

gedacht: Wenn wir Aktivitäten in den Kommunen anstoßen, bei denen die Stadtgesellschaft etwas gemeinsam macht, befördert das die Teilhabechancen aller. Und beim kommunalen Handeln, das liegt dem Difu besonders nahe, haben wir angenommen: Es ist besonders wirksam, wenn sich integrationspolitische und stadtentwicklungspolitische Ansätze stärker als bislang miteinander verzahnen.



Für solche Gedanken und Fragestellungen braucht man Praxispartner. Das waren bei uns neun Kommunen: Steinfurt, Michelstadt, Germersheim, Saarlouis, Goslar, Weißenfels, Zittau, Ilmenau und Mühlacker. Die kleinste dieser Kommunen war Michelstadt mit gut 16.000 und die größte Goslar mit gut 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Wir hatten, wie es sich für ein Forschungs-Praxis-Projekt gehört, viele „Bausteine“, ich werde diese jetzt nicht im Einzelnen vorstellen. Sie hatten mit Netzerkaufbau, mit Erfahrungsaustausch, mit Reflexion zu tun. Wir haben immer wieder im Projekt innegehalten, uns zusammgefunden – Forschung, Praxis und die unterschiedlichen Kommunen – und bestimmte Gedanken, Fragestellungen, Thesen diskutiert. Wir haben einen eigenen Workshop zu Integrationskonzepten gemacht. Wir haben natürlich auch Daten erhoben, ganz viele Gespräche geführt. Wir haben vieles beobachtet, wir haben vieles begleitet, moderiert. Wir haben Sie dazu animiert, Reflexionsgruppen, Steuerungsgruppen ins Leben zu rufen, oder die, die Sie haben, auch für das Thema mit zu nutzen. Wir haben auch harte Daten ausgewertet oder auswerten lassen: Wer wohnt eigentlich in der Stadt oder in der Innenstadt? Und wir bemühen uns durch unsere verschiedenen Formate – Tagungen, Abschlusspublikationen, Positionspapiere –, die Diskussion nach außen zu tragen.

Was ist nun die Essenz von drei Jahren Erkenntnissen aus dem Forschungsprojekt? Die Forschung war ein Lernprozess. Ich habe sehr viel gelernt, meine Kolleginnen und Kollegen haben sehr viel gelernt. Denn es war so, dass sich die Ausgangsfragestellungen durchaus weiterentwickelt haben. Das Projekt hat seine eigene

Dynamik entfaltet und auch die eigenen Themen gefunden. Mein Eindruck war, dass es sehr viel wichtiger war, erst einmal die richtigen Fragen zu finden und zu diskutieren, als schnell zu Antworten zu kommen. „Was verstehen wir unter Integration?“, diese Frage, die Herr Pott gerade eben auch stark unterfüttert hat, beschäftigte uns in verschiedenen Formaten, bis hin zum Dialog der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, sehr stark. Wir haben Raum gebraucht für Suchbewegungen, für Unfertiges: Was ist überhaupt richtig, sinnvoll und passend für diese eine Stadt, um die es gerade ging? Es waren Kommunen, das sei an der Stelle gesagt, die nicht so ausgewählt waren, dass sie besonders gut und erfahren im Thema sein mussten. Es handelte sich nicht um Best Practice. Es sind auch Mitglieder aus unserem Projektbeirat hier. Dieser Beirat hat uns begleitet, mit uns diskutiert, hat uns unterstützt. Dort kam die Idee auf: Macht doch ein Best Practice als Abschlusspublikation. Da haben wir explizit gesagt: Nein, das wollen wir nicht. So haben sich die Kommunen auch nicht verstanden. Denn es ging wirklich um Erfahrungsaustausch unter Kommunen, die auch noch ein bisschen suchen und sagen: Hm, wir müssen eigentlich noch lernen. Da war es vielleicht doch ganz schön, dass wir kein klassisches Modellprojekt waren, dass wir im Rahmen von aktivierender Begleitforschung, als die wir uns verstanden haben, doch auch durch den oder die Fördermittelgeber viele Freiheiten hatten, den Prozess zu gestalten. Es war eben nicht von vornherein vorgegeben, wie das Produkt aussehen muss. Das haben wir als Forschungsteam und als Forschungs-Praxis-Team gut gebrauchen können.



Ich komme zu den Themen, die uns beschäftigt haben. „Vielfalt wahrnehmen“ ist der erste Punkt. Wir haben festgestellt, dass die Alltagsfragen von Migration durch die Zuwanderung von Geflüchteten vor Ort eine ganz neue Dynamik erfahren haben. Das war der Katalysator für das Thema. Als ob ein Scheinwerfer angeknipst worden sei und man plötzlich das Thema Zuwanderung oder auch die Menschen, die in der Stadt leben, neu gesehen, die Stadt, auch die Stadtgesellschaft differenzierter wahrgenommen hat. Dies gilt auch für Kommunen, in denen wir rein von der Statistik her eher weniger Zuwanderer hatten, die

aber durchaus ein Kontinuum von Migrationsgeschichte aufzuweisen haben. Denn auch in ostdeutschen Städten gab es Zuwanderung. Beispielsweise gab es in Zittau Wanderungsbewegungen im Dreiländereck. Weißenfels hatte sehr viele Arbeitsmigranten aus Polen. Aber auch in Zittau ist das Thema Geflüchtete ganz aktuell, oder in Ilmenau, das viele ausländische Bewohnerinnen und Bewohner hat, weil es dort eine Universität gibt, die sehr stark von ausländischen Studierenden genutzt wird.

Die Essenz von drei Jahren Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt



Vielfalt wahrnehmen

- Alltagsfragen von Migration haben durch Zuwanderung Geflüchteter andere Dynamik erfahren ► Zuwanderung von Geflüchteten wirkte vielerorts als Katalysator für das Thema Integration.
- Kontinuum der Migration in Ost und West.
- Differenziertheit der Stadtgesellschaft wird insgesamt sichtbar und wahrnehmbar ► Chancen, aber auch Probleme treten deutlicher zutage.



Das Thema Integrationskonzepte hat die Projektkommunen sehr stark beschäftigt. Wir haben festgestellt, dass die kommunale Integrationsarbeit bisher in den Kommunen, mit denen wir gearbeitet haben – zugegeben ein bisschen zugespitzt formuliert –, erst einmal weniger strategisch unterlegt war. Dem entsprach ein bisschen auch die Praxis: Man musste ad hoc handeln, ohnehin bei dem Thema der Zuwanderung der Geflüchteten. Man hat sich so ein bisschen von Projekt zu Projekt gehandelt. Die Idee, das Vorgehen konzeptionell zu bearbeiten, sowohl als Prozess – wollen wir das überhaupt? – als auch mit Blick auf die Umsetzung – wie ist es richtig? –, entsprang so ein bisschen dem Gedanken, diesem Integrationspflänzchen auch eine gewisse Stabilität zu geben. Das heißt nicht, dass es dazu nicht auch bestimmte Kritikpunkte geben kann. Das ist ein Punkt, der nachher in dem Panel am Beispiel von Mühlacker auch noch einmal vertieft wird. Das Denken war aber durchaus eher erst einmal: Wir brauchen Konzepte für bestimmte Zielgruppen. Das ist schon richtig. Die Integration bezieht sich auf die Zugewanderten, auch Herr Pott hat das so beschrieben, und etwas weniger im Gedanken an den Raumbezug.

Man könnte auch vom Quartier ausgehen oder von der Stadt und nicht von einer bestimmten Zielgruppe. In dieser Beziehung tut sich etwas, gerade wenn man auf die Aktivitäten der „Sozialen Stadt“ blickt, wenn man auf die Gedanken blickt, die im Zuge der Erstellung und der Vorbereitung solcher Konzepte entstanden sind. Und es ging dabei nicht nur um Integrationskonzepte. Es geht auch um Stadtentwicklungskonzepte, um Demografiekonzepte, integrierte Konzepte. In Steinfurt wurde im Rahmen unseres Projektes ein Integrationskonzept aufgestellt und

beschlossen. In Mühlacker gab es einen ganz breiten Beteiligungsprozess zu einem Demografiekonzept. In Michelstadt, Weißenfels, Saarlouis soll im Prinzip das Stadtentwicklungskonzept, das sie dort haben, ergänzt werden um das Themenfeld Integration und Soziales. Germersheim und Goslar –arbeiten an Integrationskonzepten auf Landkreisebene, wobei in Germersheim ein Konzept seit 2015 vorliegt. Daraus leitet sich eine nicht ganz einfache Frage ab: Wie kann ich als Landkreis einen Schulterschluss mit den Kommunen erreichen, und wollen die das überhaupt?

Die Essenz von drei Jahren Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt



Strukturaufbau

- „Selbstermächtigung“ der Stadtgesellschaft im Zuge der Zuwanderung Geflüchteter (Willkommensnetzwerke) ► aber trägt dieses Engagement auf Dauer? ► es braucht einen strukturellen Kern.
- OB/ BM sind Gestalter – Machen und Moderieren – aber auf der Arbeitsebene fehlen Ressourcen und Kapazitäten
- Kommunale Integrationsarbeit eher schwach mit Strukturen untersetzt ► nicht als Querschnittsthema angelegt ► Frage der Zuständigkeit.
- Aufbau von Strukturen und Netzwerken auch mit verwaltungsexternen Akteuren.



Der Strukturaufbau war auch ein ganz wichtiges Thema. Denn im Zuge der Zuwanderung Geflüchteter gab es erst einmal eine Riesenaktivität und viele Willkommensnetzwerke. Wir haben es einmal so genannt: Die Stadtgesellschaft hat sich selbst ermächtigt. Aber ist das ein Engagement, das auf Dauer bleibt? Und wie wird es gestützt? Eigentlich braucht es einen strukturellen Kern. Und an diesem Punkt kommen wir zum Thema Integrationsbeauftragte. Wir haben ganz starke Bürgermeister, Herr Kelbert aus Michelstadt sitzt hier vorne, oder Oberbürgermeister, die Gestalter sind, die machen und moderieren. Aber auf der Arbeitsebene fehlen häufig Ressourcen und Kapazitäten. Das Thema Integration ist auch nicht selbstverständlich als Querschnittsaufgabe angelegt. Es stellt sich also die Frage der Zuständigkeiten.

Es geht nicht nur um Strukturen innerhalb der Verwaltung, sondern auch um Netzwerke nach außen. Hier beispielhaft genannt: Weißenfels, Ilmenau, Zittau – eine ganz starke Zusammenarbeit mit Vereinen und Initiativen, in Weißenfels mit neu gegründeten Initiativen. Aber ganz wichtig finde ich bei der Diskussion – und das haben wir in unserem Positionspapier auch als einen schwierigen Punkt erwähnt – die Rolle der Integrationsbeauftragten. Auf ihnen lastet sehr viel. Es gibt eine gewisse Zuschreibung, so dass sich andere Ressorts nicht mehr verantwortlich fühlen. Die Frage Wissensaufbau, Datenlage, Monitoring war auch öfter Gegenstand von Diskussionen. Bei unserem ersten Netzwerktreffen in Goslar haben sie gesagt: „Wir wissen eigentlich gar nicht, wer bei uns in der Stadt wohnt? Wer lebt in der Innenstadt? Wie hoch ist der

genaue Anteil von bestimmten Zuwanderergruppen? Wie wohnen die räumlich verteilt?“ Und ich denke, diese Daten sind auch erst einmal wichtig. Man erhofft sich davon, Handlungssicherheit zu erhalten, auch Argumente zu bekommen gegenüber Zweiflern und etwas sichtbar zu machen oder zu vergegenwärtigen, was man gar nicht unbedingt immer auf den ersten Blick sieht. Wir haben aber auch diskutiert, dass das alles seine Grenzen hat. Es enthebt nicht von der Aufgabe, diese Daten zu interpretieren und das Handeln darauf abzustimmen. Bei den Übersichten und den Daten, die wir gesammelt haben, kommt eben ein recht hoher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in vielen unserer Städte heraus, in den ostdeutschen Kommunen zwar weniger, aber auch in der Kernstadt von Weißenfels ist es fast jeder Fünfte. Die Zahlen führen zur Frage „Wie will ich jetzt eigentlich meine integrationspolitischen Maßnahmen ausrichten?“ Es ist sozusagen nur ein erster Schritt auf dem Weg des Prozesses.

Die Stadtgesellschaft ist vielfältig

Kommunen	Einwohner-zahl	Anteil mit MH	Anteil mit MH in Kernstadt	Anteil mit MH in Innenstadt	größte Gruppe
Germersheim	21.317	58,1 %	63,1 %	63,2 %	Türkei
Michelstadt	16.567	30,0 %	37,6 %	29,0 %	Türkei
Mühlacker	26.243	36,6 %	45,0 %	57,5 %	Türkei
Steinfurt	34.158	19,6 %	k.A.	21,9 %	Türkei
Weißenfels	41.443	12,7 %	18,3 %	18,8 %	Polen
Zittau	26.034	7,6 %	9,4 %	17,5 %	Polen

Einwohnermeldestatistik der Kommunen, Stichtag 31.12.2016
MH = Migrationshintergrund

Wir haben uns in dem Projekt auch mit dem Thema Innenstadt beschäftigt. Denn die Innenstadt ist prädestiniert für beiläufige Begegnungen. Doch für Begegnung muss es auch Anlässe geben und der fehlt zunehmend in den Städten. Der Mangel an Begegnung war daher ein großes Thema. In Städten, in denen es zum Beispiel nicht mehr den Bedarf für bestimmten Einzelhandel gibt, stellt sich die Frage „Wie müssen wir Innenstadt neu definieren? Was heißt zukünftig Stadt?“ Das sind Fragen, die ganz schwierig zu diskutieren sind. Dafür wird man lange Zeit brauchen, und wir alle werden auch noch einmal gemeinsam nachzudenken haben: Was bedeutet es, wenn die Innenstadt den Bedeutungsüberschuss, den sie eigentlich hat, verliert oder sich neu ausrichten muss? Wir haben im Rahmen unseres Projektes mögliche Ansätze diskutiert, z.B. ein Familienzentrum als Ort der Begegnung in Michelstadt, den Aufbau eines Hauses der Familie in Germersheim als kulturellen Treffpunkt. Und in Ilmenau mit Blick auf den Gewerbeleerstand auch die Idee von einer Zwischennutzungsagentur oder von einem Quartiermanagement für die Innenstadt.

**Die Essenz von drei Jahren
Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt**

„Großstadthemen“ gibt es auch in kleinen Städten

- Die (Klein-) Stadtgesellschaft ist mobil
▶ Integrationsleistungen müssen kontinuierlich erbracht werden, von der ganzen Bevölkerung.
- Die (Klein-) Stadtgesellschaft ist vielfältig
▶ jede Kommune hat ihre eigene Migrationsbiographie ▶ das ist zu wenig in den Köpfen präsent.
- Die (Klein) Stadt hat Stadtteile mit Handlungsbedarf ▶ es gibt sozialräumlich spürbare Verwerfungen und Ansätze sozialer Segregation.



23

Wir haben gefragt: Wie ticken eigentlich die Kleinstädte? Tickern sie anders als Großstädte? Ich möchte drei Schlaglichter darauf werfen, dass es einige Großstadthemen auch in kleinen Städten gibt. Denn die Kleinstadtgesellschaft ist ganz schön mobil. Das heißt, es gibt Zu- und Abwanderungen. Es müssen täglich und in bestimmten Phasen viele Integrationsleistungen erbracht werden. Die Stadtgesellschaft ist in Bewegung, auch in der Kleinstadt. Die Kleinstadtgesellschaft ist auch vielfältig. Jede Kommune hat ihre eigene Migrationsbiografie. Das ist manchmal in den Köpfen zu wenig präsent. Auch hier nur ein kurzer Spot. Auf der Abbildung sehen sie die unterschiedlichen Migrantengruppen, die in den Städten wohnen unterschiedliche Migrationsgruppen. In Zittau und in Weißenfels gibt es sehr viele Zuwanderer aus Osteuropa, in Mühlacker, Michelstadt und Germersheim sind stärker türkischstämmige Zuwanderer vertreten. Andere Kommunen wiederum haben eine große russlandstämmige Community. Ein Weiteres: Die Kleinstadtgesellschaft oder die kleine Stadt hat Stadtteile mit Handlungsbedarf. Es gibt sozialräumliche Verwerfungen, und es gibt Ansätze sozialer Segregation. Deswegen haben wir auch in fünf der neun Städte Programmgebiete der „Sozialen Stadt“. In Weißenfels soll in einem Quartier ein Stadtteiltreff aufgebaut werden, dazu finden derzeit Bürgerdialoge statt. Auch Mühlacker geht bedarfsorientiert in seinen sozialräumlichen Schwerpunktbereichen vor. Integration räumlich zu denken, ist keine Selbstverständlichkeit. In gewisser Weise war dieser Ansatz „Vielfalt in den Zentren“ ein bisschen voraussetzungsvoller als wir gedacht hatten. Es hat nämlich doch sehr viel mehr an Verständigungsprozessen über eine räumliche Ausrichtung der Integrationsarbeit erfordert und der Verknüpfung des Themas mit Stadt- und Quartiersentwicklung. In gewisser Weise muss auch Stadtentwicklung lernen – so banal das klingt –, das Themenfeld Soziales stärker für sich zu nutzen. Und der Bereich Integration muss noch stärker das Thema Stadtentwicklung und Quartiersentwicklung entdecken. Man denkt immer, das sei eine Banalität, das haben wir vor zehn, 15 Jahren schon so gesagt. Aber es gilt noch immer. Und wir haben am Anfang sehr stark auf Handeln und Umsetzung orientiert. Es hat aber erst einmal sehr viel mehr an Reflexion gebraucht, auch mehr Aktivitäten



im konzeptionellen und strukturellen Bereich. Umso wichtiger ist es, auch mit Blick in Richtung Bund und Länder, dass Projekte und Projektzuschnitte, Forschungsprogramme Möglichkeiten für den Erfahrungsaustausch und die Reflexion bieten.

Es gibt nicht „die“ kleine Stadt und „den“ richtigen Weg, das ist natürlich eine Binsenweisheit. Aber es geht uns um das Erkennen von Differenzierung. Es gibt ganz unterschiedliche Erfahrungs- und Aktivitätsniveaus in den Kommunen. Das ist eigentlich selten an harten empirischen Fakten abzulesen. Es geht darum, die Wahrnehmung zu schärfen. Die Integrationspotenziale, die gerade den kleineren Städten zugeschrieben werden, sind manchmal auch eine Art Ruhekissen. Denn es stimmt gar nicht so ganz, auch die kleineren Städte haben ihre täglichen kleineren und größeren Katastrophen, und sie ha-

ben Integration als Daueraufgabe zu lösen. Natürlich haben sie Potenziale, aber das auch einmal ein bisschen kritisch zu beleuchten, ist ein wichtiger Punkt. Denn sie müssen Bindungskräfte aktivieren und Identifikationsmöglichkeiten finden. Ganz wichtig ist uns, dass wir im Großen und im Kleinen denken und handeln. Dass die Maßnahmen, die Ideen jeweils am Können und auch an den eigenen Erfahrungen der Kommunen ausgerichtet werden.

Frauke Burgdorff: Vielen Dank. Wie schön, dass Forschung Spaß machen kann, wenn alle mitspielen, die Beforschten, die Forscher, aber auch – und das finde ich noch einmal wichtig zu betonen bei den hier anwesenden Fördergebern – wenn die Freiheit gelassen wird, mit dem Projekt auf die Bedürfnisse und Bedarfe der Beforschten zu reagieren.



Gesprächsrunde: Forschung und Praxis im Dialog – Die Essenz von drei Jahren

Frauke Burgdorff im Gespräch mit (v.r.n.l.)
Bürgermeister Stephan Kelbert, Michelstadt
Silke Andresen, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
Birgit Kaiser, Zittauer Stadtentwicklungsgesellschaft mbH Zittau
Dr. Bettina Reimann, Difu
Maria Lindemann, Erste Beigeordnete Stadt Steinfurt

Frauke Burgdorff: Lassen Sie uns anknüpfen an dem Gehörten, aber natürlich auch Neues erfahren. Wir haben jetzt gesammelte Kompetenz hier an den Tischen, drei kommunale Perspektiven, einmal den Bund. Fangen wir einfach mit Steinfurt im Münsterland an. Die erste Runde dreht sich um die spezifischen Migrations- und Integrationserfahrungen in Ihrer Kommune. Aus Erfahrung weiß ich, das Münsterland ist eine extrem ländlich geprägte Region, in der man sich kennt und die ganz viel auf Zusammenhalt setzt. Was macht dort Migration mit Ihrer Stadt, und was passiert in Ihrer Stadt, wenn Sie über Migration nachdenken? Was sind Ihre Herausforderungen, vor denen Sie stehen?

Maria Lindemann: Ich glaube – und komme dabei zurück auf vorherige Ausführungen –, dass Großstädte und Kleinstädte sich tatsächlich nicht unbedingt unterscheiden. Was Neukölln in Berlin ist, ist natürlich auch bei uns ein Quartier, wir nennen es Ochtruper Straße. Man muss immer das Verhältnis sehen. Von daher haben wir auch ähnliche Herausforderungen. Das erst einmal vorangestellt. Die Integration – und das ist vorhin ja auch klargestellt. Die Integration – und das ist vorhin ja auch klargestellt, Frau Reimann hat es ausgeführt – hat eine ganz

besondere Dynamik erhalten durch die Flüchtlingsbewegung. Das hat natürlich auch viele Ängste geschürt. Man hatte zwar die Gastarbeiter, und die Portugiesen haben sich super bei uns integriert. Die türkischen Mitbürgerinnen und -bürger bleiben ein bisschen unter sich. Aber insgesamt war das bis dato kein Thema. Und auf einmal gab es diese Dynamik. Es gab eine Flüchtlingsbewegung aus ganz vielen Ländern. Ich glaube, wir haben aus 39 Ländern Zuwanderungen. Das heißt, wir haben eine wirklich große Vielfalt mit ganz unterschiedlichen Hintergründen. Für viele, gerade weil es auch Einzelpersonen waren, hat das auch Ängste geschürt nach dem Motto: Was ich nicht kenne, ist mir fremd, macht mir Angst bzw. macht auch ohnmächtig. Da haben wir angesetzt. Wir haben tatsächlich diesem Projekt den Titel gegeben: „Was machen wir?“ Und es hat sich wirklich verändert. Wir sind noch lange nicht fertig. Es ist wirklich ein stetiger und dauernder Prozess, das in die Gesellschaft zu bringen. Wir haben es natürlich bis heute noch nicht ganz geschafft.

Frauke Burgdorff: Darf ich gleich ansetzen bei den Ängsten, bei dem „die“ und „wir“, und wer sich integriert

und wer sich nicht integriert? Da bin ich auch gespannt auf die anderen Kommunen. Sie sagen jetzt aber auch schon, dass es völlig unterschiedliche Gruppen gibt, die sehr unterschiedlich agieren. Spezialisieren Sie sich auch im Dialog mit diesen unterschiedlichen Gruppen? Also: werden die portugiesischen Zuwanderer anders angesprochen als die türkischen Zuwanderer oder die syrischen?

Maria Lindemann: Sagen wir so: Angesprochen werden, glaube ich, tatsächlich alle. Nicht von jedem, das ist auch klar. Die Stadtgesellschaft ist an sich schon sehr vielfältig. Wir nennen uns ja eigentlich Pollbürger – also die „Ureinwohner“ nennen sich bei uns im Münsterland Pollbürger – und gucken natürlich erst einmal, was passiert. Wenn dann festgestellt wird, dass sich welche öffnen, dann gehen wir aufeinander zu. Das müssen wir natürlich ändern, beide Seiten müssen aufeinander zugehen. Das gab es bisher nicht im ausreichenden Maße. Es war zwar vorhanden, aber nur in einem kleinen Kreis. In der Flüchtlingsbewegung gab es zum Beispiel die Eritreer, die sich ganz schnell untereinander vernetzt hatten und auch in der Gesellschaft zum Beispiel von den Kirchengemeinden „eingefangen“ wurden oder sich „einfangen“ ließen, gerne sogar. Sie haben bis heute zumeist einen sehr, sehr guten Weg zurückgelegt.

Frauke Burgdorff: Wir gehen nun in den schönen Odenwald, zu Herrn Kelbert. Sie haben eine historische Altstadt, die beim Thema Zugehörigkeit und Identifizierung eine ganz wichtige Rolle spielt. Die Michelstädter identifizieren sich wahrscheinlich auch über die Bilder der historischen Altstadt. Spielt das eine besondere Rolle bei der Frage „Wie integriere ich Zugewanderte?“

Stephan Kelbert: Ich glaube nicht, dass es im Moment schon eine besondere Rolle spielt, wie ich sie mir vorstelle, wie wir sie uns vorstellen. Das Michelstädter Rathaus ist so ein bisschen Wohl und Wehe der ganzen Geschichte. Denn Stadtpolitik – und die ist vornehmlich durch die frühere Mehrheitsgesellschaft dominiert – nimmt im Grunde Michelstadt immer noch wahr mit dem Bild aus den 1950er-Jahren, als Michelstadt mit seinem geschlossenen Altstadt kern und mit dem historischen Rathaus auf jedem Deutschlandführer vorne drauf und ein touristischer Magnet war. Die Wahrnehmung ist immer: Wir müssen viel für den Tourismus machen, wir müssen dieses Stadtbild, dieses Marketing mehr nach vorne treiben, in die Welt, und dann geht es uns allen wieder gut. Ich glaube, dass dieses Bild umgeschrieben werden muss. Man kann dieses Bild auch ganz anders erzählen und das Michelstädter Rathaus als Symbol von Freiheit, von Offenheit und auch von Einladung für Menschen eigentlich seit Generationen und seit Jahrhunderten sehen. Das ist es eigentlich, was Michelstadt viel mehr ausmacht. Natürlich haben wir diesen Kern, der für die Menschen, die schon länger hier leben, auch für die, die vielleicht in der zweiten und dritten Generation hier sind, schon auch ein wichtiger

Punkt der Identifikation und des Stolzes ist. Das sehen wir auch bei bestimmten Gruppen der türkischen Gemeinde, ganz klar: „Das ist mein Michelstadt“, „unser Rathaus“, wenn sie vier Wochen in der Türkei waren. Aber im Grunde ist Michelstadt viel breiter und spielt sich um das Rathaus und um die Altstadt herum ganz anders und sehr vielfältig ab. Das haben wir noch nicht wirklich verstanden, auch in der Stadtpolitik noch nicht. Es gibt Konzentrationsprozesse. Wir haben Stadtteile mit 60 Prozent Migrationshintergrund, auch welche, in denen wir strukturell wirklich sehr große Schwierigkeiten haben. Die sind von uns in den letzten 30 Jahren in der Stadtpolitik überhaupt noch nicht in den Blick genommen worden, weil wir im Grunde immer altstadtzentriert gedacht haben. Jetzt sind wir dabei, das langsam „umzuschreiben“ und unsere Selbstwahrnehmung zu ändern. Dabei sind wir noch ganz am Anfang.

Frauke Burgdorff: Das ist natürlich ein ganz wichtiger Aspekt, dass man sich von dieser „Briefmarke Altstadt“ dann eben auch wegbewegt. Haben Sie in Michelstadt die Erfahrung, dass die ehemalige, wie Sie sagten, Mehrheitsgesellschaft realisiert, dass ein ganz natürlicher Prozess der Diversität stattfindet, einfach darüber, dass ganz viele junge Menschen bei Ihnen eine Migrationsgeschichte haben? Gibt es im Moment die in Deutschland viel debattierten Abgrenzungsprozesse, vielleicht aktiver als früher?

Stephan Kelbert: Ich glaube schon, dass es im Moment ein ganz gutes Nebeneinander in Michelstadt gibt. Wir haben keine gravierenden Probleme, die uns in der Politik massiv hätten beschäftigen müssen. Vorhin hat Frau Reimann gesagt, wir hätten einen starken Bürgermeister. Wir haben auch vor allem eine starke Integrationsbeauftragte, die für uns seit fünf Jahren diesen Impuls setzt. Und wir sind jetzt dabei, das wahrzunehmen, was eigentlich real ist. Wir sammeln Informationen, wir machen Demografie-Untersuchungen und sind überrascht von den Zahlen. Die Konkretisierung von Zahlen auf Karten spielt eine ungeheure Rolle für die Wahrnehmung in der Politik. Es ist jetzt langsam angekommen, dass wir hier ein Thema haben, das wir als Kommune angehen müssen. Dass wir nicht wie bisher immer sagen können: Das ist eigentlich Kreisaufgabe. Das ganze soziale Feld ist immer vom Odenwaldkreis abgedeckt worden, die Stadt hat eigentlich keine eigene Sozialpolitik gemacht. Deswegen sind wir letztendlich auch hier in dieses Netzwerk geraten, um nach innen zu kommunizieren: Wir haben hier eine Aufgabe, die Kernaufgabe ist, die das Bild der Stadt nach außen sehr stärken kann. Michelstadt ist im Moment eher nicht Zuzugsgebiet. Wir sind sehr stark ländlicher Raum. Das Bild von Michelstadt als offener Stadt im Grünen zu zeichnen, ist ungeheuer zeitgemäß. Davon wird die Stadt sehr profitieren können, wenn es ihr gelingt, dieses Bild auch in der Politik zu verankern.

Frauke Burgdorff: Zum Thema „nach innen wirken“ kommen wir gleich noch einmal, wenn es darum geht, wie Sie in den letzten Jahren gearbeitet haben. Ich finde die Perspektive ganz spannend: Wir müssen erst einmal selber verstehen, damit wir überhaupt ins Handeln kommen. Vorher gehen wir aber nach Zittau und kriegen erst einmal von Frau Kaiser einen kleinen Eindruck davon, was Migration in ihrer Stadt im Dreiländereck bedeutet. Wenn Sie über Migration reden mit Ihrer Politik, was sind die Themen, die dort die Gemüter bewegen?

Birgit Kaiser: Schwere Frage. Gestatten Sie mir trotzdem im Vorfeld drei kurze Sätze, die sich nicht ganz auf die Frage beziehen. Ich würde gerne sagen: Ja, Kleinstädte ticken anders, und bitte lasst sie auch anders ticken. Ich gebe aber meiner Kollegin Recht, wir haben genau die gleichen Themenfelder, die gleichen Problemfelder wie Großstädte. Die müssen wir als Kleinstädte in der gesamten Bandbreite genauso abarbeiten wie eine Großstadt. Wir müssen es mit einem ganz anderen Wissensstand abarbeiten. Wir sind nämlich viel näher an den Problemen und Themen dran.

Dann möchte ich einen Dank aussprechen. Wir haben uns in diesem Forschungsprojekt als Stadt Zittau ernst genommen gefühlt. Das war sehr, sehr angenehm. Ich weiß jetzt nicht, wie viel Politik hier im Saal sitzt. Aus Sachsen habe ich niemanden gefunden. Meine Bitte an die Politik: Nehmt die Kleinstädte ernst, das ist ganz, ganz wichtig in den Prozessen, die wir zu bewältigen haben.

Zu Ihrer Frage: Gestatten Sie mir, dass ich ein bisschen auf die Geschichte eingehe: tiefstes Ostdeutschland, Textilindustrie, ganz viele vietnamesische, angolische und kubanische – den Begriff Gastarbeiter gab es bei uns nicht – Menschen. Aus Ländern, zu denen wir gemeinsame wirtschaftliche Beziehungen aufgebaut hatten, waren Menschen bei uns und haben bei uns gearbeitet. Dann kam die Wende, und die angolischen und die kubanischen Bürger sind wieder gegangen. Die Vietnamesen sind selbstverständlich geblieben, unauffällig. Wir hätten sie nie als Menschen mit Migrationshintergrund betrachtet. Türken kamen dann dazu, sie haben uns diese wunderbaren Restaurants aufgebaut, die kannten wir ja im Osten nicht, und sie wurden auch nicht als Menschen mit Migrationshintergrund betrachtet. Und Sie hatten das vorhin erwähnt: Ja, es stimmt, wir haben natürlich in den ersten zehn bis 15 Jahren im Osten in der Stadtentwicklungspolitik stark in Stein investiert, also in die Städte, in den Aufbau der Städte, und haben den sozialen Aspekt etwas vernachlässigt. Jetzt kam die Situation der Flüchtlinge, der Aufnahme von Flüchtlingen natürlich auch bei uns im Dreiländereck an. Und damit ist zum ersten Mal so ein Art Scheinwerfer auf dieses Thema geworfen worden: Unsere Stadtentwicklungsprozesse haben wir nie sortiert für die vietnamesischen Bürger und für die Zittauer Bürger und für die tschechischen Bürger und für die polnischen Bürger, sondern immer mit Blick auf die Entwicklung der Region insgesamt. Jetzt kamen die Flüchtlinge dazu, mit

einer gewissen Angst in der Bevölkerung: Wer kommt denn da jetzt? Unser Hauptproblem in Zittau ist aber nicht der Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund, unser Problem ist nach wie vor die Überalterung der Gesellschaft. Zuwanderung und Abwanderung halten sich gerade so die Waage, aber Überalterung ist das Problem, wir haben nach wie vor eine höhere Sterberate als Geburtenrate. Deswegen haben wir gesagt: Wir müssen Menschen, die zu uns kommen, auch aus anderen Ländern, bei uns zu halten versuchen und sie als Familien bei uns anerkennen. Ich weiß jetzt nicht, wie ich es ausdrücken soll, ohne irgendwie jemanden zu diskriminieren. Aber der klassische Flüchtling kommt also nach Zittau, wird über die ganzen Verfahren nach Zittau in ein Wohnheim verfrachtet und steht dann dort in diesem Zittau und denkt sich: Nein, das soll Deutschland sein? Hier wollte ich nicht hin und hier möchte ich auch nicht bleiben. Also: Das Thema der Flüchtlinge, der Flüchtlingspolitik ist für uns nicht das Problem. Was traurig ist, ist die Resonanz aus der Politik. Es werden die dezentral angemieteten Wohnungen wieder gekündigt, man verpflanzt die Menschen wieder in Wohnheime, denn die Wohnheime stehen leer. Nach dem Motto: Wir haben diese Wohnheime mit viel Geld hübsch saniert, da können die Menschen ja jetzt ruhig wohnen. Altes Zollhaus, direkt an der deutsch-polnischen Grenze, also der ideale Standort für Integration? ...

Deswegen der Appell an die Politik: Nehmt die Kleinstädte ernst! Überlegt bitte, wenn politische Entscheidungen getroffen werden: Ist das für die Stadt gut? Ich möchte jetzt nicht den Landkreis Görlitz ankreiden, wir haben ein sehr gutes Zusammenspiel und eine gute Zusammenarbeit. Aber die jetzigen Entscheidungen aufgrund des Rückgangs der Flüchtlingszuwanderung gehen aus meiner Sicht in die falsche Richtung. Was für uns ein Erkenntnisprozess, ein Lernen war: Wieso betrachten wir eigentlich unsere vietnamesischen Bürger und die tschechischen Bürger und die polnischen Bürger, nicht mit der gleichen Brille? Eine tschechische Familie, die nach Zittau kommt, mit einem Kind, was noch nicht gut Deutsch spricht, hat sich in der Schule selbst zu kümmern. Das Kind kommt nicht in eine DaZ-Klasse und wird nicht irgendwo besonders gefördert. Das muss sich selber kümmern. Also, das sind so Ansätze, mit denen wir uns jetzt befassen. Wir lassen das Thema nicht aus dem Auge, wir arbeiten konzeptionell an der Sache, verstehen aber unser Integrationskonzept nicht als losgelöstes Konzept. Es ist immer ein Bestandteil des gesamten Entwicklungsprozesses. Wir werden daran weiterarbeiten.

Frauke Burgdorff: An dieser Stelle würde ich erst einmal einhaken, weil Sie jetzt direkt auf die konzeptionelle Ebene gehen. Ich würde aber gern noch einmal auf den Befund eingehen, der für mich, und ich glaube auch für viele andere, wirklich sehr interessant ist. Erst einmal, dass es im tiefsten Sachsen traditionell diesen Begriff des Migranten so erst einmal gar nicht gab – und damit auch nicht

die kollektive Zuschreibung. Es sind eben einfach Menschen. Das finde ich erst einmal schon eine ganz andere Herangehensweise. Und dann kommen jetzt „zugeschriebene“ Migranten und werden als Gruppe hingestellt. Die Menschen kommen aber aus sehr unterschiedlichen Ländern und haben jeweils ganz eigene Dinge „im Gepäck“. Frau Andresen, gerade mit Stadtbau-Ost-Erfahrung, aber jetzt eben auch mit dem Thema Klein- und Mittelstädte. Würden Sie sagen, es gibt eklatante Unterschiede zwischen der großen Stadt und der kleinen Stadt, aber auch zwischen Ost und West? Beobachten Sie das im Bundesinnenministerium?

Silke Andresen: Herzlichen Dank. Auch ich würde gerne noch eine Vorbemerkung vorausschicken. Ich möchte mich vor allem ganz herzlich bedanken für die Einladung im Projektbeirat mitzuwirken. Die Arbeit dort war von einem Geist des Lernens geprägt und auch von dem intensiven Austausch. Für die Arbeit auf Bundesebene halte ich es tatsächlich für essenziell, im Gespräch zu bleiben, in Kontakt mit Ihnen, und durch den Austausch auch die eigenen Aufgaben zu schärfen. Darin bieten sich große Chancen.

Aus Bundessicht finde ich spannend: Als wir an das Thema Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten rangegangen sind, hatten wir durchaus bestimmte Vorstellungen von Kleinstädten. Wir haben in Deutschland rund 600 Mittelstädte und über 2.000 Kleinstädte. Diese Städte sind natürlich ebenso wie die Stadtgesellschaft vielfältig. Das heißt, um mal eine Größenordnung aufzumachen, wir haben Städte wie Bad Berleburg in Nordrhein-Westfalen mit 20.000 Einwohnern, 275 Quadratkilometern, 23 Ortsteilen. Und wir haben andere Städte wie Mainbernheim in Bayern mit 2.100 Einwohnern, eine sehr klare Kernstadt, also im Grunde keine Ortsteile. Wenn wir über Zusammenhalt, Integration und die Gestaltung von Vielfalt sprechen, sind das ganz unterschiedliche Rahmenbedingungen. Das heißt, je nach Lage im Raum und auch gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist das sehr unterschiedlich.

Es geht auch immer wieder darum zu schauen: Was ist die eigene Migrationsgeschichte der Stadt? Was sind die Ausgangsbedingungen? Wie kann ich passgenaue Strategien entwickeln? Deswegen würde ich auch gar nicht so den Unterschied machen zwischen Ost und West, zwischen Kommunen, die einen hohen Migrantenanteil haben oder einen geringen. Sondern es geht tatsächlich darum zu schauen, wie sich vor Ort Gesellschaft gestaltet, wo man ansetzen kann, und tatsächlich auch die gesamte Stadtgesellschaft in den Blick zu nehmen.

Frauke Burgdorff: Das Stichwort Migrationsgeschichte der einzelnen Kommunen: In Klein- und Mittelstädten ist es sicherlich einfacher nachzuvollziehen, weil es in Großstädten natürlich eine hochdiversifizierte Migrationsgeschichte gibt. Lassen Sie uns auf die Lösungsebene kommen. Ich schaue jetzt mal nach Steinfurt, Sie haben

sich ja, wenn ich das richtig erinnere, auf den Weg gemacht, ein Integrationskonzept im Rahmen des Projekts zu beschließen, auch. Das in einer Zeit, in der ganz viel, Frau Reimann hat es gesagt, Ad-hoc-Handeln angesagt war. Alle krempeln die Ärmel hoch, „jetzt geht es los, wir müssen die Flüchtlinge integrieren.“ Und Sie sagen: „Nein, wir machen jetzt erst einmal ein Konzept.“ Woher kam diese Entscheidung? Das würde mich interessieren. Und: Was sind für Sie die wichtigen Eckpfeiler oder Dimensionen dieses Konzepts, die Sie auch als Rat, nicht als Best Practice, aber als Erfahrung mit in den Raum geben würden?

Maria Lindemann: Es kam tatsächlich durch die Flüchtlingsbewegung, dass wir von der Stadt uns mit dem Integrationsbeauftragten zusammengesetzt haben mit Bildungseinrichtungen: Wir müssen was tun! So haben, glaube ich, ganz viele einfach angefangen. Es gab ja keine Stelle, es gab ja eigentlich nichts. Dann kam ganz schnell dazu, dass auch karitative Einrichtungen und Kirchengemeinden bei uns in der Verwaltung angeklopft haben. Letztere hatten schon eine ökumenische Runde. Wir haben uns dann zusammengetan. Das heißt, wir haben eine Lenkungsgruppe von Hauptamtlichen gebildet und sehr schnell zumindest die Struktur geschaffen. Das war ein sehr, sehr gutes System, das sich bewährt hat. Trotzdem haben wir natürlich situativ und temporär gehandelt. Und irgendwann, nachdem wir eine Struktur hatten und voneinander wussten, wer was macht, sind dann auch Netzwerke entstanden, die es vorher gar nicht gab. Das war ganz, ganz toll – und auch, dass wir sozialräumlich denken lernten oder uns eben bestimmte Gruppen von Zugewanderten angeschaut haben, nichtsdestotrotz auch individuell geholfen haben, wenn es sein musste. Wir sind jetzt so weit. Das hätten wir – und das möchte ich noch einmal betonen – ohne dieses Projekt vom Difu nicht geschafft.

Einfach dieses Wissen abzuschöpfen und zu wissen, dass im Hintergrund jemand ist, den wir fragen können, das war so wertvoll. Zudem muss ich sagen, wir verstehen uns wirklich gut, also wir neun Kommunen, die beteiligt waren. Wir sind eine ganz tolle Gruppe, und auch der Austausch unter dem Titel „Interkommunale Öffnung“ hat das natürlich wunderbar gezeigt.

Frauke Burgdorff: Ein wichtiger Punkt: Sie haben sinngemäß gesagt: „Wir haben erst einmal Netzwerke und Strukturen geschaffen und dann haben wir ein Konzept geschrieben. Dieses Zusammenspiel zwischen praktischem Arbeiten und dann Konzeptualisieren „oben drauf“ würde mich noch einmal interessieren.“

Maria Lindemann: Es war wie im Fluss, es ging einfach weiter. Wir haben jetzt auch Maßnahmen beschrieben, die wirklich umgesetzt werden können. Das heißt, wir haben jedes Mal auch die Federführung festgelegt, und die liegt nicht immer bei der Verwaltung. Bei uns werden

zwar die Fäden zusammengehalten, das war auch richtig, dass die Kommune wirklich die Koordinierung innehat. Bei uns ist es jetzt die Koordinierungsstelle Integration. Es gibt ganz viele Maßnahmen zu den Handlungsfeldern. Was für Stadtentwicklung wichtig ist: Wir haben noch kein ISEK und fangen mit dem Integrationskonzept an als einem Teil der Stadtentwicklung. Wir haben dazu große Zustimmung aus der Politik erhalten.

Frauke Burgdorff: Aber ist das nicht doch ein Unterschied zwischen kleiner Stadt und großer Stadt auf der Handlungsebene? Natürlich spiegelt sich die gesamte Gesellschaft auch in einer kleinen Stadt, aber das Handeln kann sich in einer kleinen Stadt doch etwas anders organisieren. Was ist der Vorteil bei einer kleinen Stadt und diesen schnellen Beziehungen zwischen den sozialen Trägern? Was würden Sie sagen, wo „ticken“ Sie anders und wo können vielleicht auch die Großen etwas von den Kleinen lernen?

Birgit Kaiser: Schwierige Frage, ob man das so verallgemeinern kann. Es hängt auch viel von den gerade handelnden Personen und der richtigen Zeit am richtigen Ort ab. Es muss jeder seinen Weg finden. Mein Empfinden ist schon, dass das alles in der Kleinstadt, wenn man gut miteinander kommuniziert, leichter zu lösen ist. Wenn man ein Mitspracherecht hat, kann man sicher seine Meinung besser einbringen. Bei uns ist der Werdegang ähnlich. Die sozialen Vereine, Hillersche Villa, Freiraum e.V., Wächterhaus, hatten die Situation am schnellsten erkannt, haben dort ohne die Stadt erst einmal Willkommensnetzwerke aufgebaut, Sprachkurse organisiert und so weiter, wo wir uns dann mit eingebracht haben. Und es war die Kunst, jetzt nicht zu sagen: „Oh, das ist aber Verwaltungshandeln, was Ihr da macht, um Gottes Willen, da hat doch der Stadtrat noch nicht zugestimmt.“ Nein, wir haben miteinander kommuniziert und gesagt: „Lasst uns das auf eine Ebene bringen, auf der die Stadt moderiert, aber sich nicht einmischt.“ Wir hatten zu dem Zeitpunkt, als es richtig prekär war, gerade Oberbürgermeisterwahl. Unser Oberbürgermeister war ganz neu im Amt und hat souverän die Fäden aufgegriffen und gesagt: „Meine Verwaltung in den anderen Strukturen funktioniert erst mal, ich muss mich jetzt nicht um den Straßenbau kümmern. Aber das ist jetzt wichtig, darum muss ich mich kümmern.“ Und dann haben wir noch den Vorteil, dass unsere Hochschule Zittau-Görlitz einen Studiengang „Management des sozialen Wandels“ hat. Wir haben das aufgegriffen, haben gesagt: „Eurer Studiengang ist genau die Thematik, bitte greift dieses Thema auf, macht dort Studienarbeiten und Projekte dazu.“ Wir hatten dann das Glück, bei uns in der Stadtentwicklungsgesellschaft eine junge Frau aufzunehmen, die ihr Semesterpraktikum zu dem Thema gemacht hat und daraus ihre Masterarbeit entwickelt hat. Es war natürlich für uns ein super Ansatz, in der Masterarbeit „Stadtentwicklungsprozess“ so einen Handlungs- und Masterplan zu entwickeln. Das war ein

Glückstreffer. Aber das lässt sich natürlich nicht in allen Städten so umzusetzen.

Frauke Burgdorff: Man merkt es bereits: Wir gehen auf eine neue oder schon immer existierende Daueraufgabe der Städte zu. Vielleicht hat sich mit der Globalisierung auch der Migrationsströme die Qualität verändert. Die Tatsache, dass Stadt Emanzipationsort ist, hat sich ja erst einmal nicht geändert, aber vielleicht das Ausmaß der Diversität. Sind Kommunen im Moment tendenziell ausgestattet mit den Fähigkeiten, die dieser ständige Wandel benötigt? Was würden Sie sagen, wo bräuchte es vielleicht ein anderes Denken in kommunalen Verwaltungen?

Dr. Bettina Reimann: Zwei Gedanken dazu: Ich glaube, es gibt wirklich Unterschiede zwischen den kleineren und größeren Städten, sogar schon im Projekt zwischen den kleineren und größeren Städten. Das betrifft die Größenordnungen, die Strukturen und Erfahrungen, vielleicht auch die Sicherheit im Umgang mit den Themen. Insofern würde ich sagen, es hat nicht nur mit Ressourcen und Kapazitäten zu tun. Es braucht tatsächlich noch eine Unterfütterung, um mit den anstehenden Aufgaben, die gesamtgesellschaftlicher Art sind, umzugehen. Es ist wirklich eine große Herausforderung, das Thema Integration nicht immer nur in die soziale Ecke zu schieben, nur als ein Problem oder eine Zumutung zu sehen, sondern weiter zu entwickeln: Wie kann das Thema mit Blick auf Diversität, auf gesamtgesellschaftliche Aufgaben auch zu einer Form der Lösung werden, der sich mit Blick auf die Verwaltung und die Kommunalpolitik viele Fachbereiche in der Breite annehmen? Deswegen fand ich auch den Hinweis von Herrn Pott sehr wichtig, dass Kommune nicht integrieren kann, sondern moderieren muss. Man muss auch die Politik „mitnehmen“. Und das ist eine große Herausforderung. Frau Burgdorff, Sie haben eingangs gesagt: „Wir wissen, Integration ist eine Daueraufgabe.“ Das ist etwas, wo wir auch im Projekt noch mal sehr gerungen haben, als wir das Positionspapier formuliert haben. Und vielleicht finden sich auch nicht alle Projektkommunen in dieser Position wieder. Wir wollen aber explizit eine Diskussion anstoßen. Es ist schon stark in den Köpfen der kleineren Städte zu sagen: „Es ist doch eher ein Thema und ein Problem, das wir gelöst haben und nun beiseiteschieben können.“ Das sagt sich so schnell: „Integration ist eine Daueraufgabe.“ Aber ist das wirklich auch in den Köpfen? Deswegen finde ich dann doch auch diese Themen wichtig: Politik mitnehmen, konzeptionell rangehen, auch wenn man es vielleicht nicht Integrationskonzept nennt, sagt man Vielfalt, sagt man Vielheit? Das will ich gar nicht als lapidar abtun. Mit Herrn Yildiz und Herrn Pott haben wir hierzu Experten im Raum. Aber wir mussten dann doch auch bei den Begriffen bleiben, um Sensibilität herzustellen, gerade in der Diskussion vor Ort.

Stephan Kelbert: Die Aufgabe von Stadtpolitik ist es zunehmend, Verbindungen herzustellen zu allen Grup-

pen, die Stadt ausmachen. Und das ist eben vielfältig. Was wir für uns festgestellt haben, ist, dass es weite Bereiche im Kernbereich von Michelstadt gibt, mit denen wir uns eigentlich nicht beschäftigt haben in dem Maße, wie sich Stadtpolitik damit beschäftigen sollte. Das hat weniger etwas mit der Migrantendiskussion zu tun als überhaupt mit dem sozialräumlichen Denken. Das hat nicht stattgefunden. Aus der Politik selbst kommt relativ wenig Impuls. Das ist Aufgabe von uns, vom Bürgermeister und dann auch von seiner Verwaltung, das in die Stadt und die Politik hineinzutragen. Dabei stehen wir noch ganz am Anfang. Aber es ist natürlich schon so, dass man bestimmte Impulse setzt, bestimmte Projekte vor Ort initiiert und auch Netzwerke bildet. Wir sind im „Wir“-Projekt des Landes Hessen drin, wir sind ins Difu-Projekt hineingegangen. Ohne Frau Schmied wäre das nicht geschehen, wären wir diese Netzbildung überhaupt nicht angegangen. Wenn ich nicht da gewesen wäre, wäre Frau Schmied nicht da. Sie ist eigentlich Jugendbeauftragte. Wir brauchen einen Jugendklub. Über diesen Weg ist sie zu uns gekommen. Ich habe eine Chance erkannt, dass man den Schwerpunkt jetzt genau in diese Richtung lenken kann. Und jetzt fangen wir im Grunde an, politische Bildung zu machen, dabei nach innen und auch nach außen zu gehen.

Frauke Burgdorff: Dieser Aspekt der Innenentwicklung, in die Politik hinein, in die Verwaltung hinein – da stellt sich die Frage: Wie gehen Sie das an? Erst mal situativ, sagen Sie. Wie wichtig sind gerade für Sie als Bürgermeister sichtbare Erfolge, um die Politik mit an Bord zu bekommen?

Stephan Kelbert: Ob wir schon Erfolge haben, weiß ich gar nicht. Was uns gelingt, ist, dass wir Spaß daran finden, dass wir auch den Akteuren Spaß vermitteln können. Das Interesse ist viel stärker, als es noch vor ein paar Jahren war. Das ist eindeutig spürbar, auch in der Kommunalpolitik. Wie gehen wir es an? Ich habe es gerade angedeutet. Der nächste Schritt wird sein, dass wir unsere Verwaltung zu stärken versuchen und ausbilden. Bei uns gibt es in der Verwaltung praktisch überhaupt keine Fluktuation, es ist eine sehr statische Struktur. Wer einmal in der Stadtentwicklung arbeitet, arbeitet dort in der Regel 30, 35, 40 Jahre. Da muss man dann eben auch schauen: Mit welchen Ressourcen fängt man an, und wie geht man damit um? Das ist überhaupt nicht einfach. Im Moment haben wir eigentlich eine gute Situation, es gibt nämlich einen Umbruch. In vielen hessischen Verwaltungen ist es jedenfalls so, dass es einen Generationswechsel gibt. Dabei haben wir eine große Chance, im Grunde jetzt Weichen zu stellen: Für wen machen wir uns schön und attraktiv, damit Menschen hierherkommen und uns in der Verwaltung stärken?

Maria Lindemann: Ich möchte noch eins anmerken, bevor der Gedanke vergessen wird. Es geht natürlich nicht ohne Geld. Das ist ein wichtiges Thema, das ich hier

auch noch einmal als Appell mitgeben möchte. Wir haben darauf bestanden, dass wir die 3,84 Prozent auch abschöpfen dürfen, die laut FlüAG dafür zur Verfügung stehen. Das haben wir geschafft, obwohl es natürlich Diskussionen gegeben hat. Die Politik, keine Frage, stand auch komplett hinter uns, aber im Haus gab es Diskussionen. Dazu kommt: Ganz oft ist das Geld nicht bei uns in den kleinen Kommunen angekommen. Wir haben das im letzten Netzwerktreffen intensiv diskutiert und gesagt: „Es kann nicht sein, dass das immer beim Kreis hängen bleibt und bei uns nichts ankommt.“ Wir hatten ein Büro, das uns begleitet hat. Wir hätten das nicht alleine geschafft. Die haben uns den Rahmen gegeben, haben uns geleitet und geführt, nicht bei den Inhalten, aber beim Rahmen. Dafür brauche ich nun einmal Geld. Und die vom Land NRW kommenden 192.000 Euro, für die Arbeit werden auch in meinem Bereich bleiben, da passe ich schon auf.

Stephan Kelbert: Ein Satz dazu. Die Überzeugung haben wir wahrscheinlich alle in dem Projekt: Die Identifikation, der Kopf des Netzwerks ist die Kommune. Damit kann jeder, der kommt, auch etwas anfangen. Einen Bürgermeister gibt es überall auf der ganzen Welt, egal, wo man ist. Ein Landkreis und ein Landrat, damit kann in der Regel schon ein „Ur-Odenwälder“ kaum noch etwas anfangen. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, dass das Geld an die richtigen Stellen muss. Und wenn eine Stadt über 15.000 Einwohner hat und 30 Prozent Migrationshintergrund, dann muss man schauen, wie die Finanzströme anders strukturiert werden.

Werner Hülsmann: Werner Hülsmann, Integrationsbeauftragter des Landkreises Osnabrück. Wir sind gerade bei den kommunalen Ebenen angekommen, hierzu meine erste Frage. Wie ist die Zusammenarbeit mit den anderen Kommunen? Und wie die mit der anderen kommunalen Ebene, nämlich dem Landkreis? Und zweitens: Gibt es, gerade im Bereich der Integrations- und Flüchtlingsintegrationsarbeit, interkommunale Zusammenarbeit? Wir haben ein Beispiel bei uns im Landkreis Osnabrück. Das ist ein Altkreis, der traditionell gute Beziehungen hat. Die haben ein gemeinsames Büro eingerichtet, was wir als sehr hilfreich empfinden. Haben Sie solche Erfahrungen der sozialräumlichen Zusammenarbeit zwischen den Kommunen?

Birgit Kaiser: Ich würde es gern aus unserer Perspektive beantworten, weil es für uns ein sehr schweres Thema ist. Unsere interkommunale Zusammenarbeit besteht im kleinen Dreieck zwischen Deutschland, Tschechien und Polen, konkret in einem gemeinsamen Entwicklungsplan. Die polnische und die tschechische Politik haben sich zu der Frage Flüchtlinge für unsere Verhältnisse sehr schwierig positioniert. Und entsprechend war natürlich auch die interkommunale Zusammenarbeit in unserem kleinen Dreiecksverbund nicht so einfach. Ansonsten: Mit dem Landkreis Görlitz und der Stadt Görlitz hatten wir

eine gute Abstimmung und gute Zusammenarbeit. Nun lasten natürlich von der Größenordnung der Kommunen her die Aufgaben der Mittelzentren auf Zittau und Görlitz, dazwischen sind alles nur noch kleinere Städte und Gemeinden, die diese Aufgaben nicht mittragen müssen.

Frauke Burgdorff: Gehen wir noch einmal kurz nach Steinfurt: Gibt es Erfahrungen mit interkommunaler Kooperation im Münsterland, mit dem Austausch zu bestimmten Themen, die Sie teilen können?

Maria Lindemann: Nur im engsten nachbarschaftlichen Bereich. Das heißt, die kleinen Kommunen profitieren tatsächlich von unserem frühzeitigen Handeln. Über die Lenkungsgruppe haben wir Zweckverbände im Bildungsbereich und im karitativen Bereich, sodass dort der Austausch schon stattfindet. Projektbezogen gibt es Verbindungen, aber diese sind ausbaufähig. Die Beziehungen zum Kreis – das ist ganz wichtig, da sind ja die kommunalen Integrationszentren –, das ist der wunde Punkt. Die kommunalen Integrationszentren sind gewollt. Bei uns wurden sie viel zu spät eingerichtet, sind gar nicht vor Ort, wissen gar nicht, wie es dort tickt. Sie haben dort, glaube ich, mittlerweile über 15 Stellen. Und wir können gerade einmal eine halbe Stelle finanzieren, und noch eine weitere halbe extern. Also: Das ist wirklich schwierig, und es gibt da noch keine Brücken. Wir handeln aneinander vorbei, das ist nicht gut, auch nicht für den Kreis.

Axel Linke: Mein Name ist Axel Linke, ich bin Bürgermeister der Stadt Warendorf, Warendorf liegt im Münsterland. Frau Lindemann und ich, wir kennen uns gut, ich kann das nur ausdrücklich unterstützen, was sie gerade gesagt hat. Es ist in den vergangenen Jahren zu wenig in den Kommunen angekommen, gerade in den kleineren Kommunen. Es ist viel, gerade in Nordrhein-Westfalen, in den Kreisen hängen geblieben. Es ist vom Land nichts durchgereicht worden, was vom Bund kam. Das ist eine Katastrophe gewesen. Ich war vorher fünf Jahre Beigeordneter in Rheine und habe denselben Geschäftsbereich gehabt wie Frau Lindemann jetzt. Wir haben das einmal ausgerechnet, wir sind in Rheine am Anfang auf 75 Prozent der Kosten hängen geblieben. Das muss man sich einmal vorstellen: unter diesen Rahmenbedingungen, wo man die Menschen überhaupt erst mal unterbringen und ihnen eine Schlafgelegenheit und etwas zu essen geben musste, auf 75 Prozent der Kosten hängenzubleiben. Und dann auch noch über Integration nachzudenken – das war schon ein großer Sport, was wir da an der kommunalen Basis geleistet haben. Das wird meiner Meinung nach immer noch nicht ausreichend gewürdigt. Was wir bei uns in Warendorf feststellen: Wir haben ein großes ehrenamtliches Engagement, ohne das wäre es überhaupt nicht möglich. Darüber ist heute hier noch gar nicht gesprochen worden. Wenn ich die Ehrenamtler nicht hätte, ich wüsste gar nicht, wie ich Integration leben sollte. Und ich persönlich habe festgestellt – wir haben ja auch mehrere kleine Ortsteile: Je kleiner der Ort, desto besser klappt es. Wir

haben Ortsteile mit 2.000 Einwohnern. Die Flüchtlinge, die dorthin gekommen sind, wurden in die Dorfgemeinschaft aufgenommen, die kennen inzwischen dort jeden. Das ist wirklich beispielhaft und zeigt für mich, dass man aufpassen muss, wie man verteilt, dass man keine Gettoisierung herbeiführt und solche Dinge. Das ist aus stadtplanerischer Sicht ganz wichtig.

Silke Andresen: Ich möchte gern das Stichwort „interkommunale Kooperation“ aufgreifen. Wir haben gerade im Programm "Kleinere Städte und Gemeinden - überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke", mit dem wir sehr aktiv interkommunale Kooperationen unterstützen, sehr gute Erfahrungen gemacht. Und zwar dann, wenn es gelingt, interkommunal wirklich tragfähige Strukturen aufzubauen. Also um ein Beispiel zu nennen, die Allianz Hofheimer Land hat sich sehr intensiv interkommunal mit der eigenen Region auseinandergesetzt. Sie bearbeiten da verschiedene Handlungsfelder von Innenentwicklung und Leerstands-Management bis dahin, dass sie ein dezentrales Netzwerk an Bürgerhäusern geschaffen haben, womit sie nämlich in den Orten auch bürgerschaftliches Engagement und noch weitere Aktivitäten unterstützen. Das war für die Kommunen unglaublich hilfreich, als 2015 die neue Situation da war, also die Flüchtlingszuwanderung, und sie konnten auf die Strukturen aufbauen. Über das Leerstands-Management ist es gelungen, die dezentrale Unterbringung zu unterstützen. Über das Netzwerk von Bürgerhäusern ist es gelungen, das ehrenamtliche Engagement zu koordinieren, dem Raum zu geben, Orte dafür zu schaffen. Und mittlerweile gibt es ein interkommunales Bürgerzentrum in Hofheim in Unterfranken, das eine tragende Rolle auch für die Umlandgemeinden übernimmt. Dort sitzt nicht nur der Ansprechpartner für Innenentwicklung, sondern eben auch für Fragen von Vielfalt und Integration. So gibt es durchaus Synergien durch die interkommunale Kooperation.

Frauke Burgdorff: Ich weiß, Sie sind als Bund nicht zuständig, wenn die Länder nichts durchreichen. Aber trotzdem, dieses Phänomen, dass ein Teil der Gelder zumindest eher auf die administrative Mittelebene geschickt wurde, auch das Personal, und vielleicht zu wenig auf der Straße im wahrsten Sinne des Wortes angekommen ist, wird das diskutiert auf Bundes- und auf Landesebene? Ist das ein Thema? Arbeiten Sie daran? Und wenn nicht, würden Sie es in Zukunft tun?

Silke Andresen: Ich halte das für absolut wichtig. Und ich finde es auch wichtig, dazu immer wieder die kommunale Sicht zu hören. Ich denke, es ist eine Diskussion, die man vor allem auf der Landesebene führen muss, aber natürlich auch auf Bundesebene. Ich selber komme eher aus der Stadtentwicklung, wo wir uns natürlich auch sehr viele Gedanken darüber machen, gerade für Klein- und Mittelstädte: Wie schaffen wir es eigentlich, Förderzugänge zu erleichtern? Das ist jetzt zwar ein anderes Thema, aber ich denke, dass eine Beratung und Begleitung der Kom-

munen unglaublich wichtig ist, um Zugänge zu schaffen. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Integrationspolitik, damit die Mittel auf kommunaler Ebene ankommen.

Roland Gruber: Roland Gruber, ich komme aus Österreich. Wir arbeiten sehr viel in Kleinstädten und in Mittelstädten in der Stadtzentrentwicklung. Meine Frage an die Runde, insbesondere ans Forschungsteam, wäre: Das Jobprofil eines Integrationsbeauftragten oder eines Integrationskümmerers oder eines Vielfaltkümmerers, ab welcher Größenordnung von Kommune kann man so etwas finanzieren, dass das Teil der Verwaltung ist oder zwischendrin zwischen Verwaltung und Bürgerschaft verortet ist? Und welches Jobprofil haben solche Menschen? Also: Welche Biografien stecken dahinter, dass man das auch machen kann?

Maria Lindemann: Es ist erst einmal schon beruhigend, einen Kümmerer mit einer halben Stelle zu haben. Ich könnte gerne auch eine ganze Stelle beschäftigen, das wäre überhaupt kein Thema. Wir sind zwar 34.000 Einwohner, aber das gilt für jede Kommune. Auch für eine kleine Kommune ist es wichtig, einen Kümmerer zu haben. Und ich meine, dafür ist Kommunalverwaltung da. Dort sollten die Kümmerer sitzen.

Für die Stelle ist es ganz wichtig, dass der Zugang im Haus da ist. Nach außen ist die Akzeptanz selbstverständlich da. Nach innen ist das tatsächlich eher schwierig. Dadurch, dass die Stabsstelle direkt an der Führungsspitze angedockt ist kann das nur über eine Stabsstelle funktionieren, die den Zugang in die Fachdienste, in die Abteilungen der Kommunalverwaltung findet und auch die Berechtigung und die Rückendeckung hat.

Birgit Kaiser: Natürlich ist es so, dass nicht genug Manpower da ist. Im Zuge von Haushaltskonsolidierungen wird etwa kein Personal mehr neu eingestellt. Wenn einer in Rente gegangen und die Stelle plötzlich nicht mehr da ist, dann ist das nicht mehr zu stemmen. Und jetzt ist die Situation so: Wenn eine Region wie wir den Architekturstudiengang verliert und dafür ganz viele soziale Studiengänge neu dazubekommt, dann schlucken die Leute, die

Frauke Burgdorff: Wir haben jetzt zwei Panels vor uns, danach eine Abschlussdiskussion. In den beiden Panels gibt es jeweils wieder einen gewichtigen Input von Referenten, die sich schon seit vielen Jahren aus unterschiedlichen Perspektiven mit Teilhabe, Integration, Migration auseinandersetzen, sodass Sie die Chance haben, auch mit neuen Inspirationen nach Hause zu gehen. Dann gibt es jeweils einen Bericht aus einer Gemeinde – immer im

aus technischen Bereichen kommen, erst einmal. Aber ich denke, das ist ein ganz wichtiger Aspekt, dass die Kommunen finanziell so ausgestattet werden, dass sie eine ordentliche Finanzbasis haben, um gerade dann junge Leute einzustellen, die diese Management-Studiengänge besucht haben, die das Moderieren und das Kommunizieren gelernt haben und die nicht nur in Stein und in Straßen und in Häusern denken, sondern die wirklich den Menschen in seiner Gesamtheit sehen. Und wenn derjenige ein Topgeeigneter ist, dann verschafft er sich in der Stabsstelle auch das nötige Gehör in den Rathäusern, die sind dann nämlich nicht so riesig groß. In den Rathäusern kennt jeder jeden. Wir kennen alle unsere Geschäftsführer oder Gesellschaften. Wenn man den richtigen Ton findet, ist die Kommunikation in der Kleinstadt einfach. Das kann man dann auch genießen.

Dr. Bettina Reimann: Ganz kurz. Wir haben das Thema Integrationsbeauftragte/r auch in unserem Positionspapier aufgegriffen. Ich fand einerseits den Hinweis von Herrn Pott sehr gut, stattdessen „Kommunikationsbeauftragte/r“ zu sagen. Andererseits stellen wir fest: Es sind Stellen, die sehr stark aufs Netzwerken und auf die Sozialarbeit hin orientiert sind. Wir brauchen für das Thema – auch um es sozusagen aus der Problem- und Themenzuschreibung für Problemgruppen herauszubekommen – schon Ressourcen, Kapazitäten und auch die Unterfütterung in der Verwaltung, um es strategisch-konzeptionell breiter aufzustellen. Diese Frage kann ich mit Blick auf die Größenordnungen der österreichischen Gemeinden nicht beantworten. Es ist wahrscheinlich auch nicht angemessen, das an Zahlen festzumachen. Wichtig ist, dass das Thema von der Stadtspitze und von der Verwaltungsspitze unterstützt wird.

Frauke Burgdorff: Gut, in diesem Sinne, sage ich ganz herzlichen Dank an Sie für die offene Diskussion. Es macht wirklich Freude, eine so vertraute Gruppe zu moderieren, weil man gar nicht die Zwischentöne herauslocken muss, sondern weil klar ist, dass es hier auch um Zwischentöne und um Lernen geht.

Duett, Deutsches Institut für Urbanistik und die jeweils vertretene Gemeinde. Und dann gibt es einmal einen kleinen zusätzlichen Impulsvortrag und einmal einen Kommentar dazu. Das Ganze immer mit kurzen Rückfragen an die Referenten. Zum Abschluss stehen die vier Menschen, die hier vorne präsentiert haben, noch einmal zusammen, und wir erörtern ein paar Themen.

Panel I: Gesellschaftliche Teilhabe – Räume öffnen



Partizipation und bürgerschaftliches Engagement

Prof. Dr. Roland Roth, Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration

Schönen Dank für die Einladung. Ich habe mir vorgenommen, vor dem Hintergrund unserer Forschungen – Stichwort DESI und andere – ein paar Bemerkungen zu den Erfahrungen hier in diesem Projekt zu machen. Wo sehe ich Übereinstimmungen und Trends, und wo gibt es auch Unterschiede oder meinetwegen Leerstellen, die wir füllen sollten?

Es gibt zunächst einmal eine Beobachtung, die Sie in Ihren Studien bestätigen: dass nämlich die Suche nach der Identität der kleinen und mittleren Städte sozusagen unsinnig ist, dass es gerade dort besonders große Vielfalt gibt und man damit rechnen muss, dass der besondere Ort immer eine herausragende Rolle spielt.

Sie haben von Zittau bis Germersheim eine Fülle von Orten zusammengebracht, die in vielen Dimensionen unterschiedlicher nicht sein könnten. Und ich kann Sie beruhigen: Selbst wenn Sie nur in Hessen wie in der Hessen-Studie mit ihren 28 Kommunen, die vor einigen Jahren untersucht wurden, geblieben wären, kann man sehen, dass es selbst in einem Bundesland mit der gleichen Kommunalverfassung und der gleichen Ortsgröße enorme Unterschiede gibt, was Integrationspolitik, aber auch andere Themen angeht. Das heißt, andersherum gesprochen, Orte haben eine Bedeutung, Lokalpolitik kann eine Rolle spielen und macht einen Unterschied. Es ist Unsinn, wenn immer nur aus der Gesetzeslage abgeleitet wird, dass die Kommunen nichts tun können. Sie tun sehr Unterschiedliches und sind sehr unterschiedlich aktiv. Ich finde, das wird in der Studie, die Sie vorgelegt haben, sehr deutlich. Sie machen das in einem Kontext, der der übliche Lernkontext auf kommunaler Ebene ist, nämlich Netzwerke von Praktikern zu organisieren. Das machen kluge Stiftungen schon seit Jahren. Sie versuchen, Entwicklungen in der Kommunalpolitik zu unterstützen und zu fördern. Ob es um Integrationskonzepte oder andere Dinge geht – es ist eigentlich der Lernmodus, dass das nicht top-down passiert.

Lassen Sie mich als ersten Punkt betonen: Es gibt fast nichts Neues unter der Sonne. Wir haben vor mehr als zehn Jahren im Rahmen eines Wettbewerbs erste Marksteine dessen mitentwickelt, was lokale Integrationspolitik als Querschnittspolitik sein kann. 2007 haben die kommunalen Spitzenverbände ein Zehn-Punkte-Programm aufgelegt, das dazugehört. Wenn Sie das heute anschauen, werden Sie feststellen: Es ist nicht viel Neues dazugekommen, eigentlich gar nichts, wenn man genau hinschaut. Es haben sich die Kontexte und die Herausforderungen geändert. Aber die Grundlinien, was man alles braucht, von einer Querschnittsfunktion möglichst nah an der politischen Spitze bis hin zu Evaluation und Monitoring, waren schon damals Teil dieses Zehn-Punkte-Konzepts. Wir haben 2011 in einer Studie einmal nachgeschaut: Wie weit ist das umgesetzt worden? Dabei hat sich ergeben, dass gerade bei den kleineren und mittleren Städten der Umsetzungsgrad noch bescheiden ist. Mehr als die Hälfte sah Integrationspolitik schon 2011, also lange vor der Fluchtzwanderung, als eine wichtige Herausforderung an, aber lediglich ein Viertel hat ernsthaft Querschnittsfunktionen eingerichtet, noch viel weniger haben Integrationskonzepte entwickelt. Was die Fluchtzwanderung ausgelöst hat, ist eine nachholende Beschäftigung mit Integrationskonzepten und -ideen.

Wir haben 2016 mehrfach abgefragt, wie die Kommunen auf den Zustrom an Geflüchteten reagiert haben. Wir haben die Feststellung machen können, dass sich die Kommunen, die schon Konzepte hatten, mit dieser Situation der Zuwanderung leichter getan haben. Das war ein Asset, eine Mitgift, die sie mitgebracht haben. Sie hatten Strukturen, um da „reinzugehen“. Ich erinnere mich an Gespräche mit dem Nürnberger Oberbürgermeister oder dem Mannheimer Oberbürgermeister. Die haben gesagt: „Da hatten wir kein Problem, wir wussten schon, wie wir mit einer Menge von Freiwilligen umgehen. Wir haben schon lange eine Kooperation mit Migrantenorganisationen etc., wir wussten, wie es geht. Wir hatten natürlich ein quantitatives Problem – Wohnunterbringung usw. Also wir

hatten ein Riesenproblem in der Hinsicht, aber wir hatten Konzepte dazu, was man machen kann.“

Ich sehe es als eine sehr positive Entwicklung, dass sich das jetzt im Zuge der Fluchtmigration weiter ausbreitet und es eine größere Bereitschaft gibt, noch einmal systematisch nachzudenken und nicht nur vom Bekenntnis her, sondern auch konzeptionell, personell, strukturell in Integration zu investieren, weil das etwas ist, das uns in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Trotzdem gibt es bezeichnende Veränderungen, die man im Blick haben muss und die ich sehr positiv finde. Als wir über die Integrationspolitik vor zehn, zwölf Jahren diskutiert haben, war es sehr stark eingebunden in Vorstellungen von strategischem Management, New Public Management, Ideen einer Steuerung von oben. Das funktioniert nicht mehr in diesem Sinne. Was die neueren Konzepte auszeichnet, die in den letzten Jahren entwickelt wurden, ist, dass sie mit breiter Beteiligung erarbeitet werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen werden beteiligt, oft sogar auch die Bevölkerung und die Zuwanderungsbevölkerung. Viele Kommunen machen Zukunftswerkstätten mit ihren Bürgerinnen und Bürgern auf Stadtteilebene, um Konzepte zu entwickeln. Lokale Integrationspolitik wird nicht mehr so stark top-down, sondern wesentlich mehr bottom-up entwickelt. Es gibt dafür auch eine Menge Substanz, Projekte und Erfahrungen, eben weil sich viele Leute im Zusammenhang mit der Flüchtlingszuwanderung engagiert haben. Insofern ist das ein wichtiger Trend, der einige Chancen bietet.

Es bleibt natürlich die offene Frage: Was wissen wir eigentlich darüber, wie es sich auswirkt? Dazu nur eine kleine Information. Wir haben damals in der Studie von 2011 gesehen, dass die Kommunen, die ein integriertes Konzept und entsprechende Strukturen haben, auch in allen anderen Feldern sehr viel aktiver sind. Das heißt, es gibt eine Chance, andere Felder der Kommunalpolitik mit solchen Konzepten stärker einzubinden und zu beteiligen. Das ist zunächst einmal der wesentliche Effekt. Was alles nicht geklappt hat, will ich jetzt gar nicht im Einzelnen aufführen. Die kontinuierliche Berichterstattung, das Monitoring, ist sehr ärmlich geblieben. Einige Kommunen haben es ernst genommen, andere gar nicht. Darüber wissen wir noch relativ wenig. Aber dass immerhin diese Perspektive lohnt, möchte ich hier unterstreichen. Die beteiligungsorientierte Entwicklung von Integrationskonzepten ist mir sehr wichtig, weil es die erste Stufe der Teilhabe und Beteiligung der neuen Bevölkerungsgruppen oder Zugewanderten ist. Es ist wichtig, darauf zu achten, dass deren Bedürfnisse und Interessen mit ins Spiel kommen, dass sie verhandelt werden und es mit den Akteuren Begegnungen gibt.

Der zweite Punkt, der auffällt: Im Gegensatz zu damals gibt es inzwischen mehr Versuche, Integrationspolitik in den Kontext von Stadtentwicklung und Demografieentwicklung zu stellen, positiv wie negativ. Es geht nicht nur

um Integration von Zugewanderten, sondern um Stadtentwicklungskonzepte, die mit Zugewanderten entweder im Sinne der Anziehung umgehen – wir wollen mehr davon, wir wollen anwerben, wir haben Fach- und Arbeitskräftebedarf usw. – oder im Sinne von: Wir müssen sehen, wie wir klarkommen mit dieser neuen Vielfalt. Im Grunde genommen besteht so etwas wie ein Bedarf an stärkerer sozialräumlicher Konzentration. Ankommensstadtteile und Ankommensquartiere wurden ja schon genannt. In kleineren Städten sind das vielleicht zwei, drei oder fünf Straßen. Wichtig wäre, sozialräumlich genauer zu schauen: Wo haben wir eigentlich die größten Bedarfe, und was können wir tun? Ich kann nur dafür plädieren, eine soziale Stadt hoch 2 mit Blick auf das Integrationsgeschehen aufzulegen und die Kommunen zu unterstützen, damit sie in ihren Ankommensquartieren etwas tun können. Sie haben aus Michelstadt gehört, dass diese Quartiere meist etwas aus dem Blick geraten sind. Es ist ganz zentral, nicht nur gesamtstädtisch zu denken, sondern konzentriert auf einzelne Quartiere zu überlegen: Was können wir da tun? Das ist deshalb so wichtig, weil selbst in kleinen Städten die Bereitschaft, sich mit Migration und Geflüchteten auseinanderzusetzen, sehr davon abhängt, wo die Leute wohnen. Dass das sehr unterschiedlich ausfällt, hat auch politische Konsequenzen. Je weniger man davon berührt ist, desto größer ist oft die Distanz zu Zugewanderten und desto größer ist auch die Bereitschaft, zum Beispiel Parteien zu wählen, die sich strikt gegen Zuwanderung aussprechen. Wir haben aus vielen anderen Studien ebenso die Erfahrung gewonnen, dass der Kontakt und die Nähe zu Quartieren ganz entscheidend sind, um in Sachen Offenheit und Vielfalt voranzukommen.

Mein eigentlicher Punkt enthält eine schlechte Botschaft: Es scheint so zu sein, dass wir in Sachen politischer Partizipation von Zugewanderten durch die Flüchtlingszuwanderung keinen Schub erlebt haben, sondern eher im Gegenteil: Die Bundesrepublik ist in vielen Integrationsbereichen gut, sie ist ganz oder relativ schlecht im Bereich politischer Partizipation. Eine Größe, die immer ins Spiel gebracht wird, ist das Kommunalwahlrecht für Drittstaatler usw., sind überhaupt Wahlrechtsfragen. Überlegen Sie sich einmal: Wieso spielt für viele in der Kommunalpolitik Zuwanderung keine Rolle? Das hängt auch damit zusammen, dass die Zugewanderten nicht als Wahlbevölkerung auftauchen, wenn sie nicht den deutschen Pass haben. Das heißt, die Art von Rückmeldung und auch das Interesse von Parteien an Zugewanderten steigt in dem Maße, wie diese eine relevante Größe im parteipolitischen und wahlpolitischen Geschehen sind. Dann werden sie anders adressiert. Es gab und gibt zahlreiche Wahlrechtsinitiativen für Drittstaatler, aber bislang waren sie erfolglos. Jetzt scheint politische Partizipation überhaupt kein Thema mehr zu sein angesichts der Geflüchteten, in dieser Sache voranzukommen. Das finde ich in vieler Hinsicht sehr bedauerlich. Der erste Punkt ist aus meiner Sicht, dass wir einen Schub haben in der Bevölkerung mit

der Unterstützung von Geflüchteten. Das signalisiert eine größere Offenheit. Wir haben aber auch eine politische Polarisierung. Sie haben das für Ihre Orte angegeben, es ist zum Teil sehr eindrucksvoll. Sie haben Parteien, die sozusagen als Ein-Themen-Parteien das Thema Geflüchtete und Zuwanderung adressieren – auch mit der Wirkung, dass sich viele nicht trauen, dieses Thema offensiv anzugehen. Was sich auch in Ihren Studien gezeigt hat – und was wir bis zu einem gewissen Grad schon vorher wussten: dass die „Ersatzformen“ – Integrationsräte, Ausländerbeiräte – eigentlich wenig taugen, um die politische Integration voranzubringen. Ich will jetzt hier niemanden kränken, der sich da aktiv beteiligt, und es gibt auch gute Ansätze. Aber im Großen und Ganzen wird das auch von den Beteiligten selbst als eine sehr nachrangige Geschichte betrachtet, die wenig bringt und die wenig Einfluss auf das kommunalpolitische Geschehen hat. Deshalb wundert es mich nicht, wenn Sie geschrieben haben, dass die Integrations- oder Ausländerbeiräte nicht aktiv geworden sind in dieser Phase oder dass sie als Adressaten ausgefallen sind. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir unter diesen erschwerten Bedingungen eine Aufbruchsstimmung für eine Ausweitung dieser Ebene der politischen Partizipation erzeugen. Wir sind da ziemlich blank. Wir haben Migrant*innenorganisationen, die in gewisser Weise einen Ersatz darstellen. Aber Sie können als Migrant*innenorganisation auch nicht breit repräsentativ für die Migrationsbevölkerung usw. auftreten. Das wäre sehr wichtig.

Mir liegt das am Herzen, weil wir immer noch die Situation haben, dass, wenn wir über Vielfalt reden, die deutsche Einfalt darüber redet. Wir können es uns eigentlich nicht leisten, nach dem, was Herr Pott heute Morgen dargestellt hat, in dieser Weise homogen politisch aufzutreten. Wir sind im politischen Raum viel zu homogen aufgestellt. Das Bild, das vorhin aus Sindelfingen gezeigt wurde, hätte auch der Stadtrat sein können, was die Zusammensetzung betrifft. Wir haben viel zu homogene politische Vertretungen, mit der Konsequenz, dass die Interessen der nicht zu dieser inzwischen Minderheit Gehörenden nicht oder nur schwer wahrgenommen werden. Die Integrationsbeauftragten hier im Saal können darüber einiges erzählen. Da sollte einiges passieren. Noch ist es so, dass das Meinungsklima in der Bevölkerung – wir haben dazu mehrere Studien gemacht – relativ eindeutig ist. Die Hälfte bis zwei Drittel sind für die neue Vielfalt, sind offen dafür, unterstützen das. Und zwar in Ost wie West, mit kleinen Abstrichen in bestimmten Regionen. Und wir haben eine knallharte Minderheit von 15, 20, 25 Prozent, die dagegen ist und die sich auch politisch mobilisiert. Die Zone der Leute dazwischen, die unentschlossen sind, ist relativ klein geworden. Das heißt, wir haben wirklich so etwas wie eine Polarisierung, an der wir arbeiten müssen. Wir können nicht einfach etwas auf kommunaler Ebene per Mehrheitsbeschluss durchsetzen, sondern müssen sehen, wie wir die Leute mitnehmen. Das ist meines Erachtens eine der Hauptaufgaben.

Eine Bemerkung zum bürgerschaftlichen Engagement. Sie alle kennen die Zahlen und die Nachrichten. Die bürgerschaftlich Engagierten im Rahmen der Flüchtlingshilfen wurden immer wieder „heruntergeschrieben“, nach dem Motto „flüchtig“ usw. Natürlich kann man nicht jahrelang immer das Gleiche machen – und man verändert sich auch. Aber es gibt immer noch ein beachtliches Engagement, das sich auch eingespielt hat. Nach unseren Studien war mehr als die Hälfte der Bevölkerung einer Stadt in irgendeiner Form schon einmal unterstützend tätig in den letzten zwei Jahren. Das heißt, das ist schon eine unwahrscheinliche Unterstützungsleistung, die uns alle überrascht hat. Ich bin lange in dem Feld bürgerschaftliches Engagement unterwegs, ich hätte nicht damit gerechnet. Und viele hatten die Befürchtung, dass das, was immer als Engagementbereitschaft firmiert, eine Luftnummer ist, die nicht belastbar ist. Nein, es ist viel mehr dazugekommen. Worauf es eigentlich ankommt, ist, eine produktive Form zu finden, dieses Engagement aufzunehmen und ihm eine Form zu geben, auch im Sinne der Mitgestaltung. Das wird mit Sicherheit konfliktträchtig sein. Es gibt etliche Initiativen, die sich vor Abgeschobene oder Abzuschiebende stellen und die Abschiebungen verhindern. Es gibt Initiativen, die in Bayern zusammenarbeiten, um die Landespolitik mit Blick auf die Geflüchteten aus Afghanistan zu etwas anderem zu bewegen. Es gibt Konflikte, weil die Leute sich einsetzen für diejenigen, für die sie Integrationshilfen geleistet haben. Aber es ist wichtig, diese Initiativen zuzulassen. Die Leute auch noch zu frustrieren und politisch ins Abseits zu schieben, ohne ihnen eine Stimme zu geben, wäre das Törichteste, was man kommunalpolitisch tun kann, weil man dann eine wichtige Unterstützungsgruppe verliert.

Welche Varianten gibt es? Ich will nur andeuten: Es reicht von Formen, bei denen die kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik von den Geflüchteten selbst gemacht wird, bis zu Formen in den üblichen Bahnen der Wohlfahrtsverbände. Dazwischen gibt es ein breites Feld. Es wäre wichtig, einmal genauer darüber nachzudenken: Was sind eigentlich die produktivsten Formen? Umgekehrt genau an Ihren Orten zu prüfen: Was ist eigentlich da, was hat sich bewährt? Was können wir vorantreiben? Welche Formen der Kooperation sind belastbar und welche nicht? Aber sie zu suchen mit den Leuten, die mit den Geflüchteten arbeiten, und mit den Geflüchteten selbst, das wäre wichtig. Was ich ganz schlecht finde: Wir sagen immer Engagement von und mit Geflüchteten. Die Dimension des „von Geflüchteten“ haben wir kaum beleuchtet. Es gibt gute Beispiele, wird immer gesagt. Aber sie werden nicht sehr sichtbar. Das Erste, was ich als Bürgermeister in einer Kommune täte, wäre, die engagierten Geflüchteten öffentlich sichtbar zu machen und zu prämiieren. Einfach um zu zeigen: Das sind Leute, die selbst etwas tun.

Das nachdenklichste Ergebnis, das wir in der letzten Zeit herausgefunden haben und das in gewisser Weise die

Kommunen auch bestätigen, ist, dass der Zusammenhang von bürgerschaftlichem Engagement einerseits und politischer Partizipation, auch politischer Unterstützung andererseits auseinandergefallen ist. Engagement führt nicht automatisch dazu, dass Menschen eine demokratie-stärkende Funktion erfüllen und auslösen können. Im Gegenteil, wir haben Studien, die zeigen, dass das Engagement nicht dazu geführt hat, dass die Kommunalpolitik, Kommunalparteien ein höheres Ansehen genießen, dass die Identifikation zugenommen hätte. Das Engagement übersetzt sich bislang nicht in politische Unterstützung. Hierin liegt eine große Aufgabe für integrationsorientierte Kommunen, etwas zu tun, damit Zusammenhänge hergestellt werden. Die großen Sonntagsreden über gesellschaftliches Engagement, das die Demokratie stärkt, zeigen nicht automatisch die Wirklichkeit. Das kann passieren, aber dafür muss man etwas tun in diesem Kontext. Welche Möglichkeiten zur Stärkung von Partizipation haben wir, gerade mit Blick auf Geflüchtete und auf Neu-angekommene? Ich nenne nur unsere Überschriften, wenn ich darf. Ich denke, dass Sie einen wichtigen Punkt benannt haben: Begegnungsorte. Also: niedrigschwellig anfangen. Das ist für die politische Sozialisation der Menschen, die zu uns kommen, wichtig, aber es ist auch für die politische Sozialisation derer, die hier leben, wichtig, dass sie diese Begegnungsmöglichkeiten haben. Solche Begegnungsorte zu schaffen, ist im Augenblick auf kommunaler Ebene der „Hit“. Dazu gibt es viele Konzepte.. Das ist wirklich angesagt, weil es keine anderen Formen der Interessenartikulation gibt. Die zweite Ebene: Wir reden, wenn wir heutzutage über Demokratie reden, gerne von vielfältiger Demokratie, die sich ausbreitet. Damit meinen wir, dass neben den Parlamenten und Parteien auch Formen von Bürgerbeteiligung, von direkt demokratischen Verfahren, aber auch von Engagement und Protest existieren, die man im kommunalen Raum ernst zu nehmen hat und mit denen man klarkommen muss.

Was heißt das aber für die Frage politischer Beteiligung? Ich denke, dass wir aktuell – angesichts der politischen Blockade – auf niedrigschwellige kommunikative Formate setzen sollten. Die Baden-Württembergische Landesregierung hat ein schönes Format aufgelegt: Nachbarschaftsdialoge, etwa in der Stadt Pforzheim. Diese umfassten gemeinsames Essen, in Wohnungen eingeladen werden usw. Ich glaube, das ist unabdingbar, um überhaupt eine Öffnung in den politischen Raum zu erzielen. Solche deliberativen oder dialogorientierten Formate sind wichtig. Denn alle anderen kranken daran, dass sie bislang noch an die Staatsbürgerschaft gebunden sind. Lassen Sie uns auf dieser Ebene ein etwas tun und den Versuch wagen, eine lokale Politik der Vielfalt auch unter dem Gesichtspunkt zu betreiben, die Stimme von Mehrheiten oder Minderheiten, wie auch immer, angemessen im politischen Raum sichtbar zu machen. Sonst haben Sie nur die leidige polarisierte Konfrontation – hier gegen Zuwanderung Eingestellte und Mobilisierung einerseits und da die Aufrechten, die sich dem entgegensetzen

andererseits, ohne dass die anderen Gruppen überhaupt in dem öffentlichen Konzert hörbar wären.

Und scheuen Sie sich nicht vor niedrigschwelligen Angeboten. Die mögen auf den ersten Blick banal klingen, aber sie sind entscheidend, auch nach dem, was wir über Kontakthypothesen usw. wissen, um überhaupt eine wechselseitige Offenheit zu erzielen und um politische Partizipation voranzubringen.

Frauke Burgdorff: Ich habe eine Rückfrage zum Thema Polarisierung einerseits und niederschwellige, kontaktbasierte Arbeit andererseits. Praktische Erfahrung in meiner eigenen Nachbarschaft ist, dass das zunehmend schwieriger wird. Ist das eine singuläre Erfahrung oder würden Sie sagen, da greifen Facebook und Co. und der Stil, der da herrscht, jetzt auch auf die Straße durch?

Prof. Dr. Roland Roth: Ich glaube, wenn wir das quartiersbezogen organisieren und dann noch lebensnah, also niedrigschwellig, mit gemeinsamem Essen, dann ist es sozusagen das Wundermittel auch in der interreligiösen Kommunikation. Über religiöse Fragen wird man sich nie einigen, aber kochen und essen kann man schon zusammen. Diese Ebene klingt banal, ist aber wichtig, weil bei dem, was wir an Segmentierungstendenzen auch in Kleinstädten haben, es keineswegs selbstverständlich ist, dass sich die Leute begegnen. In bestimmten Quartieren begegnen sich die Leute, in anderen gar nicht. Man muss es organisieren, man muss es politisch wollen und auch entsprechend betonen. Es sollte eine bestimmte Öffentlichkeit bekommen, also etwa nach dem Pforzheimer Modell. Und es sollte die Quelle sein auch für politische Debatten, die dann vielleicht nicht ganz so banal sind. Man kann auch Sicherheitsfragen thematisieren, die sind wichtig, auch dann, wenn sie fiktiv sind, in dem Sinne, dass die Daten eine Bedrohungslage nicht hergeben. Man kann dabei auch Ängste vor sexuellen Übergriffen usw. thematisieren. Solche brisanten Themen müssen besprochen werden. Das Schlimmste ist, es nicht zu besprechen und es dem Boulevard oder den Social Media zu überlassen.

Frauke Burgdorff: Haben das Ehrenamt und die engagierte Mitte Deutschlands die moderative Kraft, um diese Debatten auch gut zu gestalten?

Prof. Dr. Roland Roth: Der Studiengang in Zittau wurde ja schon erwähnt. Ich habe 20 Jahre an einem Fachbereich gearbeitet, an dem wir Leute ausgebildet haben, die das können. Und es ist in einigen Bundesländern inzwischen sogar Teil der Verwaltungsausbildung, Beteiligungsprozesse zu moderieren. Ich bin ganz optimistisch, dass das eine sinnvolle Kompetenz ist. Für mich ist wichtig, dass diese Art von Dialogen, von Beteiligung Standard in der Verwaltungsausbildung ist.

Prof. Dr. Roland Roth: Wir haben ja gerade auf Bundesebene ein Heimatministerium bekommen, es wird uns noch eine Weile beschäftigen. Die Frage ist, wie man das macht. Ich habe in Sachsen-Anhalt zum Beispiel mit Heimatvereinen zusammengearbeitet – in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Und zwar nicht, weil diese Heimatvereine rechtsextrem gewesen wären, sondern weil sie darangegangen sind, die Geschichte ihrer Orte zu rekonstruieren. Sie haben dann festgestellt, dass es einen dauernden „Durchzug“ gab. Es hat überhaupt keine homogene deutsche Gesellschaft gegeben, diese ist eine Fiktion. Sie haben das an einzelnen Gebäuden festmachen können. Das heißt, die Beschäftigung mit der eigenen Heimat hat die Vielfalt sichtbar gemacht. Wenn

Sie es in der Form adressieren: Heimat bedeutet ... usw., dann ist es unverfänglich. Ich finde den Begriff „Zusammenhalt“ besser, weil dabei Heimat zwar ein Element und Identifikation mit der Kommune ist, aber es gibt viele andere Elemente, die ebenfalls wichtig sind. Ich finde das Zusammenhalt-Konzept deshalb interessant, weil es sowohl die Zugewanderten als auch die Einheimischen adressiert. Dabei ist eine Form zu finden, die nicht volksgemeinschaftliche, homogene, biodeutsche usw. Fiktionen erzeugt, sondern die von vornherein pluraler aufgestellt ist. Dafür gibt es viele Beispiele. Und wenn es gut ist, dann wird schon in dem Leitbild adressiert, dass wir nicht homogen in irgendeinem völkischen Sinne sind, sondern uns durch eine gewisse Offenheit auszeichnen.



Gudrun Kirchhoff: Wir haben unseren Beitrag als Gespräch geplant. Ich stelle zunächst einmal kurz die Stadt Germersheim vor. Germersheim ist eine ganz besondere kleine Stadt. Ich würde mal sagen, Germersheim ist die vielfältigste Kleinstadt Europas.

Germersheim hat 22.000 Einwohner, liegt südlich von Mannheim direkt am Rhein und hat einen Anteil von Menschen, die zugewandert sind, von annähernd 60 Prozent. Das übersteigt den Anteil mancher Großstädte. Viele von den Zugewanderten haben auch heute noch einen ausländischen Pass, sind also nicht deutsche Staatsbürger, was auch eine Besonderheit ist. Die beiden größten Gruppen, die dort leben, sind Menschen türkischer und russischer Herkunft, wobei die Zahl der Menschen, die aus Osteuropa oder Südosteuropa zuwandern, wächst. Der Anteil der Flüchtlinge spielt in der Stadt im Moment noch keine so große Rolle. Germersheim hat eine sehr lange Tradition als Zuwandererstadt, war immer Garnisonsstadt, am Rhein gelegen, immer in Gefahr, von den Franzosen überrannt zu werden. Es wurde daher dort eine riesige Festung gebaut, womit die Stadt noch heute viel zu tun hat. Es ist nicht immer einfach, so eine Festung in einen städtischen Körper zu integrieren. Die Festung ist weithin als Stadtbild präsent. In der Festung ist auch die Universität angesiedelt. Die Stadt hat eine Uni für Über-

Orte der Begegnung – Ansatzpunkte aus den Projektkommunen zur Förderung der sozialräumlichen Integration

Gudrun Kirchhoff, Difu
Joachim Mergen, Leiter des Caritaszentrums
Germersheim

setzungswissenschaften, eine Zweigstelle der Universität Mainz. Germersheim ist zudem ein Wirtschaftsstandort, viele Logistikunternehmen sind dort angesiedelt, weil es einen Binnenhafen gibt. Das bedeutet viele Arbeitsplätze, hoher Beschäftigtenanteil und ganz geringe Arbeitslosigkeit, gute wirtschaftliche Lage, hoher Zuwandereranteil.

Wie gestaltet sich das alles vor Ort? Ich will kurz noch etwas zum Thema Orte der Begegnung, sozialräumliche Integration anmerken. Begegnung, Kontakt, Kommunikation der Bewohner einer Stadt fördern natürlich die gesellschaftliche Integration in die Stadtgesellschaft. Damit Begegnung überhaupt stattfinden kann, braucht es dafür Räume, aber auch Gelegenheitsstrukturen. Idealerweise ergeben sich diese im Alltagsleben, am Arbeitsplatz, in der Schule, beim Einkaufen, in Vereinen, Initiativen und in der Nachbarschaft. In den kleineren Städten, die wir kennengelernt haben, sind die Innenstädte wichtige Kontakt- und Begegnungsräume. Viele der Städte haben solche Begegnungsräume, Aufenthaltsräume in den letzten Jahren attraktiv gestaltet, haben viel investiert durch städtebauliche Förderung. Aber trotzdem verlieren die Innenstädte die Funktion als Begegnungsraum. Das hat viel mit Problemen des Einzelhandels zu tun. Dieser ist zu schwach, es fehlen attraktive Angebote der Gastronomie, meist fehlt ein Kino. Es fehlen informelle Begegnungsorte

und Treffpunkte für die unterschiedlichen Gruppen. Also, die Innenstadt erfüllt die Funktion als Begegnungsraum nicht mehr in der altbekannten Form.

Zum Thema Zuwanderung, wie wir sie wahrgenommen haben: In den westdeutschen Kommunen ist das heute schon ganz normal. Es ist ein normalisierter Prozess. Meistens wird er auch nicht als konflikthaft wahrgenommen. Man hat sich arrangiert. Aber gleichzeitig gibt es eine Art Unbehagen mit der zunehmenden Vielfalt der Bevölkerung. Es wird wahrgenommen, dass sich Gruppen zurückziehen, man lebt eher nebeneinander her. Es fehlt ein Miteinander. Insbesondere wird ein starker Rückzug gerade von Menschen türkischer und russischer Herkunft beschrieben. Das hat viel mit der Politik in den Ländern zu tun – und auch mit der medialen Nutzung. Es werden von den Langansässigen Ansprüche an die Zugewanderten formuliert, es wird mehr Miteinander, mehr Gemeinsamkeit, größere Verantwortung von den Zugewanderten erwartet. Es gibt so eine Art Assimilationserwartung. Es sind überall Angebote entstanden, wir haben ja auch in allen Kommunen mittlerweile Beauftragte, wir haben Vereine, die sich kümmern, wir haben viele engagierte Initiativen, wir haben Beratungsangebote. Doch das scheint alles noch nicht auszureichen. Es wurde wirklich immer wieder formuliert: Uns fehlen Begegnungsorte, Treffpunkte, an denen sich die Kulturen austauschen und miteinander in Kontakt kommen. Es wurde auch gesagt: Die Innenstadt sollte diese Funktion doch wieder wahrnehmen. So. Dann komme ich auf die Formulierung, die Herr Pott genannt hat: Stadtentwicklung und Migration zusammendenken. Das ist die eigentliche Aufgabe. Jetzt kommen wir zu Herrn Mergen, meinem kompetenten Gesprächspartner. Wie sieht das aus Ihrer Sicht in Germersheim aus, wie gestaltet sich das Zusammenleben? Wie ist es mit dem Schimpfklatz oder Lobklatz und mit den Gesellschaften der Minderheiten?

Joachim Mergen: Am Anfang würde ich Sie gerne ganz kurz vertraut machen mit den „Niederungen“ der sozialen Arbeit und der Frage: Was kann ein Träger der freien Wohlfahrtspflege in diesem Geflecht beitragen zur Gestaltung des Sozialen, zur Gestaltung der Vielfalt? Wir sind von der Genese her eine Beratungsstelle für Menschen in Not und Konfliktsituationen. „Helfer und Anwalt“ ist der geflügelte Begriff der Caritas weltweit. Wir haben Gruppenangebote, wir sind in der Präventionsarbeit tätig, sind in die Stadtteilarbeit eingestiegen. Als freier Träger sind wir in der Netzwerkarbeit auch sozialpolitischer Lobbyist für die Menschen, was die Kreispolitik und die Kommunalpolitik anbelangt, und wir sind ein mitgestaltender Netzwerkpartner des Sozialen im Verbund der öffentlichen freien Träger.

Hier noch ein kurzer Überblick über die Vielfalt unserer Beratungsangebote. Das geht sozusagen „von der Wiege bis zur Bahre“, von der Schwangerschaftsberatung bis zum ambulanten Hospiz und Palliativberatungsdienst, bis

hin zur Begleitung Sterbender und ihrer Angehörigen. Dann kommen wir zu den Angeboten, die eine Rolle spielen bei der Gestaltung auch von Vielfalt. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Beratungsangebote vor dem Kontext von „Habt ihr ein Problem, kommt ihr zu uns“ die Menschen erreichen, wenn sie ein Problem haben, allerdings beileibe nicht alle. Wir erreichen in der Migrationsarbeit, in unserer Asylverfahrensberatung natürlich Menschen mit Migrationshintergrund, auch in der Schwangerschaftsberatung. Wir erreichen sie dort, wo es um Existenzfragen, um Fragen der physischen Existenz und der finanziellen Existenz geht – da erreichen wir sie gut. Darüber hinaus erreichen wir sie mit dieser Art von Arbeit, „Habt ihr ein Problem, kommt ihr zu uns“, überhaupt nicht. Auch das Aufsuchen einer Beratungsstelle kann eine sehr hochschwellige Angelegenheit sein.

Der Landkreis Germersheim hat schon vor Jahren ein Integrationskonzept aufgelegt, dies in Kooperation mit den Kommunen, auch mit der Stadt Germersheim. Es gibt dieses Integrationskonzept, und der Landkreis ist dabei diesen Weg gegangen, der heute schon mehrfach angeklungen ist. Er hat geschaut: Was habe ich denn an Know-how, auch in der Sozialarbeit, an öffentlichen und freien Trägern, an bürgerschaftlichem Engagement überhaupt vor Ort? Dieses Know-how müssen wir, um die Arbeit zu stemmen, bündeln. Das heißt, wir müssen die öffentlichen und freien Träger an einen Tisch bringen, nicht zur zum Austausch. Jeder macht etwas Gutes, aber das, was die Gutes machen, muss einem roten Faden folgen und muss sogar bis dahin gehen, dass Träger miteinander auf Augenhöhe ein Angebot gestalten. Das klingt alles wunderbar einfach, aber Sie glauben nicht, wie schwer es ist, auch freie Träger auf Augenhöhe kommunizieren zu lassen. Sie müssen wissen, auch freie Träger stehen in Konkurrenz zueinander, wenn es zum Beispiel um die Vergabe öffentlicher Aufträge der Daseinsvorsorge geht. Und die sollen jetzt auf einmal an einem Tisch sitzen und sollen miteinander gestalten. Wir haben gezeigt, dass es möglich ist. Es braucht einen langen Atem.

Wir verfolgen seit einigen Jahren das sogenannte Konzept der Sozialraumorientierung. Dabei geht es nicht darum, mit pädagogischer Absicht Menschen zu verändern. Es geht überhaupt nicht darum zu verändern, sondern darum, unter tätiger Mitwirkung der betroffenen Menschen Lebenswelten zu gestalten und Engagement zu kreieren, die dazu beitragen, dass Menschen auch in prekären Lebenssituationen zurechtkommen. Das ist ein völlig anderer Arbeitsansatz als: Ich erkenne ein Problem und kreierte um dieses Problem herum ein Beratungsangebot. So ist die Sozialarbeit in der Vergangenheit gerne vorgegangen.

Die Sozialraumorientierung verfolgt fünf Prinzipien: erstens die Orientierung an den Interessen und am Willen der Menschen. Auch der Migrant, der zu uns nach Deutschland kommt, gestaltet sein Leben auf der Basis

des Sinngeltes, der für ihn eine Bedeutung hat. Dieser Sinngehalt wird ja nicht dadurch verändert, dass die Aufnahme-gesellschaft ein Regelwerk auflegt. Deshalb ist für uns die Fragestellung: Was können wir in der sozialen Arbeit dazu beitragen, dass Menschen, wenn sie in eine neue Kultur kommen, handlungsfähig werden, um hier zu partizipieren. Dazu müssen Eigeninitiative und Selbsthilfe unterstützt werden, und die Konzentration muss darauf gerichtet werden: Was bringen die Menschen mit? Was haben sie für Ressourcen? Nicht: Was haben sie für Defizite? Und wir reden nicht mehr von Zielgruppen, wir machen nicht ein Angebot für die Zielgruppe der Migranten, sondern wir machen ein Angebot in der Schule, im Stadtteil, von dem natürlich Migranten besonders viel partizipieren, weil sie noch große Wissenslücken über die Abläufe haben. Das ist aber ein völlig anderer Ansatz als zu sagen: Der Migrant an sich, der kommt, ist ein Problem, und dieses Problem müssen wir mit sozialer Arbeit zumindest minimieren.

Das fünfte Prinzip: Es geht nur im Netzwerk öffentlicher und freier Träger. In diesem Zusammenhang muss ich wirklich die Stadt Germersheim, auch den Landkreis lobend erwähnen. Mit seinem Integrationskonzept haben wir sehr viel auf die Beine gestellt. Nur ein Beispiel: Wir sind durch unsere Beratungsarbeit sehr nahe an den Menschen. Wir sind aufgrund des neuen Ansatzes näher bei den Lebenswelten der Menschen. Wir haben selbst in einer Kleinstadt wie Germersheim die Situation, dass wir gar nicht wissen, wer dort wohnt, wer da lebt, wo er lebt. Wir haben eine Grundschule mit 95 Prozent Schülern mit Migrationshintergrund. Wir haben noch eine zweite, bei der ist der Anteil etwas niedriger. Die Mütter kommen morgens, bringen ihre Kinder und gehen. Wenn Elternabend ist, sagen die Lehrer: Ich erreiche viele Eltern mit Migrationshintergrund nicht, die reden nicht mit uns. Sei es, dass sie sich nicht trauen, weil sie die Sprache nicht verstehen, sei es, dass sie überhaupt noch nicht wissen, dass die Bildungschancen bei uns auch davon abhängen, wie gut die Kooperation zwischen Elternhaus und Schule ist. Das ist ein Ansatz, der in vielen Herkunftsländern, insbesondere unserer Flüchtlinge, völlig fremd ist. Zu uns kommen Frauen in die Beratung, die seit sieben Jahren in Germersheim leben und kein Deutsch sprechen. Die größeren Probleme, die wir im Moment haben, sind nicht die Flüchtlinge, sondern die Migranten der vorhergehenden Generation. Wir haben zwei ganz vulnerable Zielgruppen, Frauen und Kinder, ausgemacht. Wir haben eine ganze Reihe Frauen in Germersheim, die in ihren Bezügen, in ihren Quartieren gut leben, aber nach außen nicht kommunizieren. Das sind aber die Frauen, die ihre Kinder in die Schule und den Kindergarten bringen. Um deren

Bildungschancen zu verbessern, haben wir die sogenannte interkulturelle Assistenz an Grundschulen und Kindergärten eingerichtet. Wir haben dort Mitarbeiterinnen angeheuert, ohne pädagogische Fachausbildung interessanterweise, aber selbst mit Migrationshintergrund, deren Aufgabe es ist, Brücken von der einen Kultur in die andere zu schlagen, den Weg zu ebnen in die Gespräche mit Lehrkräften, mit Erzieherinnen. Das war ein Experiment. Und siehe da, unsere Erfahrung ist: Je niedrigschwelliger wir ansetzen, desto größer sind die Erfolgchancen. Auf einmal haben sich die Menschen verstanden gefühlt: Da ist jemand, der spricht meine Sprache. Da ist jemand, der kommt nicht als Fachmann und will mich von irgendetwas überzeugen, sondern der hat selbst die gleichen Probleme gehabt wie ich, als er zugewandert ist. Dabei entsteht viel mehr an Einsicht, viel mehr an Verstehen, als wenn Lehrkräfte mit den Eltern sprechen. Damit machen wir sehr, sehr gute Erfahrungen.

Ein ähnlicher Ansatz ist angedacht für die Häuser der Familie, bei denen die Stadt Germersheim sich bereit erklärt hat, als Modellkommune mitzuwirken. Wir versuchen mit diesen Dingen Räume der Begegnung, der Kommunikation zu schaffen, die die Lebenslagen der Menschen berücksichtigen.

Gudrun Kirchhoff: Eine Frage zu Ihrem neuen sozialraumorientierten Ansatz: Kommen die verschiedenen Gruppen wirklich zusammen? Sie sagen: Wir schaffen jetzt mit dem Haus der Familie einen neuen Begegnungsort. Wie ist Ihre Erfahrung damit? Ist das Nebeneinander nicht manchmal besser, sodass man sich nicht ins Gehege kommt? Schafft man dieses Zusammenkommen?

Joachim Mergen: Ja und nein, es kommt darauf an: Wie hoch man die Ziele setzt? Wovon hängt denn der gesellschaftliche Zusammenhalt ab? Wir haben in Germersheim eine hohe Zahl von Transferleistungsbeziehern. In dem Augenblick, wo dann noch Flüchtlinge ins System kommen, beginnt doch der Verteilungskampf „arm gegen noch ärmer“. Ich will hier jetzt keine politische Diskussion führen, aber es gibt sehr viele Bedingungen, die in diesem Zusammenhang sehr unrühmlich wirken. Vielleicht noch einmal ein Beispiel: Wir organisieren alle paar Wochen ein internationales Frauenfrühstück. Die Anzahl der Frauen, die daran teilnehmen und in Germersheim beheimatet sind, dort geboren und aufgewachsen sind, wird größer. Man muss in ganz kleinen Schritten und mit einem langen Atem Begegnung schaffen, schauen, was passiert – und dann, wenn etwas Gutes passiert, den nächsten Schritt gehen. Wir haben schon viel erreicht, wenn man sich gegenseitig in seinen Lebensvollzügen akzeptiert.



Gesellschaftliche Teilhabe – Rolle der Migrantenorganisationen

Breschkai Ferhad, Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen (NEMO) e.V.

Vielen Dank für die Einladung. Es hat uns sehr gefreut, dass ich Ihnen hier unsere Sicht der Dinge darlegen kann. Mein Migrationshintergrund ist folgender: Meine Eltern sind in den 1950er-Jahren zum Studieren aus Afghanistan nach Deutschland gekommen. Ich bin Westberlinerin – und da komme ich eigentlich auch schon zu meinem Vortrag, weil die Veranstaltung heißt ja „Ticken kleine Städte anders?“. Sie fragen das jetzt ausgerechnet eine gebürtige Westberlinerin ... Wir Westberliner haben ja immer alle eine große Klappe – also würde ich erst einmal sagen: Ja, klar ticken die anders. Aber ich bin jetzt hier als Vertreterin des Bundesverbandes Netzwerke von Migrantenorganisationen. Und daher lautet meine Antwort: Ja, aber ... Und das ist ein großes Aber, und zu diesem würde ich nachher noch einmal kommen.

Wir sind ein Dachverband, der deutschlandweit mehr als 530 Migrantenorganisationen in 14 Städten vertritt mit zwei Geschäftsstellen, in Dortmund und Berlin. Und wir sind ein relativ junger Dachverband. Die Migrantenorganisationen haben sich zusammengetan, um innerhalb ihrer Stadtgesellschaft in Verbänden mit einer Stimme zu sprechen. Das heißt, dass in einer Kommune die griechische Gemeinde, die vietnamesische Frauengruppe oder der kamerunische Kulturverein sich zusammengetan und einen Verbund gegründet haben. Dieser Verbund ist tatsächlich eine juristische Person. Es gibt bei uns Aufnahmekriterien, die dieser Verbund erfüllen muss, um gemeinsam mit dieser einen Stimme zu sprechen. Bei den Städten sind große „Tanker“ dabei wie das Forum der Kulturen in Stuttgart, im Süden. Im Westen haben wir Neuss, Dortmund, Düsseldorf, im Osten ist Halle einer unserer Partner, und ganz oben im Norden ist es Lübeck. Als Mittelstädte sind z.B. Reutlingen und Hildesheim zu nennen.

Ich hatte ja gesagt: „Kleine Städte ticken anders, aber ...“ Und auf dieses Aber kommen wir jetzt. Es gibt tatsächlich viele Ähnlichkeiten zwischen kleinen, mittleren und Großstädten. Es gibt sehr ähnliche Probleme. Ähnlich ist zum Beispiel, dass Migrantenorganisationen leider immer noch, selbst heute im Jahr 2018, nicht als ein selbstverständlicher Teil von Zivilgesellschaft angesehen werden. Ich bekomme oft Anträge, in denen als Zielgruppe ange-

geben war: Zivilgesellschaft, Migrantenorganisationen. Dass Migrantenorganisationen Teil einer lebendigen Zivilgesellschaft des Einwanderungslandes Deutschland sind, das, glaube ich, wäre ein erster Schritt. Es ist dann egal, wie groß meine Stadt ist, weil ich das in kleineren Städten, in mittleren Städten und in großen Städten habe: Migrantinnen und Migranten oder Bürgerinnen und Bürger mit einwanderungsgeschichtlichem familiärem Hintergrund, die sich zusammengetan haben und aktiv und engagiert sind.

Ich hatte eigentlich gehofft, dass ein bestimmtes Wort hier niemand sagen würde, Sie haben es leider gesagt, das Wort: Aufnahmegesellschaft. Ich frage mich nämlich immer bei der Aufnahmegesellschaft, ob ich eigentlich gemeint bin. Wer ist eigentlich Aufnahmegesellschaft? Natürlich gehören Migrantenorganisationen auch zur Aufnahmegesellschaft. Ich denke, das ist ein Stand, auf den wir uns alle im Jahr 2018 verständigen können. Das ist das eine. Ähnlich ist leider auch ein oftmals – und da unterscheiden sich Städte und Gesellschaft sehr wenig – sehr defizitärer Blick, der teilweise auf Migranten und Migrantenorganisationen vorherrscht. Menschen mit einwanderungsgeschichtlichem Hintergrund gelten oft als ein homogener Block. Es heißt der Migrant, die Migrantin. Ich zum Beispiel bin gar keine Migrantin, ich bin hier geboren. Ich bin nie migriert – gut, von Berlin nach Hamburg und mal nach England, aber ansonsten war eigentlich immer Deutschland mein Zuhause. Aber ich gelte als Migrantin. Insofern ist der defizitäre Blick etwas, auf das wir genauer schauen müssen. Es gibt, glaube ich, im Augenblick ein großes Durcheinander: Was ist ein Migrant, was ist ein Geflüchteter? Da muss man einfach ein bisschen präzisieren und schauen, dass man in der Betrachtungsweise präzise ist.

Ich hatte neulich das Privileg, einem Amerikaner das Wort „Parallelgesellschaft“ erklären zu müssen. Das geht ein bisschen in diese Richtung: Wie wollen wir in der Stadtgesellschaft leben? Manchmal ist zu hören: Wir fahren nach Chinatown, wir fahren nach Little Italy – und alle finden das total spannend. Aber hier in Deutschland warnen wir vor Parallelgesellschaften. Ich glaube, wir brauchen diesbezüglich ein Neudenken in unseren Köpfen –In

dem Diskurs, den wir in den letzten zwei Jahren hatten, wurden Migrantenorganisationen oder Menschen wie ich oftmals als Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung angesehen. Im Diskurs der letzten Jahre mit dem Sommer 2015, einer Zeit, in der eine Menge Menschen zu uns gekommen sind und wir auch tatsächlich einiges geschafft haben, fing es an mit dem Durcheinander. Ich hatte oft das Gefühl, ich werde bezeichnet oder meine Zuschreibung ist eine ganz andere, als ich sie in den 40 Jahren davor hatte. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das nichts mit der Größe einer Stadt zu tun hat. Damals in dem Sommer wurde vielleicht auch ein bisschen zu spät erkannt, was Migrantenorganisationen tatsächlich leisten können. Wir sind alle auch Expertinnen und Experten. Es kann sein, dass das, was wir haben an Schatz, an Wissen, an Erfahrung, teilweise gar nicht wahrgenommen wurde und erst jetzt langsam wahrgenommen wird. Es wird jedenfalls nicht genügend gefördert, aber das ist ein anders Problem.

Darum freue ich mich zum Beispiel, dass wir als Bundesverband tatsächlich im Sommer 2015 von der Beauftragten der Bundesregierung für Integration, damals Frau Özoğuz, ein Geflüchteten-Projekt bekommen haben. Es gab damals viel Geld, das an die Paritätischen Wohlfahrtsverbände gegangen ist. Frau Özoğuz hat damals zwei Migrantendachverbänden eine relativ hohe Summe in die Hand gedrückt. Und was wir seit Anfang 2016 machen: In 32 Städten arbeiten Migrantenorganisationen in der Geflüchteten-Arbeit. Und die erreichen tatsächlich auch die Geflüchteten. In den Städten arbeiten Migrantenorganisationen in unserem samo.fa-Projekt zusammen mit Geflüchteten und schaffen den Link zwischen Stadtgesellschaft und Migrantenorganisation und den Neuangekommenen. Wie wichtig Migrantenorganisationen in der Geflüchteten-Arbeit sind, brauche ich Ihnen, die Sie alle Expertinnen und Experten hier sind, nicht ausführlich klarzumachen.

Für uns wäre es wichtig, dass Migrantenorganisationen innerhalb der Stadtgesellschaft vertreten sein müssen. Und nicht in Ausländerbeiräten. Das sage ich jetzt ganz offen: Das sind Menschen, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Sie werden in Deutschland immer noch als Ausländer tituliert. Klar, es gibt auch welche, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, aber sie heißen „Ausländererräte“. Wie kann das sein? Wir möchten nicht in Ausländerbeiräten, Integrationsbeiräten sitzen, meine Einschätzung ist da ähnlich. Wir müssen in allen Ausschüssen der Stadtgesellschaft sitzen, ob es der Gesundheitsausschuss oder die Stadtentwicklung ist. Überall müssen Migrantenorganisationen oder Menschen mit einwanderungsgeschichtlichem Hintergrund rechtzeitig mit einbezogen werden.

Frauke Burgdorff: Wenn Sie das jetzt hören – das Thema Niederschwelligkeit steckt darin, auch das Thema Experten nutzen, um die Brücke zwischen Familie und

zum Beispiel Schulwesen zu schlagen: Was können wir tun dafür, dass wir mehr solche Experten in unsere Alltagspraxis der Stadtentwicklung, der Bildungsentwicklung usw. einbinden? Warum ist es noch eher die Ausnahme, und wo sind vielleicht auch die Pfade, von denen man sagen könnte: Okay, mehr davon. Wenn nämlich 50 Prozent der Menschen in einer Stadt eine Migrationsgeschichte haben, bedeutet das ja auch 50 Prozent Expertise. Warum tun wir uns so schwer damit?

Breschkai Ferhad: Das ist eine große Frage. Wir müssen dabei auf unterschiedliche Ebenen schauen. Ich wollte mit meinem Vortrag mitnichten sagen, dass wir integrationspolitische Maßnahmen brauchen. Wir brauchen aber eine Menge an unterschiedlichen – wie bei einem Baukasten – Modulen. Für die Menschen, die noch nicht so lange hier sind, brauchen wir Integrationsmaßnahmen, für die anderen, die wie ich schon lange hier sind, brauchen wir eine tatsächliche Änderung in der Gesellschaftspolitik. Ich weiß, dass im augenblicklichen Diskurs alle großen Parteien, auch meine Partei, aus vorauseilendem Gehorsam immer nur die Ängste der besorgten Bürger ernst nehmen. Aber wer hat jemals meine Ängste ernst genommen? Und natürlich, irgendwann einmal langfristig sollten wir auch ruhig über eine begrenzte Quote sprechen. Damals bei der Frauenquote hat das funktioniert. Viele der Kolleginnen, die aus der Gender-Debatte kommen, erzählen mir: „Ihr braucht nur die alten Papiere, anstatt Gender Mainstreaming schreibt ihr Diversity Mainstreaming.“ Ich meine damit nicht nur Menschen mit einwanderungsgeschichtlichem Hintergrund, sondern auch Menschen mit Transgender, Queer, Menschen mit Handicap, die gehören alle mit dazu. Und um das hinzubekommen, sollten wir mutig sein – und mit den 85 Prozent, die nicht AfD gewählt haben, einfach mal nach vorne gehen und solche Dinge ein Stück weit realisieren.

Frauke Burgdorff: Ich bohre noch mal an einer Stelle nach, was politische Teilhabe angeht. Bis wir das Ziel einer echten Diversity in den politischen Gremien erreicht haben, ist noch ein weiter Weg zu gehen, ein dickes Brett zu bohren, man sollte es aber trotzdem angehen. Wir haben ja in deutschen Ausschüssen, ich glaube, auch in Klein- und Mittelstädten, das Amt des sachkundigen Bürgers. Das ist ein nicht gewählter Mensch, der eine gewisse Sachkunde besitzt. Warum nutzen wir nicht zum Beispiel dieses Amt? Man könnte doch vermehrt Menschen mit einer wie auch immer gearteten Migrationsgeschichte einbinden – jetzt nicht im Integrationsbeirat, sondern in den unterschiedlichen Fachbeiräten, etwa zum Thema Gesundheit, zum Thema Stadtentwicklung. Herr Roth, was halten Sie davon, ist das wieder nur eine Notlösung?

Prof. Dr. Roland Roth: Na ja, es kommt darauf an, wie es ausgestaltet wird. Aber wir haben prima Modelle und eine Menge guter Ansätze. Die sehen zum Beispiel so aus, dass man solche neuen Gremien – egal, ob man sie Beiräte oder sachkundige Bürgerinnen und Bürger nennt

– mit Kompetenzen und Geld ausstattet. In dem Moment, wo die ein Budget haben, ändert sich die Sache. Dann ist das nicht nur L'art pour l'art und ein bisschen Palaver mit der Gnade der Anhörung im Stadtrat. Das ist im Kinder- und Jugendbereich genau das Gleiche. Wenn der Stadtrat sagt: Wir wollen Kinder- und Jugendbeteiligung haben und wir stellen ein Budget von 20.000 Euro pro Jahr zur Verfügung und ihr könnt damit etwas machen – dann ist das etwas. Das heißt, es kommt auf die Ausstattung, es kommt auf die Rückkopplung auch an den Stadtrat an.

Wenn Migrantinnen und Migranten ihre Projekte, die sie machen, im Rat vorstellen und auch zeigen können, welche Ideen sie haben und was sie für Ideen weiterentwickeln wollen, dann hat das einen Mehrwert. Wenn das alles nicht stattfindet, sondern nur als irgendeine Parallelstruktur existiert, kümmert es keinen. Dann entsteht eher ein Misstrauen: „Wieso kriegen die Geld, für was denn?“ Das heißt, man kann das mit Kompetenz ausstatten. Wir haben im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung oder bei der Erwachsenenbeteiligung, Stichworte Bürgerhaushalte, Budgets, Kinder- und Jugendhaushalte, Schülerhaushalte, eine Menge guter Erfahrungen mit solchen Budgets. Aber die sind immer verbunden mit der Erwartung: Ihr könnt etwas, ihr habt Kompetenzen in eigener Sache, ihr habt Ideen, ihr könnt etwas verwirklichen, es gehört zum Engagement dazu, ihr könnt damit auch die Stadt mitgestalten. Und wir trauen euch das zu. Diesen Vorschuss zu geben, ist der entscheidende Punkt. Viele Stadträte scheuen sich, diesen Schritt zu gehen und kommen dann mit der Haushaltsordnung – das ist völliger Quatsch. Das kann man alles regeln.

Frauke Burgdorff: Ich finde diesen Schritt schon ambivalent, erst einmal zu sagen: „Wir brauchen gesonderte Ressourcen für das Thema Migration.“ Um dann hinterher zu sagen: „Wir öffnen uns in eine wirkliche und echte diverse Gesellschaft, in der die Migrantenorganisationen nicht mehr als die Migrantenorganisationen gesehen werden, sondern als spezifische.“ Wie kommt man mit diesem Dilemma zurecht?

Breschkai Ferhad: Sie haben vollkommen Recht. Meine Jobbeschreibung wäre ja eigentlich, dass mein Job oder auch unsere Verbände und Institutionen möglichst bald abgeschafft werden, dass man nicht mehr in Migrantenorganisationen, Dachverbänden usw. denkt, sondern dass man die gleiche Tätigkeit, die man hat, eben in anderen Institutionen auf gleicher Ebene durchführen kann. Der Punkt ist allerdings der: Wir hatten einen jahrzehntelangen „Gap“, was die Form von Beteiligung von Menschen mit einwanderungsgeschichtlichem Hintergrund betrifft, nicht nur in Sachen Finanzierung, Förderung ... In den 32 Städten hat es diesen „Gap“ – bis wir mit samo.fa, unserem Projekt, dorthin gekommen sind – auch gegeben. Alles war ehrenamtlich. Jetzt haben wir einen Lokalkoordinator in der Stadt, der das nicht nur im Ehrenamt macht. Wir müssen schauen, dass wir diesen „Gap“ aufholen. Dazu können wir alle an unseren jeweiligen Orten beitra-

gen. Ich muss dafür nicht Bürgermeister sein, ich kann Leiterin des Kulturamtes sein. Jeder hat an seinem Ort die Möglichkeit, ein Stück weit Themenanwalt zu werden. Wenn dann die Bürgerinnen und Bürger, die, wie es so schön heißt, deutsch oder nordeuropäisch aussehen, Themenanwalt werden für genau solche Anliegen, dann können wir es schaffen, dass das irgendwann einmal nicht mehr notwendig ist. Im Augenblick brauchen wir es aber.

Prof. Dr. Roland Roth: Ich wollte nur die Blickrichtung ein bisschen verändern. Es ist jetzt keine Sonderbehandlung für Migranten oder wie auch immer. Es ist einfach das Phänomen, mit dem wir umgehen müssen, dass politische Repräsentation hochselektiv ist und dass es viele schweigende oder zum Schweigen gebrachte oder nicht gehörte Gruppen in dieser Gesellschaft gibt, deren Stimme sinnvollerweise zu hören ist. Das fängt bei den Kindern an, die auch alle kein Bürgerrecht haben, und hört noch lange nicht bei denen auf, die in benachteiligten Quartieren wohnen. Wir wissen aus der empirischen Repräsentationsforschung relativ genau, dass es da große Lücken gibt. Ich finde, Stadtpolitik sollte danach streben, diese Lücken möglichst kleinzuhalten und sich zu überlegen: Wie „kriege“ ich eigentlich die, um die es geht? Wenn ich ein benachteiligtes Quartier entwickeln will, wie kriege ich die Leute mit rein und wie läuft das? Dann kommen Sie auf viele Ideen.

Frauke Burgdorff: Frau Kirchhoff, Sie haben jetzt noch einmal die Möglichkeit, darüber zu reflektieren, ein Thema, das immer wieder weggerutscht ist: Es ging ja auch um die Innenstädte, und es ging um die Orte der Begegnung. Man merkt aber, dass offensichtlich in den Strukturen und in dem Miteinander diese städtebaulichen Stadtentwicklungskomponenten scheinbar in die zweite Reihe rücken. War das in den Projekten auch so? Ist der Stadtplatz, der Ort vor dem Rathaus, ein Schlüssel für eine Gesellschaft im Dialog? Oder machen wir Stadtentwickler uns etwas vor – weil es halt Raum ist, erträumen wir uns das?

Gudrun Kirchhoff: Es ist ein bisschen schwierig, dies eindeutig zu beantworten, weil die Städte natürlich sehr unterschiedlich sind und die Bedeutung der Innenstädte auch verschieden ist. Aber insgesamt kann man sagen: Die Innenstadt ist schon ein Fokus für die Identifikation mit der Stadt. Nur die Bedeutung ist nicht mehr die, die sie einmal hatte. Das hat auch mit ihren Funktionen zu tun und mit dem strukturellen Wandel. Aber trotzdem wurde eigentlich in allen Städten gewünscht, dass die Innenstadt doch wieder eine Art Marktplatz werden soll, an dem die verschiedenen Kulturen sich begegnen können, was im Moment nicht der Fall ist. Es fehlt im Grunde genommen meistens der zentrale Treffpunkt, von dem man weiß: Es ist samstags Markt, da trifft man sich. In manchen Städten überlegt man jetzt, so etwas zu schaffen. Ein Beispiel: Mühlacker denkt viel über den Markt am Samstag nach,

oder in Germersheim wird jetzt auch ein Stadtplatz gestaltet, der ein attraktiver Treffpunkt werden soll.

Die Städte bemühen sich darum, die Innenstadt wiederherzustellen. Ich weiß aber nicht, ob es dann auch so wird. Mein Eindruck war, dass sich die unterschiedlichen Gruppen mit ihrem Gruppendasein irgendwie eingerichtet haben. Dieses Nebeneinander nach dem Motto „sich gegenseitig nicht wehtun“ funktioniert. Das Bestreben, doch immer irgendwie zusammenzukommen und sich auszutauschen, ist eher bei den Professionellen vorhanden.

Joachim Mergen: Da kann ich gleich einhaken. Wir sind auch in einem Stadtteil mit einer Hochhausssiedlung tätig. Wenn wir dort die Menschen fragen „Wie fühlst du dich hier? Wie lebst du hier? Hast du, was du brauchst?“, kriege ich nicht ein einziges Mal zur Antwort: „Ich will hier

raus, mein Ziel ist, in einen anderen, aufgewerteten Stadtteil zu kommen“. Die sagen: „Mir geht es hier gut.“ Um auf die Sozialraumorientierung zurückzukommen: Es ist nicht Ziel der Arbeit, Menschen zwanghaft irgendwo herauszunehmen, an einen zentralen Platz, wo sie schlicht und ergreifend zunächst mal nicht hinwollen. Warum sollte ich das tun? Es ist unsere Aufgabe, Menschen, so gut es geht, miteinander in Kommunikation zu bringen.

Dort, wo Kommunikation entsteht, bauen sich andere Haltungen auf. Wir haben heute noch nicht ein einziges Mal über den Begriff „Haltung“ gesprochen. Migrationspolitik auf städtischer und kommunaler Ebene wird gemacht auf der Basis von Haltung der Agierenden. Welche Haltung nehmen wir gegenüber den Menschen ein? Ist denn der Migrant grundsätzlich ein defizitäres Wesen, dem wir erklären müssen, wie Deutschland geht? Oder ist das nur jemand, der, wenn er kommt, nicht so handlungssicher ist wie jemand, der hier schon lange lebt?

Panel II: Stadt als Spiegel einer vielfältigen Gesellschaft

Frauke Burgdorff: Ich kann mir die Spitze nicht verkneifen zu sagen: Wir haben einen Gast, der ist zumindest von der Profession her – ich weiß nicht, von wo er heute angereist ist – aus dem Ausland, aus Innsbruck. Ich finde, das ist ja ein ausländischer Gast im wahrsten Sinne des Wortes. Unser Gast, der jetzt gleich spricht, hat sich viel mit Vielfalt, Vielheit, Diversität auf unterschiedlichsten Ebenen, immer auch mit Stadt- und Raumbezügen, aus-

einandergesetzt. Er forscht und lehrt gerade an einer Pädagogischen Fakultät, es ist Erol Yildiz. Er hat sowohl in seiner eigenen Biografie, aber vor allem auch in seinem Forschen und Denken, glaube ich, inkorporiert, dass wir erst einmal gelassen auf die Sache schauen sollten. Dass Vielheit und Vielfalt und Weltoffenheit erst einmal eine Praxis sind, die man gestalten und leben muss.



Migration und urbane Vielheit

Prof. Dr. Erol Yildiz, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Institut für Erziehungswissenschaft

Vielen Dank für die nette Einleitung. Es ist auch schön, in einem urbanen Raum der Vielheit einen Vortrag zu halten, wobei Innsbruck auch sehr urban ist, das muss man schon auch sagen. Mein Thema, Migration und urbane Vielheit, ist kein neuer Ansatz. Vielheit – ich wollte den Begriff „Vielfalt“ nicht verwenden, weil er überall verwendet wird. Es gibt kulinarische Vielfalt, eine Shopping-

Vielfalt. Vielheit ist etwas philosophischer, es ist kein Ansatz, sondern kommt aus dem französischen Kontext, ist etwas umfassender als „Vielfalt“. Mark Terkessidis spricht von einem „Vielheitsplan“. Das hat mit Gestaltung zu tun. Wie kann man die Vielheit gestalten? Das ist die Idee dieses Vortrags.

1) Vielheit als historische Normalität

BEISPIEL 1: Transkulturelle Dimension des Alltäglichen

Alles fremd – alles Tirol

Ob durch Handwerk, Handel oder Reisen: der Kontakt mit anderen Ländern prägt und verändert Menschen und ihre Kultur. Wissen wird angeeignet, Techniken übernommen, Äußeres nachgeahmt oder in die eigene Kultur übersetzt. Selbst regional verankerte, ortstypische Kultur hat deshalb eine überregionale, ja globale Dimension.



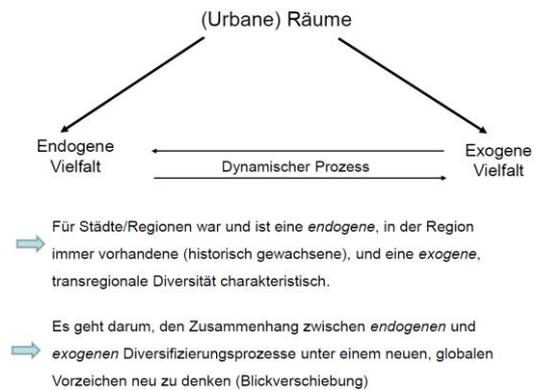
Ausstellung in Innsbruck 2016

Ich beginne kurz mit der Vielheit als historischer Normalität. Der Ausgangspunkt ist: Leben mit Vielheit ist keine Option, sondern eine historisch gewachsene Realität. Hier wird Vielheit nicht zum Gegenstand, sondern zum Ausgangspunkt, um weiterzudenken. Ich will Ihnen ein paar Beispiele geben, was ich damit meine. Es gab nämlich 2017 eine Ausstellung im Volkskunstmuseum in Innsbruck mit dem Titel „Alles fremd – alles Tirol“. Die Idee war interessant, weil sie dort genau gezeigt haben: Viele Dinge, die man als tirolerisch wahrnimmt, haben historisch gesehen wenig mit Tirol zu tun. Auch ein Zitat aus dem Katalog bringt zum Ausdruck, dass wir vor Ort viele Sachen übernehmen, übersetzen usw. Das zweite Beispiel ist aus Kärnten, aus Klagenfurt. Hier geht es um Grenzen, um Grenzverschiebungen und was das mit den Menschen und mit Vielheit zu tun hat. Es gibt in Slowenien ein Gebiet, das Slowenische Toskana genannt wird, es sieht dort ähnlich aus wie in Italien. Dort sagte mir einmal ein Weinbauer, ich zitiere ganz kurz: „Mein Großvater war Österreicher, mein Vater Italiener, ich bin Jugoslawe und meine Kinder sind Slowenen, aber wir haben schon immer auf diesem Weingut gelebt.“ Auch diese wechselnden Staatsbürgerschaften haben mit Vielheit zu tun. Dazu habe ich noch ein anderes Zitat aus einem literarischen Buch, ich zitiere: „Obwohl mein Vater Zeit seines Lebens im gleichen Dorf lebte, wechselte er seine Staatsbürgerschaft sechsmal, Österreich, Ungarn, Italien, Deutschland, Jugoslawien, freies Territorium zuerst mit seinen verschiedenen Zonen, dann wieder Italien. Wenn man die EU mitzählt, sind es sieben, man könnte es die ‚Glorreichen Sieben‘ nennen, sie kamen und sie gingen. Das ist das Schicksal solcher Orte. Das ist der Alpen-Adria-Raum.“

Im ORF gab es vor ein paar Jahren eine Parodie, bei der die Nachrichtensprecherin morgens sagte: „Ich habe eine schlechte Nachricht für Sie, alle Wienerinnen und Wiener, die im weitesten Sinne einen Migrationshintergrund haben, haben die Stadt verlassen.“ Dann haben sie die Stadt gezeigt: zwei Drittel der Bevölkerung waren weg. Die Hochkultur war weg. Das war schon interessant zu zeigen, dass Migration oder Mobilität zur Normalität gehört. Man könnte, wenn man weiterdenkt, vielleicht zwei

Formen von Vielheit, Vielfalt sehen: endogen und exogen. Einmal, was vor Ort passiert, und die exogene, das, was von außen ständig übernommen, übersetzt wird usw. Daher die Idee der Ausstellung „Alles fremd – alles Tirol“, die bringt das zum Ausdruck. Und noch ein Zitat von Navid Kermani. Er sagt nämlich, dass Menschen gleichzeitig mit und in verschiedenen Kulturen, Loyalitäten, Identitäten und Sprachen leben können. Das scheint in Deutschland immer noch Staunen hervorzurufen, dabei ist das kulturgeschichtlich eher die Regel als die Ausnahme. Es ist aus dem Buch „Wer ist Wir? Deutschland und seine Muslime“.

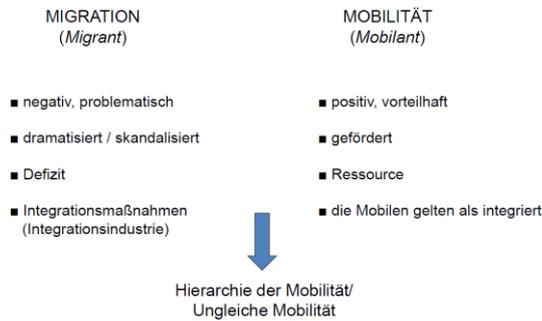
1) Vielheit als historische Normalität



Hat das, was wir sehen, was wir beim Sehen übersehen, mit unseren Perspektiven, mit unseren Sichtweisen zu tun? Ich würde sagen, wenn man nach problematischen oder konflikthaften Phänomenen fragt, findet man die auch. Wer aber nach anderen Alternativen sucht, wird diese ebenso entdecken. Insofern sind unsere Perspektiven nicht ganz unbedeutend. Hier ein Beispiel. In einem Youtube-Video, wird ein vierjähriger Junge, der sich bei Dreharbeiten neugierig in der Nähe herumgedrückt hat, gefragt, ob in seinem Kindergarten viele Ausländer seien. Er antwortet spontan: „Nein, nur Kinder“. Ein schönes Beispiel dafür, was der gewohnten Wahrnehmung entgegengesetzt werden kann. Hier braucht es eine andere Art des Sehens, die man in Anlehnung an Edward Said einen kontrapunktischen Blick nennen kann. Eine Perspektive, die polarisierende Deutungen und etablierte Klassifikationen von uns und den anderen überwindet, man könnte auch sagen: entlernt. Sie finden ständig oder im alltäglichen oder öffentlichen Diskurs eine gewisse Unterscheidung, die vorgenommen wird zwischen Migration, Mobilität, Migrant oder Mobilant. Also, Mobilant wird nicht verwendet, aber Sie werden immer merken, ob explizit oder implizit: Migration wird oft negativ konnotiert, bis hin zu Integrationsmaßnahmen. Bei Mobilität ist man eher positiv gestimmt, sie wird gefördert, man kriegt dafür Geld usw. Die Mobilanten gelten als integriert. Das heißt, wenn man innerhalb der EU das Mobilwerden erreicht, kriegt man dafür sogar Geld, das ist schon interessant. Man könnte fast von einer Hierarchie der Mobilität oder von der ungleichen Mobilität reden. Ähnlich ist es beim Thema Diversität. Auch hier gibt es bestimmte Formen, die als

Abweichung gelten, und es gibt die willkommene Diversität. Auch hier positiv/negativ, eine Art Hierarchie der Diversität oder ungleiche Diversität. Dazu ein Zitat von Naika Foroutan aus Berlin: „Vielfalt, ja, bitte ohne Muslime, ohne Roma, ohne Arme und am besten ganz ohne fremde Kulturkreise“. Auch hier hat man immer die Idee als Rahmen: Was ist kulturell kompatibel?

2) Eine Frage der Perspektive?



2) Eine Frage der Perspektive?



Dann das Dogma der Sesshaftigkeit. Sie finden in diesem Zusammenhang das, was ich einen Wurzeldiskurs nenne, weil in letzter Zeit immer wieder darauf hingewiesen wird: Ja, die haben in der vierten Generation immer irgendwelche Wurzeln. Sogar dazu ein Beispiel: Ich war 2015 in Istanbul und habe dort eine Studie gemacht über die zweite, dritte Generation, die zurzeit in Istanbul leben. Und die sagten mir: Es ist interessant, dass Journalisten von hier nach Istanbul fahren, Interviews führen und fragen: „Warum sind Sie zurückgekehrt?“ Dann sagen die: „Wieso zurückgekehrt? Wir sind doch nicht zurückgekehrt.“ Das Bild ist aber: Die sind hier in der dritten Generation, und man meint, sie kehren zurück zu ihren Wurzeln. Diese Wurzel-Metapher ist schon interessant. 2010 benutzte die UNESCO anlässlich ihres Internationalen Tags der Muttersprache die Wurzel-Metapher, um die konträre Identität durch Sprache plausibel zu machen. So zeigte das Plakat einen offenen Mund, der, verbunden durch einen kurzen Stamm, mannigfaltig in der Erde wurzelt. Eine Art Wurzel-Dispositiv könnte man das nennen. Hier merken Sie, dass Bewegung eher als eine Abweichung von der Sesshaftigkeit wahrgenommen wird. Der

Ausgangspunkt ist immer: Man muss sesshaft sein. Sehr passend erscheint mir folgende Aussage: Es ist die Illusion der Sesshaften, dass man sich räumlich und kulturell auf ein Territorium festlegen muss, um eine Antwort auf die Frage der Identität zu finden. Ich kann ein Beispiel geben, was die Wurzel-Metapher betrifft – oder auch den Begriff „Migrant“. Mich hatten sie nämlich an ein Landestheater eingeladen, und sie wollten von mir wissen, was das Theater tun muss, damit mehr Migranten ins Theater gehen. Das war sehr interessant, weil sie offenbar dachten, Migrant-Sein sei ein Beruf. Aber Migrant-Sein ist natürlich kein Beruf. Und weil sie gemerkt haben, dass die bürgerliche Parallelgesellschaft immer kleiner wird, hat das Theater ein Problem. Darüber kann man natürlich nachdenken, was das Theater tun muss, damit mehr Menschen ins Theater gehen. Aber: Die Frage, was man mit Blick auf „den Migranten“ tun muss, ist natürlich die alte „Logik“, wenn man so will. Sie würden auch niemals auf die Idee kommen und fragen: „Was müssen wir tun, damit mehr Einheimische ins Theater gehen?“

3) Dogma der Sesshaftigkeit



Eine andere Art des Sehens wäre, wenn man sagen würde: Menschen haben keine Wurzeln, sondern Beine. Das heißt, wir müssen uns mehr „bewegen“. Das tun wir auch ständig. Wir brauchen eine andere Sicht der Dinge und müssen wegkommen vom binären Denken – wir, die anderen, Christen, Muslime usw. Wir müssen den Fokus eher richten auf Verschränkungen, auf Überschneidungen, Übergänge und geteilte Geschichten. Die Lebensgeschichten kann man auch als Migrationsgeschichten erzählen. Wir brauchen ein anderes Bewusstsein darüber, was Migration ist, was Mobilität ist und was Mobilitätserfahrungen bedeuten, also: dass man die Migrationserfahrungen normalisiert. Ein anderes Bewusstsein: dass Migration eine Normalität ist. Sie werden merken: Auch die Ersten, die kamen, die damaligen Gastarbeiter, waren mobil. Man hat das nicht als Mobilität wahrgenommen und deswegen hat man es immer dramatisiert und hat viele Maßnahmen etabliert, obwohl das, was sie getan haben, auch eine Art transkulturelle Praxis war. Man kann die Ersten, die in den 1950er-Jahren kamen, aus heutiger Perspektive die Pioniere der Transnationalisierung nennen. Man hat es aber so nie diskutiert.

4) Eine andere Art des Sehens

“Menschen haben keine Wurzeln, sondern Beine.”

Nicolò Degiorgis



Ich will ein Beispiel geben. Ich habe in Graz ein paar Interviews mit Studierenden geführt. Es gibt dort einen kleinen Laden mit orientalischen Delikatessen, ein Raum der Vielheit. Der Interviewte sagt: „Ich bin glücklich mit meiner Arbeit, weißt du. Es gefällt mir, wenn ich alles selber koche und es den Kunden schmeckt.“ Er fliegt jedes Jahr für zwei bis drei Wochen nach Ägypten, besucht seine Bekannten und Verwandten und lässt sich kulinarisch verwöhnen: „Schau, bei jedem Land ist immer etwas schön.“ Er erzählt von Italien, wo er als junger Mann nach seinem Studium der Agrarwissenschaften in Kairo zehn Monate verbracht hat. Gerne schwelgt er in Erinnerungen, schwärmt von der italienischen Sprache. In Verona arbeitete er in einem Supermarkt. Jedoch weigerte sich der Arbeitgeber, ihn offiziell anzumelden. Also zog es Mossalam weiter nach Österreich, wo er seine heutige Ex-Frau kennenlernte und Arbeit in einem Wiener Chemielabor, in einer Gärtnerei und in einer Konditorei fand. Zusammen mit seiner Frau ging er nach Ägypten zurück, wo er als Agraringenieur arbeitete. Jedoch kehrten sie nach ungefähr einem Jahr wieder zurück nach Österreich. Das Sortiment des Ladens bietet eine breite Palette an Lebensmitteln von Kaffee, orientalischen Gewürzen bis hin zu Kartoffelpüree. Das Herzstück bildet eine Glasvitrine, in welcher verschiedenste von Mossalam selbst zubereitete orientalische Hauptspeisen, beispielsweise Spinatstrudel, Falafel, Couscous und Beilagen, Tsatsiki, Humus, angeboten werden. Es gibt auch selbstgemachte orientalische Süßspeisen wie Baklava, Grießkuchen, Kadayif und gefüllte Datteln. Auf sein Baklava, das ihm von diversen Grazer Cafés abgenommen wird, ist er besonders stolz. „Baklava ist türkisch, griechisch, arabisch, das gibt es überall“, erklärt er, „aber ich mache richtiges Baklava“. Ich „springe“ jetzt aus Graz nach Köln, wo ich früher gelebt habe, es geht um eine Kölner Familie. Man muss genau hingucken, oben steht nämlich: Café und Patisserie – weil sie Franzosen sind, in Frankreich gelebt haben. Sie sind beide französische Staatsbürger. Wenn man genau hinschaut, werden Sie merken, dass die Leute an verschiedenen Orten gelebt haben, aber in Köln als Migranten wahrgenommen werden. Noch ein biografisches Beispiel aus Klagenfurt. Einer sagt nämlich: „Mein Vater stammt aus Albanien, und meine Mutter ist selber Kroatin.

Weil mein Vater Verwandte in der Schweiz hat, ist er immer schon viel gereist. Er hat auch schon dort gearbeitet, bevor ich geboren bin. Als ich ein Jahr alt war, sind wir nach Klagenfurt gekommen. Meine Familie ist ziemlich international, Verwandte haben wir fast überall, in der Schweiz, in Bulgarien, Kroatien, Italien, New York. Eine Tante ist Türkin, die andere ist Bosnierin, die nächste ist Bulgarin. Es ist ein großer Mischmasch, verstreut in der ganzen Welt. Viele Leute im Kosovo sind mit mehreren Sprachen aufgewachsen. Wenn ich in meinem Heimatort anfangen würde, Türkisch zu reden, würde man mir auf Türkisch antworten, würde ich Kroatisch reden, würde man mir auf Kroatisch antworten.“

Sie sehen, dass Menschen durch ihre individuellen oder familiären Netzwerke miteinander verbunden sind, auch wenn man vor Ort lebt. Wenn diese Menschen erzählen, merkt man die weltweite Vernetzung. Hier kann man von Soziosphären sprechen, das passt sehr gut dazu, dass man vor Ort lebt, aber die Verbindungen weltweit sind. Die Lebenspraxis zeigt, dass Menschen – ich verwende den Begriff „mehrheimisch“ – mehrheimische Zugehörigkeiten entwickeln, vielfältige Lebensentwürfe, die über das Lokale und Nationale hinausgehen und den Alltag vor Ort mit der Welt verbinden. So entstehen lokale Räume, die neue Horizonte ermöglichen und miteinander verbinden. Ich verwende den Begriff „Transtopie“. Es ist kein Ansatz, nur eine Idee. Transtopien sind Räume, in denen unterschiedliche, widersprüchliche, mehrdeutige, lokale wie grenzüberschreitende Elemente miteinander verknüpft werden und sich so Strukturen und Kulturen und Kommunikationsformen vor Ort verdichten. Transtopien können, weil sie Übersetzungen sind, als Bildungsräume verstanden werden.

4) Eine andere Art des Sehens

Aus dieser Sicht müsste die Geschichte der Migration neu und anders erzählt werden:

Denn die Migrant/innen erster Generation brachen ihre Verbindungen zu ihren Herkunftsorten keineswegs ab. Vielmehr entwickelten sich vielfältige Formen der Mobilität, es etablierten sich neue soziale Bindungen und familiäre Netzwerke, die für die Lebensentwürfe der betroffenen Menschen und Familien konstitutiv waren, eine Art *transkultureller Praxis*



Pioniere der Transnationalisierung

Vielheit oder Vielstimmigkeit sind ein integraler Bestandteil unserer Realität. Migration und Vielfalt haben auch wesentlich zur Entwicklung und Belebung bestimmter Stadtteile beigetragen, beispielsweise St. Nikolaus in Innsbruck. St. Nikolaus war ein Industriestandort gewesen, an dem früher viele Arbeiter gelebt haben. Es war ein Stadtteil mit einem schlechten Ruf. Sie finden solche Bezeichnungen wie „schäbiges Viertel“. Später, in den 1970er-/1980er-Jahren, siedelten sich auch hier Gastar-

beiter oder andere Zuwanderer an und prägten nachhaltig das Leben im Viertel. Es ist ein sehr gemischtes Quartier und steht für eine Art „Entortung“, wie ich es genannt habe, oder „Neuverortung“. Heute hat St. Nikolaus ein durch Vielheit geprägtes Erscheinungsbild. Auf der Innstraße gibt es neue Geschäfte, Restaurants, die wesentlich zur Aufwertung und Belebung des Stadtteils beitragen und dem Viertel ein internationales Flair verleihen. Auch die Lebensentwürfe der Bewohnerschaft sind in Bewegung. Ich will Ihnen kurz zwei Biografien zeigen. Indira kam 1978 in Indien zur Welt, ist Mutter zweier Kinder, Tochter eines Restaurantbesitzers und lebt seit ihrem zweiten Lebensjahr die meiste Zeit in St. Nikolaus. In ihrer Biografie zeigen sich Mobilitätsprozesse in Form zeitweiliger Wohnorte in Indien, New York, Kalifornien und Innsbruck. Kristina, 1981 in Tirol geboren: ihre biografischen Bewegungen umfassten Wohnorte in Innsbruck, Zentralamerika, Spanien und Italien, und 2010 eröffnete sie in St. Nikolaus ein Modecafé. Die Entwicklung vom Arbeiterviertel zum In-Viertel verleiht der Innstraße besonderen Charme, der immer wieder hervorgehoben wird. Zwei kurze Zitate: „Ich kenne nichts anderes, für mich ist St. Nikolaus mein Zuhause.“ „Wir sind ein bunter Haufen, ich würde sagen, wir sind der Multikulti-Stadtteil, hier ist auch schwule Kultur vertreten.“ Das heißt, dass die Kinder und Jugendlichen in einem Raum der Vielheit mit unterschiedlichen Sprachen, Religionen, Lebensstilen aufwachsen, und diese Vielheit macht das Leben in diesem Stadtteil aus. Ein weiteres Zitat: „Als ich klein war, habe ich mit verschiedenen Kindern gespielt, mit verschiedenen Sprachen bin ich aufgewachsen, mit verschiedenen Küchen, Multikulti, und das ist der normale Standard gewesen bei uns, so sind wir aufgewachsen.“

6) Fazit: Vom Rand ins Zentrum

Wir brauchen eine selbstkritische Migrations- und Urbanitätsforschung, die ihre eigene Prämisse radikal in Frage stellt

„Was fehlt, ist nicht noch mehr Forschung über Migration, sondern eine von ihr ausgehende reflexive Perspektive, mit der sich neue Einsichten in die umkämpften Schauplätze ‚Gesellschaft‘ und ‚Kultur‘ gewinnen lassen.“

Römhild 2014: 263

Ich komme jetzt zum Schluss: Migration und Vielheit als Perspektive. Migration und Vielheit werden nicht zum Gegenstand gemacht, sondern eben zu einer Perspektive, um zu beobachten, was unter Migration und Vielheit verstanden wird. Man kann davon ausgehen, dass urbane Städte ohne Erfahrungen und Wirkungen des Kommens, Gehens und Bleibens nicht denkbar sind. Hier ein Zitat von Mark Terkessidis: „Die Bewegung ist eben nicht etwa eine Abweichung von der Sesshaftigkeit, sondern Normalzustand und gleichzeitig notwendige Voraussetzung

von Subjektivität.“ Das heißt, wir brauchen eine selbstkritische Migrations- und Urbanitätsforschung, die ihre eigene Prämisse radikal in Frage stellt. Ein paar Ideen dazu: Beteiligung aller Menschen an urbaner Gestaltung. Wir müssen von den Menschen ausgehen, die da sind. Wir sollten es nicht auseinanderdividieren nach irgendwelchen Kriterien, sondern Menschen sind da, es geht um die Zukunft. Dann müsste man versuchen, die Menschen, die da sind, in die Gestaltung der Zukunft einzubeziehen. Im Mittelpunkt steht die Zukunft der Stadt. Also: Abschiednehmen von dem methodologischen Nationalismus. Wir brauchen tragfähige Zukunftsentwürfe, eine Art „Vielheitsplan“. Und dann in Anlehnung an einen Literaten aus Berlin folgende Idee: Dort, wo das Verstehen des anderen nicht mehr weiterführt, könnte vielleicht so etwas wie eine negative Hermeneutik ein Ausweg sein. Nicht mehr das vermeintlich Verstandene, sondern das, was nicht verstanden wird, sollte in den Blick gerückt werden. Vielen Dank.

Frauke Burgdorff: Lieber Herr Yildiz, was für ein Feuerwerk, Gedanken ... Ich möchte ein, zwei Begriffe noch einmal mit Ihnen reflektieren, bevor wir in die Praxis gehen. Den Begriff des „Entlernens“ haben Sie so elegant wie viele andere schöne Begriffe verwendet. Es ist ja nun so, dass gerade in Klein- und Mittelstädten viele Menschen, die dort aufgewachsen sind, Vielheit nicht gelernt haben. Ich zum Beispiel komme aus einem Dorf, in meinem Kindergarten gab es so etwas wie Vielheit von Kulturen einfach schlichtweg nicht. Es gab natürlich eine Vielheit von Menschen, klar, aber eben nicht in irgendeiner Form durch Zuwanderung geprägt. Und ich glaube, gerade die Generation der 1960er und 1970er Jahre hat in dieser Beziehung Nachholbedarf. Kann man das überhaupt nachholen? Kann man Homogenität „entlernen“ und sich auf Vielheit wirklich positiv freuen?

Prof. Dr. Erol Yildiz: Eigentlich brauchen wir ein anderes Bewusstsein dafür. Deswegen habe ich die Beispiele gegeben, dass alles, was tirolerisch wahrgenommen wird, nicht tirolerisch ist. Insofern leben wir schon mit Vielheit, wir merken nur nicht, dass wir mit Vielheit leben. Das wollte ich zeigen. Es ist egal, ob man in Innsbruck ist, in Köln, in Wien oder im Adria-Raum mit seinen Grenzverschiebungen. Insofern hat man das vielleicht dann verlernt. Aber wenn man darüber nachdenkt, merkt man, dass Vielheit immer die Normalität war, es aber komischerweise ignoriert wird. Deshalb brauchen wir diese negative Hermeneutik, indem wir nicht das, was wir verstehen, sondern das, was wir nicht verstehen, in den Mittelpunkt rücken.

Frauke Burgdorff: Noch mal zum Wurzel-Diskurs, den Menschen, die ja Beine haben und keine Wurzeln – das ist eine sehr schöne Metapher – und zu der Sehnsucht nach Sesshaftigkeit. Nun haben wir deutschlandweit gerade eine etwas verkürzte Identitätsdebatte. Wir haben die Begriffe „Zugehörigkeit“ und „Zusammenhalt“ auch

schon gehabt. Wir haben das Thema Stadt als identitätsbildender Ort. Das sind alles Dinge, die erst einmal keine Beine haben. Und wie bilden sich bei einem Mobilanten andere Identitätswelten aus, die wir als positive Geschichte erzählen könnten, um uns vielleicht von der Meinung, man müsste irgendwo sesshaft sein, um überhaupt eine Identität zu haben, verabschieden zu können?

Prof. Dr. Erol Yildiz: Hier würde ich genauso argumentieren. Diejenigen, die wir vielleicht nicht als Mobilant wahrnehmen, sind vielleicht doch Mobilant. Das eine ist die



Wolf-Christian Strauss: Es geht um das Thema Integrationskonzepte, ein Thema, das uns am Herzen lag im Projekt. Keine lange Vorrede, die kommunale Erfahrung zählt. Kaum jemand im Raum außer unseren beteiligten Kommunen wird schon mal von Mühlacker gehört haben oder wissen, wo das liegt. Deswegen ein paar Worte: Was beschreibt Mühlacker?

Johanna Bächle: Mühlacker ist in Baden-Württemberg, wahrscheinlich hört man das bei mir auch relativ schnell am Dialekt. Mühlacker liegt an der Nahtstelle zwischen Baden und Württemberg, der nächste Ort ist schon badisch, wir sind noch württembergisch. Wir befinden uns ein bisschen zwischen allen Stühlen. Mühlacker hat auch kein historisches Zentrum, das ist durchaus prägend. Wir haben sieben Ortsteile, das heißt, es ist eigentlich eine Kernstadt, bestehend aus zwei Teilen, und dann noch fünf eingemeindete Ortsteile aus der ehemaligen Kreisreform. Wir haben Vollbeschäftigung bei uns. Wir haben eine gute wirtschaftliche Lage, hauptsächlich Automobilzulieferindustrie. Wir sind eine Art Schwarmstadt, bei uns ist Zuwanderung schon immer gegeben. Wir haben dank des Difu-Projektes jetzt auch tatsächlich Zahlen, wie sich unsere Bevölkerung zusammensetzt. Wir haben 37 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund. Und in manchen Ortsteilen sind es sogar fast 50 Prozent. Wir haben feststellen dürfen, dass unsere Migranten durchschnittlich 14 Jahre jünger sind als die deutsche – oder manche sagen ja biodeutsche – Bevölkerung. Dadurch werden wir demnächst mehrheitlich eine Minderheitengesellschaft

geografische Mobilität, aber heutzutage sind wir mental sehr mobil geworden, auch in ländlichen Gebieten sind die Leute nicht mehr so, wie das vielleicht vor hundert Jahren der Fall war. Man ist immer verbunden mit der Welt. Das ist die alltägliche Praxis. Nur, wir gehen immer noch davon aus, das Sesshaft-Sein die Normalität ist, aber Sesshaft-Sein war, historisch gesehen, nie die Normalität. Dieses Bild hat schon mit der Bildung von Nationalstaaten angefangen, aber historisch gesehen waren die Leute immer mobil, aus welchem Grund auch immer.

Wir brauchen ein Konzept! Erfahrungen an der Nahtstelle von Stadtentwicklung und Integration

Wolf-Christian Strauss, Difu

Johanna Bächle, Amt für Bildung und Kultur, Stadt Mühlacker

sein. Sprich, wir werden mehr Menschen mit Zuwanderungshintergrund haben als Menschen, die nicht in ihrem Leben gewandert sind. Die Flüchtlinge spielen in Mühlacker keine große Rolle, es sind 1,6 Prozent. Gleichwohl haben wir natürlich schon auch im Zuge der Flüchtlingszuwanderung in den letzten Jahren das Thema Migration stärker in den Vordergrund gestellt.

Wolf-Christian Strauss: Kommen wir zu den Konzepten. Gibt es in Mühlacker Konzepte, oder gab es in der Vergangenheit schon Konzepte, die einen thematisch-strategischen Ansatz für die Gesamtstadt verfolgen?

Johanna Bächle: Tatsächlich ist es so, dass wir keine Konzepte haben. Mühlacker muss offen eingestehen, dass wir nicht einmal Leitlinien haben und jetzt ein bisschen vor dem Problem stehen, dass wir händeringend einfach alles angehen wollen. Gleichzeitig stellen wir fest, dass alles irgendwie zusammenhängt.

Wolf-Christian Strauss: Mühlacker hat vor kurzem einen über einjährigen Prozess zu einem Demografiekonzept durchgeführt. Das Land hat die Begleitung dieses Prozesses gefördert. Welche Erfahrungen haben Sie mit diesem Prozess gemacht?

Johanna Bächle: Tatsächlich hat Mühlacker Gelder auch beim Land für die Durchführung eines sogenannten integrierten Managementverfahrens beantragt. Dabei haben wir sieben Zukunftswerkstätten in allen Ortsteilen Mühla-

ckers durchgeführt – ein sehr aufwendiges Verfahren, das tatsächlich über ein Jahr lang lief. Damit haben wir aber leider überhaupt keine guten Erfahrungen gemacht. Der Wunsch des Gemeinderats war es, einfach die Wünsche der Bevölkerung abzufragen, sich Zukunftsleitlinien zu geben. Herausgekommen ist eine Art Ideenbaustelle. Und das Ganze war, muss man leider sagen, von der Leitstelle, die uns begleitet hat, handwerklich nicht wirklich gut gemacht. Es wurde ein bisschen in die Zaubertrickkiste gegriffen. Schon beim Erstellen der Leitsätze konnte man, wenn man zurückblickt, feststellen, dass das alles sehr schematisch gemacht war.

Wolf-Christian Strauss: Haben die Stadtteile während dieses Prozesses irgendwie ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt?

Johanna Bächle: Herr Strauss hat die Formulierung geprägt: Mühlacker ist die Stadt der Stadtteile. Es gab Stadtteile, die sich in den Zukunftswerkstätten sehr in den Mittelpunkt gedrängt und gesagt haben: „Nein, nein, also das wollen wir nicht hier. Dann kommt unser Lomersheim in den Hintergrund, das geht nicht.“ So kam eigentlich überhaupt kein Zusammenhaltsgefühl auf. Auch das Thema Integration, das immer wieder auch Thema war in diesen Zukunftswerkstätten vor Ort, wurde nicht als gesamtstädtisches Thema aufgegriffen oder als integrierendes Thema betrachtet. Es war vielmehr immer nur so: „Wir vor Ort, wir brauchen einen Treffpunkt.“

Wolf-Christian Strauss: Jetzt ist dieser theoretisch für ein Demografiekonzept gedachte Prozess – eine demografiefeste Kommune – vorbei. Was hat Mühlacker aber daneben – außer dass es die Gelegenheit gab, über Geld einen geförderten Prozess durchzuführen – dazu angeregt, das Thema Konzepte generell weiterzuerfolgen? Warum brauchte es für Mühlacker ein Konzept?

Johanna Bächle: Parallel zu dem Demografieprojekt hat unsere Integrationsbeauftragte im Auftrag der Stadt versucht, den Integrationsrat – so heißt das bei uns in Baden-Württemberg – wiederzubeleben. Wir hatten es vormals als Integrationsbeirat schon einmal versucht. Die Integrationsbeauftragte stand dann vor dem Problem, dass es keine interessierten Migranten gab, die wirklich bereit waren, sich dort zu engagieren. Der vormals existierende Integrationsbeirat war eine Art Bespaßungsveranstaltung. Die Stadtverwaltung hat sich überlegt: Wo drückt der Schuh?, hat Migranten und Gemeinderäte eingeladen. Die Migranten sind nicht sehr zahlreich erschienen, es waren immer mehr Deutsche im Integrationsbeirat. Die Gemeinderäte haben gesprochen und die Migranten haben geschwiegen. Das war der Hintergrund. Dann stellte sich die Frage: Wie gehen wir weiter mit dem Thema?

Wir haben dann entschieden, dass wir ein Integrationskonzept brauchen. Das ist der einzige Weg, der dazu

führt, in dem Thema weiterzukommen. Die Integrationsbeauftragte arbeitet jetzt erst einmal mit Arbeitskreisen, bei denen sie themenbezogen Migranten und Deutsche zu Themen wie Wohnen, Gesundheit, Arbeitsplätze, Bildung einlädt. Diese Themen werden nicht aufgehängt an Defiziten oder an Zielgruppen, sondern an der Frage: Was brauchen wir für den Ort? Es mündet darin, dass wir ein Integrationskonzept daraus aufbauen. Wir haben dann auch schon im Kopf, wie wir weitermachen. Wir werden die Bausteine, die uns das Demografieprojekt geliefert hat aufgreifen, in das Integrationskonzept mit einfließen lassen. Wir haben dabei im Fokus, dass das Thema Migration ein gesamtgesellschaftliches Thema ist, dass alle Themen mit dem Thema Migration zusammenhängen. Wir werden das Ganze dann wohl hoffentlich bald in einer integrierten Stadtentwicklungsplanung aufgehen lassen. So ist unser Plan.

Wolf-Christian Strauss: Auf welche Herausforderungen stoßen Sie dabei, abgesehen von der Schwierigkeit, Migranten zur Beteiligung zu bewegen oder sie zu erreichen? In den Arbeitsgruppen gelingt das ja offensichtlich in kleinen Teilen. Aber welche Herausforderungen gibt es daneben noch?

Johanna Bächle: Na ja, die sehr geringe Beteiligung der Zugewanderten ist schon etwas, worüber wir intensiver nachdenken. Das ist ja breiter angelegt, dass sich Menschen nicht entsprechend ihrer Proportionalität an der Bevölkerung beteiligen. Wir stellen das auch in den Gemeinderatswahlen fest, bei denen Menschen mit Migrationshintergrund gut kandidieren könnten und sich auch die Fraktionen darum bemühen. Aber trotzdem lassen sich keine Migranten aufstellen oder, wenn sie sich aufstellen lassen, werden sie nicht gewählt. Das eine bedingt natürlich auch das andere. Es gibt keine Form der Teilhabe, von der wir sagen können: Es gelingt uns gut, Menschen mit Migrationshintergrund entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung in Mühlacker vertreten zu haben. Gleichzeitig möchte ich auch noch darauf hinweisen, dass wir einen Gemeinderat haben, der, obwohl er die Zahl der Migranten kennt, die in Mühlacker leben, versucht, das Problem kleinzureden. Die zweite Herangehensweise ist, dass man das Thema Migrationshintergrund neu zu definieren versucht und zum alten Ausländerbegriff zurückkehrt und sagt: Nur die ohne deutschen Pass. Wir haben heute sehr viel von voranschreitender Integration gehört. Wir stellen aber gleichzeitig fest, dass es bei uns nicht linear voranschreitet – Menschen, die in der zweiten Generation in Mühlacker als Migrant leben, holen oft jemanden aus dem Herkunftsland der Eltern zum Heiraten –, und wir mit der dritten Generation noch einmal von vorne anfangen, weil sie die Sprache nicht entsprechend beherrschen, wie man das für Bildungschancengleichheit sich eigentlich wünschen würde.

Wolf-Christian Strauss: Es fielen heute schon die Stichworte Überforderung, Verortung, Themenzuschreibung.

Ist die Gefahr in Mühlacker, dass man sagt: Na ja, man hat jetzt eine Integrationsbeauftragte, soll die doch mal das Konzept machen? Die Verortung wäre also der eine Teil der Frage, der zweite: Wie sieht es denn mit den anderen Ämtern aus? Machen die anderen Ämter mit oder ducken sie sich weg?

Johanna Bächle: Der Wille ist in den anderen Ämtern tatsächlich vorhanden. Wir sind in dem Difu-Projekt auch breiter aufgestellt gestartet. Auch unsere Wirtschaftsbeauftragte und unser Ordnungsamt sind an dem Prozess mitbeteiligt. Am Anfang war auch noch unser Amtsleiter des Baurechtsamts dabei. Gleichwohl ist es so, dass wir eigentlich unserer Integrationsbeauftragten das Thema übergeben und sagen: „Mach‘ du mal“, auch ich, muss ich gestehen, obwohl sie bei mir ins Amt gehört. Wir lehnen uns ein bisschen zurück und sagen: „Du kriegst das schon hin.“ Wir wissen natürlich im Hintergrund, dass das der Sache nicht gerecht wird. Integration ist eine Querschnittsaufgabe, ganz klar, die muss in den Rathäusern auch entsprechend personell unterstützt und ausgestattet sein. Ich finde mittlerweile, dass es eine kommunale Pflichtaufgabe ist. Und ich finde, wir bräuchten angelehnt an das Gender Mainstreaming ein Diversity Mainstreaming. Wir müssten uns wirklich viel weiter exponieren, um vorwärtszukommen, weil ansonsten das Thema wirklich an einer einzelnen Person oder an zweien hängt. Die bewerkstelligen jedenfalls die zitierte demografische Revolution schlicht und ergreifend nicht. Es geht dabei natürlich nicht nur um die personelle Ressource, sondern auch um die finanzielle Ressource. Wenn wir Projekte aufstellen wollen, sollten diese natürlich auch gut finanziert sein.

Wolf-Christian Strauss: Wenn Sie sich etwas wünschen könnten – jetzt hat Steinfurt das mit Bordmitteln gemacht, hätte aber gern Geld von außen gehabt –, so etwas wie ein Förderprogramm, dass man Konzepterstellung begleiten kann zum Beispiel, wäre so etwas auf Landes- oder auf Bundesebene wünschenswert?

Johanna Bächle: Was die Zuständigkeit anbetrifft, will ich die Frage nicht beantworten. Aber ich würde mir natürlich ein Förderprogramm wünschen. Die baden-württembergischen Förderprogramme sind in der Regel ein bisschen komisch gestrickt. Ich weiß nicht, ob es mit dem Bund wirklich besser liefere. Aber ich würde mir schon wünschen, dass das Thema wie die Geschlechtergerechtigkeit behandelt würde, also dass man eine Vielfalt der Kulturen gerecht nebeneinanderstellt, auch fördermäßig.

Wolf-Christian Strauss: Ein Stichwort, das wir bis jetzt nicht genannt haben, war die Gartenschau, die vor einigen Jahren einen Schwung der Gemeinsamkeit zwischen den Stadtteilen hervorgerufen hat. Vielleicht ist dieser Schwung ja noch einmal reaktivierbar?

Johanna Bächle: Tatsächlich haben wir in Mühlacker keine Mitte. Als wir die Gartenschau gemacht haben, hatten wir schon auch im Kopf gehabt, eine gemeinsame Mitte entstehen zu lassen. Die ist auch entstanden. Die Leute treffen sich da, aber sie begegnen sich nicht wirklich. Sie sitzen nebeneinander, es verbindet sie aber nichts. Und ich bin doch der Überzeugung: Wo ich mehrheitlich versuche, Strukturen gemeinsam zu nutzen, da entstehen Partnerschaften, Verbindungen, entstehen Gemeinschaft und Durchmischung.



Ich werde versuchen, auf viele Punkte von den Vorrednern einzugehen. Ich leite die Koordinierungsstelle Soziale Stadtteilentwicklung im Amt für Stadtentwicklung und Statistik und ich wurde gebeten, auf die Rolle des Quartiers in Integrations- und Stadtentwicklungsprozessen einzugehen. Hierzu kann ich vorab sagen – ich habe mir das Stichwort von Herrn Yildiz direkt notiert –, ich bin

Die Rolle des Quartiers in Integrations- und Stadtentwicklungsprozessen

Enes Biyik, Koordinierungsstelle Soziale Stadtentwicklung, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Heidelberg

„mehrheimisch“. Und deswegen kann ich an dieser Stelle sagen, die Rolle ist sehr wichtig. Denn die direkte Integration kann in der Regel nur in kleinteiligen Strukturen funktionieren, im Wohnquartier wie auch im Wohnumfeld. Die Identifikation mit dem Stadtteil, dem Kiez, dem Viertel ist die Maßnahme, an die wir anknüpfen können.

„Koordinierungsstelle Soziale Stadtteilentwicklung“: Wir koordinieren fachämterübergreifend die baulichen und sozialen Tätigkeiten in ausgewählten benachteiligten Stadtteilen, aber auch in den Stadtteilen, die vor großen baulichen und sozialen Veränderungen stehen, wie zum Beispiel Stadtteile, in denen Konversionsflächen vorhanden sind, in denen aufgrund von Neubaumaßnahmen der gewohnte Stadtteil mit 2.000 bis 3.000 Einwohnern perspektivisch in vier Jahren auf 5.000 Einwohner anwachsen wird. Für diese Stadtteile sind wir zuständig, weil neue Menschen dorthin ziehen werden und es dann gilt, dieses Sozialgefüge herzustellen. Wir betreuen, vernetzen und begleiten unsere Stadtteile und Quartiersmanagements in den Stadtteilen, sind aber auch Ansprechpartner für die Nachbarschaftstreffpunkte und die Vereine. Wir verknüpfen Aktionen und Veranstaltungen zu Bürgerbeteiligung und sind das Sprachrohr zwischen Stadtteil und Stadtverwaltung. Häufig haben wir das Problem, dass die Stimmen aus dem Stadtteil in der Stadtverwaltung gar nicht ankommen. Und dies vor allem nicht in Stadtteilen, in denen viele Menschen mit Migrationshintergrund leben.

Ebenfalls betreuen wir Förderprojekte. Wir betreuen auch soziale Projekte wie zum Beispiel das BIWAQ-Projekt, Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier, welches wir auch nutzen, um langzeitarbeitslose Menschen stadtteilbezogen zu qualifizieren und gleichzeitig eine Identität zu schaffen. Unser Instrument ist das integrierte Handlungskonzept. Dieses produzieren wir auf Stadtteil- oder Stadtviertelebene. Wie Sie wissen, ist das ein handlungsbezogener Ziel- und Maßnahmenkatalog. Wir als Stadtplaner arbeiten uns ja häufig ab an den baulichen Maßnahmen. Aber wir dürfen auch die sozialen Aspekte nicht vernachlässigen. Wichtig ist auch, dass diese Konzepte gemeinsam mit der Bürgerschaft entwickelt werden. Hierzu gehören natürlich die Bürgerwerkstätten und die Zukunftswerkstatt unter großer Beteiligung der Bürgerschaft.

Wir in der Stadt Heidelberg haben einen kommunalen Integrationsplan. Dieser wird betreut vom Amt für Chancengleichheit. Dieser Plan ist versehen mit Handlungsempfehlungen und Projekten auf Stadtteilebene für die Gesamtstadt. Da ist es ganz wichtig, dass wir diese Konzepte nutzen und in die Stadtentwicklung auch die sozialen Aspekte der Integration aufnehmen. Schwierig wird natürlich sein: Wie messen wir die Integration? Wir Planer sind nämlich eher so strukturiert, dass wir sagen: Ich will etwas in der Hand haben. Wir brauchen definitiv die sozialen Komponenten und die Unterstützung, um dieses auch aufzugreifen und um fachämterübergreifend zu agieren. Der Kontakt zu den Migrant*innenorganisationen funktioniert gut, wir werden zum Fastenbrechen eingela-

den, es gibt gemeinsame Feste, man redet. Aber die Beteiligung der Migranten in den etablierten deutschen Vereinsstrukturen ist leider sehr gering, da beißen wir uns die Zähne aus, und das klappt nicht auf Stadtteilebene.

Herr Prof. Dr. Pott hat es schon gesagt: bestehende Vielfalt für die Stadtentwicklung und für die Beteiligung nutzen. Aber es gibt wenig Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung. Die Menschen mit Migrationshintergrund bei uns in der Verwaltung, mit denen ich auf der operativen Ebene zusammenarbeite, kann ich an einer Hand abzählen. Wir haben das Problem, dass viele Projekte im kleinteiligen Rahmen laufen, aber nicht wirklich wahrgenommen oder gesehen werden. Dabei ist es wichtig, an die Verwaltungsspitzen anzudocken, wegen der Verortung. Denn nur so können wir den Mehrwert erreichen, dass es auch fachämterübergreifend geschieht. Sie haben in Ihren Klein- und Mittelstädten wirklich ein großes Potenzial, weil die Verwaltung nicht so groß ist, weil Sie viel besser miteinander reden können. Dieses Potenzial sehe ich bei Ihnen in den Strukturen, welches Sie aufgrund der kurzen Wege definitiv nutzen könnten.

Gleichzeitig wurde das Problem der Finanzierung angesprochen. Das sehe ich definitiv genauso. Ich glaube, dass eine Klein- oder Mittelstadt Probleme hat, Projekte zu realisieren und diese anzusetzen, weil es sehr schwierig und aufwendig ist, Projektanträge zu stellen. Wenn dann die Fördergelder, von Berlin bis in die Kleinstadt nicht durchsickern, dann wird es umso schwieriger, dort Integrationskonzepte oder Stadtentwicklungskonzepte anzusetzen, wenn nicht jemand da ist, der ein bisschen draufschaut und dies unterstützt. Daher ist es, wenn man die Maßnahmen ansetzt, auch sinnvoll zu schauen, ob man sie nicht doch aus dem eigenen Budget stemmen kann. Wir haben in Heidelberg den Vorteil, dass wir eine starke Wirtschaft haben und die Menschen, die bei uns Migrationshintergrund haben, in der Regel Akademiker sind. Aber auch wir haben Stadtteile, in denen sozial schwächere Menschen leben. Das sind auch Deutsche, das sind aber auch Menschen mit Migrationshintergrund. Die Quartiers- und Stadtteilmanagements, die wir in diesen Stadtteilen angesiedelt haben, und die integrierten Handlungskonzepte, die wir schreiben, sind städtisch finanziert. Das ist ein Luxus.

Daher Migration und Vielheit als eine Perspektive für die urbanen Städte nutzen und somit auch in die Stadtteile gehen und der mehrheimischen Bevölkerung die Chance geben, sich in die essenzielle Beteiligung und Strukturierung der Stadtteile einzubringen.

Zusammenhalt in einer mobilen Gesellschaft – Wie können Kommunen die Herausforderungen meistern?



Podiumsdiskussion

Frauke Burgdorff im Gespräch mit (v.r.n.l.)

Gaby Töpferwien, Landkreis Goslar, Fachbereich Familie, Jugend & Soziales

Ricarda Pätzold, Difu

Pfarrer Martin Schmelzer, Evangelische Kirche in Mitteldeutschland, Kirchenkreis Merseburg

Prof. Dr. Andreas Pott, Universität Osnabrück

Frauke Burgdorff: Fangen wir erst einmal mit Ihnen an, Frau Töpferwien aus Goslar. Goslar im Harz, eine sehr schöne Stadt mit einer sehr schönen Kaiserpfalz. Goslar ist eine Stadt, die mehrere Strukturwandel zu bearbeiten hat. Der gesamte Vorharz/Harz hat ja schon die eine oder andere Struktur verändern müssen, war Zonenrandgebiet, historische Städte, wegbrechender Tourismus, Waldsterben ... Wir haben also ganz viele Themen, die bei Ihnen sozusagen in den letzten 30 bis 50 Jahren angelandet sind. Zusammenhalt, Zugehörigkeit in Goslar, in einer mehrheimischen Gesellschaft – wie kriegen Sie das hin, oder was sind Ihre Konzepte, um diesen Zusammenhalt zu organisieren?

Gaby Töpferwien: Zusammenhalt ist in unserem Verständnis ein Wert. Und bei Wert kommen wir wieder auf den Begriff der Haltung, der hier heute auch schon gefallen ist –, Zusammenhalt ist auch eine Haltung. Wir brauchen, um diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu leben, auch eine politische Haltung. Das heißt, wir brauchen unsere Gremien. Unser Landrat und auch unser Oberbürgermeister in Goslar müssen diese Haltung leben und zeigen. Ich denke immer, die Dinge, die man gerne bewegen will, müssen vorgelebt werden, am besten von den Politikern oder von der Kommune und auch von jedem Mitarbeiter in der Kommune.

Ich leite das Integrationszentrum, das wir in Goslar haben. In meiner Fachgruppe Integration in unserem Fachbereich wird jetzt ein Integrationskonzept geschrieben. Die Robert-Bosch-Stiftung unterstützt uns dabei, wir machen das zusammen. Also, ich werde nicht federführend das Integrationskonzept gestalten, ich werde es mitgestalten.

Wir haben uns im Jahr 2015 – Stichwort Flüchtlinge – gefragt: Wie begegnen wir der Sache? Die Pensionen waren voll, es hat viel Geld gekostet. Wir haben gesagt: Mit dem gleichen Obolus schaffen wir es, mit einem Ankunftszentrum diesen ersten Teil zu begleiten. Wir machen das in acht Wochen und dann leben wir das Prinzip

des dezentralen Wohnens. Daraus entstanden ist das: Wir hören, wo die Bedarfe sind. Es ist quasi automatisch passiert, wir hatten das nicht beabsichtigt.

Wir haben zum Beispiel gedacht, wir machen einen Stundenplan. Die erste Unterrichtsstunde ist Montag, 8 Uhr. Ich war voller Freude, habe erwartet, dass die ersten 80 Migranten da sind. Ich gehe hin, gucke in die Klasse: keiner da. Niemand. Auf dem Weg traf ich einen, der kam um halb 9. Ich frage: „Wo sind denn die anderen alle?“ – „Ja, das ist viel zu früh. Auf diesem Zettel steht das, aber was heißt ‚Stundenplan‘? Wo sollen wir hin?“ – Wir haben gedacht, Stundenplan aushändigen und kurz erklären würde reichen. Es hat nicht gereicht. Wir sind dann zu den Menschen gegangen. Wir haben da gearbeitet, wo sie wohnten, zumindest in den ersten acht Wochen. Wir haben geklopft, wir haben erklärt, wir haben begleitet. Und so haben wir erfahren, was eigentlich notwendig ist, um diese Menschen zu erreichen. Wir haben nachgefragt. Wir haben ganz viel gelernt. Auch Öffnungszeiten waren in unserem Integrationszentrum nicht möglich. Wir haben einfach gesagt: „Okay, wenn wir im Dienst sind, dann sind wir da, und wenn ihr was wollt, klopft, kommt rein, die Türen sind auf. Wir hören uns alles an, es gibt keine dummen Fragen. Und wir behandeln auch alle gleich, unabhängig von Bleibereichtersperspektive oder Herkunft.“

Die Menschen haben uns kennengelernt. Wir haben eine ganz kleine Grundlage für ein Riesenvertrauen gesetzt. Ganz viele Menschen, die bei uns im Integrationszentrum waren, suchen uns noch heute auf. Die kommen zu uns, oder wir können zu ihnen gehen, wir sehen uns in der Stadt. Wir haben dadurch einen wunderbaren Zusammenhalt gewonnen. Was ganz wichtig ist: Wie kriegen wir das in die richtigen Gremien? Unser Integrationszentrum lief richtig gut, die Erfolge waren gut. Die Kinder sind auch in die Schulen gegangen. Wir haben eine schnelle „Eingliederung“ in die deutsche Sprache gehabt. Wir haben mit dem Jobcenter kooperiert. Das war nicht überall selbstverständlich. Wir haben auch immer wieder darüber

berichtet, wie es uns gelungen ist. Unsere Politiker und unsere Gremien haben Lust gehabt, haben es sich angehört. Das Nächste war für uns die Öffnung unserer Angebote, weil wir gesagt haben: Warum eine besondere Gruppe besonders behandeln? Die Problemlagen der Migranten oder Neuzugewanderten sind nämlich die gleichen wie bei denjenigen, die schon lange bei uns sind – ob das ein Hartz-4-Empfänger ist, eine alte Dame, ein Alkoholiker oder eine Familie, die mit der Kindererziehung überfordert ist. Das finden wir in allen Gesellschaftsschichten, in allen Herkünften. Wir haben ein soziales Clearing etabliert. Wir haben auch einen Kreistagsbeschluss dafür, das heißt, wir dürfen diese Leistungen jetzt auch offiziell erbringen.

Frauke Burgdorff: Das ist spannend. Anlass ist erst einmal die Zuwanderung. Dann merkt man aber, dass die Angebote auch von den anderen gebraucht werden. Das heißt, man öffnet das und nutzt die Verschiebung, die durch die Migration stattgefunden hat, für die gesamte Stadtgesellschaft. Und das kommunizieren Sie wahrscheinlich auch?

Gaby Töpperwien: Das kommunizieren wir, das kommt in der Gesellschaft an. Dann sind wir wieder beim gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir machen nicht nur alles für die Migranten, für die Zugewanderten, sondern wir bemühen uns für jeden Bürger, für jeden Einwohner, wir bemühen uns hier für alle.

Frauke Burgdorff: Herr Schmelzer, wir sind jetzt bei der Fragestellung Zusammenhalt. Wir waren gerade in Goslar, das Kernthema ist eigentlich Öffnen der Sonderangebote für die gesamte Stadtgesellschaft. Was, würden Sie sagen, macht in Weißenfels, einer Gemeinde, die ganz andere – auch strukturelle – Veränderungsprozesse hinter sich hat als das Ankommen der Neueinwohner, den Kern von Zusammenhalt aus?

Martin Schmelzer: Was macht den Zusammenhalt aus? Ich glaube, dass Menschen davon leben, dass sie einander wahrnehmen und spüren, dass sie füreinander wichtig sind. Wenn sie das nicht spüren, dann geschieht keine Begegnung, dann läuft man in der Stadt aneinander vorbei. Wenn Menschen aber merken: Ich bin für dich wichtig, du bist für mich wichtig, dann passiert etwas, dann kann man gemeinsam etwas machen, kann gemeinsam etwas starten aus der Kraft, die man im Miteinander hat. Die Frage ist eben: Mit welcher Haltung gehe ich durch die Welt oder durchs Leben? Bei uns Theologen ist das ja alles immer sehr existenziell. Öffne ich mich, sehe ich den anderen? Sehe ich seine Bedürfnisse? Mache ich mich auch kundig und sage: „Hier bin ich, ich möchte auch gesehen werden.“ Oder ziehe ich mich zurück, kümmere ich mich um meins und vielleicht noch um das, was am nächsten ist. Wenn es darum geht, eine Haltung zu entwickeln, die sich öffnet und für andere da ist, brauche ich einen Halt. Dieser passiert zum Beispiel in der Begeg-

nung mit anderen Menschen, im Feststellen von Gemeinsamkeiten und Unterschieden und eben dem Gespür dafür: Was brauchst du? Was brauche ich? Wie können wir das irgendwie regeln? Als Christ sage ich: Ich brauche auch einen Halt, der sich praktisch auf Religion, also auf etwas bezieht, das außerhalb meiner selbst ist.

Frauke Burgdorff: Wir haben jetzt zwei unterschiedliche Denkweisen, die vielleicht gar nicht gegeneinanderstehen, sondern sich wahrscheinlich ergänzen. Das eine ist: Wir organisieren Hilfe, Unterstützung im Lebensalltag als Angebot, auch als Angebot zur Emanzipation, aber nicht, um die Leute „passend“ zu machen. Und Sie haben jetzt das gemeinsame Tun betont, also das Gemeinsam-Wirksam-Sein und Sich-Gegenseitig-Helfen. Haben Sie Praxisbeispiele aus Weißenfels, von denen Sie sagen: Da haben wir gemeinsam etwas geschaffen, das uns gestärkt hat?

Martin Schmelzer: Voraussetzung ist ja, dass man sich in irgendeiner Form begegnet. Dafür müssen Räume geschaffen werden. Ich hatte gestern Abend eine Sitzung mit dem Gemeindegemeinderat. Am Sonntag haben 120 Eritreer in der Kirche neben dem Pfarrhaus in einem Saal eine Hochzeit gefeiert, die übrigens in Berlin gesegnet wurde. Aber dann standen sie im Stau, sodass sich alles etwas nach hinten verlagerte. Um halb 8 bin ich dann hingegangen: „Ihr müsst jetzt so langsam mal runterfahren.“ Es hat dann noch bis halb 9 gedauert, und dann wurde halt nicht richtig aufgeräumt. Die Erfahrung an dem Nachmittag aber war: Es waren Frauen, Kinder, kleinere, größere, und Männer unterwegs, alle wunderbar gekleidet in weiße Roben. Ein Kind kam zum Sandkasten und spielte mit meiner Tochter, und meine Tochter sagte, das sei ihre Schwester. Es war für mich so eine Sache, wo ich dachte: Ein bisschen musst du dem eine Struktur geben. Ich war nämlich der Einzige, der dort war, um zu gucken, dass auch alles irgendwann gut zu Ende geht. Aber ich habe gemerkt, dass die unglaublich dankbar und total freudig sind, dass sie diesen Raum haben können.

Gestern Abend war nun die Sitzung des Gemeindegemeinderats, es hatte halt gewisse Schäden gegeben, durch Klebestreifen auf Putz und durch hingelegte Tücher, die sehr nass waren. Es war total schwer für die Menschen, die praktisch das Leitungsgremium meiner Kirchengemeinde bilden, nachzuvollziehen, dass dabei ein Geschenk gemacht wurde für andere. Es wurde vorrangig wahrgenommen, dass der Saal nach Zwiebeln gerochen hat, dass der Putz verletzt ist, dass der Fußboden Flecken hat und dass nicht richtig aufgeräumt wurde in der Küche. Das ist etwas, was mich sehr traurig macht, weil ich denke: Ich möchte euch mal in der Situation sehen! Ihr habt euren Besitz, das ist auch alles wichtig. Aber auf der anderen Seite steht das andere, diese Begegnung, diese Möglichkeit, Menschen so etwas zu schenken. Dann schaut doch mal, ob es etwas dazwischen gibt, also ob wir beim nächsten Mal nicht begleiten können, ob wir

nicht sagen können: „Wir in Deutschland machen das so, wir hängen die Handtücher auf oder wir wischen dann den Boden“ Aber es wird vorausgesetzt. Das finde ich auch im Blick auf diese ganze Integrationsgeschichte erstaunlich, dass diese Leute, die hierherkommen, nach zwei Jahren Ordnung und Sauberkeit so draufhaben wie Leute, die für Deutsch gehalten werden. Das ist in Gedanken ungefähr so, wie wenn ich mein Kind in die Schule schicke und sage: „Nun lerne mal was“ – aber ich gebe keine Lehrer dazu. Also: „Kümmert euch mal, guckt mal, wie das so ist mit dem Leben und geht einfach voran.“ Das ist total jenseits von jeglicher Form von Begegnung. Und da merkt man auch: Das ist denen da in der Gemeinde nicht wichtig. Sie sagen dann zwar: „Wir verstehen schon, du musst ja als Pfarrer so argumentieren.“ Und dann sage ich: „Okay, ich argumentiere so als Christ.“ Und dann kommt von denen der Nachsatz: „Ja, aber das ist ja unser Eigentum, unser Besitz.“

Dann komme ich noch zu etwas, was mir beim Blick auf „Mobilanten“ aufgefallen ist. Juden und Christen waren die ganze Zeit unterwegs. Wenn sie das nicht waren, dann war es schwierig. Abraham war unterwegs, Adam und Eva wurden rausgeschmissen, sie waren auch Flüchtlinge. Und es ging so weiter und weiter. Auch das Volk Israel, die ganze Zeit unterwegs, selbst Jesus war ein Wanderprediger. Und Paulus hat ja den ganzen Mittelmeerraum missioniert ... Vielleicht ein biblisches Schlusswort aus dem Hebräerbrief: Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir. Also: ein bisschen mehr Offenheit würde ich mir schon wünschen.

Frauke Burgdorff: Ich bin versucht, mit dem schönen Bibelzitat „Suchet der Stadt Bestes“ zu antworten. Es ist eines der für Planer wesentlichen und schönsten Zitate. Ricarda Pätzold, Thema Zusammenhalt. Jetzt wird deine Erfahrung erbeten, dein Überblick über die Projekte, aber natürlich auch über deine anderen Forschungen. Wir haben im Tagesverlauf verschiedene Denkmuster und Handlungsmuster angeboten bekommen, wie sich Zusammenhalt in einer Gesellschaft der Vielheit organisieren kann. Meine Frage: Was kann die Stadt als Plattform, als „Gefäß“, als öffentlicher Raum, was können am Ende wir Planerinnen und Planer dazu beitragen? Was könnte das Gerüst sein, die Hilfen, die wir zur Verfügung stellen, damit es diejenigen, die in den Gemeinden vor Ort arbeiten, ein bisschen leichter haben?

Ricarda Pätzold: Ich muss zugeben, dass mich der Zusammenhaltsbegriff den ganzen Tag über eher mehr verwirrt hat. Alle streiten sich nämlich darüber: Welche Rolle hat der Raum? Welche Rolle hat die Interaktion? Ist es überhaupt wichtig? Ist man jetzt multilokal unterwegs? Zusammenhalt wird meiner Meinung nach häufig zu personal gedacht. Wenn wir zusammenhalten wollen, muss jeder jeden verstehen, und zwar alle miteinander. Und das übersteigt natürlich ganz schnell die Möglichkeiten.

Wenn wir alle mit allen zusammenhalten sollen, dann gehen wir natürlich irgendwo in die Knie. Was hat das Ganze nun mit Räumen zu tun? Ich habe gerade ein Architektenzitat im Kopf, ich glaube, es ging um Gent. Der Architekt meinte, er wollte einen Platz schaffen, an dem sich Fremde „Guten Tag“ sagen – also einfach diesen Anspruch an Räume, Empathie fördernde Räume schaffen. Kann das ein Raum? Kann ein Raum diese Ausstrahlung haben? Ein Stück weit sicher, wenn er die Offenheit vermittelt, dass man sich ihn aneignen kann. Wir haben ja bei jedem Platz den Streit, wie man die Jugendlichen aussperrt, wie man die Alten zum Sitzen bringt, wie man die Obdachlosen hindert, dort nachts zu kampieren. Wir haben also immer dieses „Wir“ und „Sie“. Das funktioniert nicht nur in Form der Aufteilung von Zuwandernden und Einheimischen und den schon lange Da-Seienden. Alle versuchen permanent, sich irgendwie abzugrenzen. Sicher ist es schwierig, ohne Abgrenzung auszukommen, weil niemand den Raum nutzt, weil sie alle den ganzen Tag Angst voreinander haben.

Regeln sollte es schon geben. Irgendjemand muss „Guten Tag“ sagen, das ist die Erfahrung mit den Räumen, die zur Verfügung gestellt werden. Wenn es keinen Gastgeber gibt, ist es schwierig. Wer ist der Gastgeber für einen Platz? Großes Fragezeichen. Aber ich denke, in die Richtung sollte es gehen: nicht so sehr zuschreiben, ein Stück weit öffnen, trotzdem mit Regeln versehen und gute Gastgeber sein. Und das haben ja Sie gemacht. Sie waren das erste freundliche Gesicht. Sonst muss man ja ganz lange warten auf ein freundliches Gesicht. Auch ein Stadtplatz kann ein freundliches Gesicht sein, indem er W-LAN bietet – man muss bei den Bedürfnissen anfangen –, indem er etwa die Möglichkeit bietet, etwas zu essen, ohne dass man schräg anschaut wird, indem er einfach symbolisiert: Tue was, wir sagen dir schon, wenn wir es in dieser Weise nicht wollen, aber wir sagen es dir freundlich. Und nicht eine Woche später: „Du hast unseren Putz zerstört und darfst nie wiederkommen.“ Es geht also um eine Form der Aushandlung. Ich glaube, es hat viel weniger mit den Steinen zu tun als mit den Menschen und den Prozessen.

Frauke Burgdorff: Auch mit den Spielregeln. In diesem Zusammenhang würde mich interessieren: So ein Park wie der Görlitzer Park in Berlin ist natürlich ein ganz anderer Ort als ein Marktplatz in Michelstadt oder der Paradeplatz in Gernersheim. Haben nicht die kleinen Städte auch eine Chance als – positiv gesehen – Praxisorte, uns da ein bisschen zu helfen? Stichwort: der gute Gastgeber. Dieses Sich-Kennen in kleineren Städten hat natürlich eine ganz andere Dimension. Mich interessiert die Erfahrung aus dem Projekt, gerne auch von den anderen Forschern. Ist das Gekannt-Sein nicht auch eine Dimension, um zusammenhalten zu können? Oder sind wir dann schon im Dorf?

Ricarda Pätzold: Zum Teil empfinde ich die Idee des Zusammenhalts – wo jeder jeden adressiert – schon als

ein Dorfkonzept, das sich nicht auf die Gesellschaft übertragen lässt. Das funktioniert eben nicht: Ich kenne jeden, vertraue jedem. Es muss anders aufgesetzt sein – auch schon der Gedanke des Zusammenhalts. Es hat ja auch etwas mit überpersonaler Solidarität zu tun, die in dem System verankert ist – und nicht nur: Ich helfe persönlich jemandem.

Ob die kleineren Städte Vorbild sein können? Sie können sicher ein Vorbild sein, ob der Görlitzer Park, weiß ich nicht. Es gibt einfach stürmische Zeiten an stürmischen Orten, an denen man die Regeln vielleicht jede Woche neu verhandeln muss und die man auch nie beruhigen kann. Aber auch das sollte uns nicht immer so unendlich beunruhigen, denn der Rest der Stadt funktioniert ja. Auch wenn es unerfreuliche Zustände gibt, sind die ja nicht an jeder Stelle dieser Stadt so. Man muss das nicht immer derart kritisieren. An manchen Orten „explodiert“ es mehr, an anderen Orten weniger. Jetzt zu den Kleinstädten und der Frage: Kann man dort etwas lernen? Ich weiß nicht, ob dort Begegnung anders funktioniert. Es gibt immer viele Klagen darüber, dass es dort zu ruhig ist. Andere sagen: „Es ist schön ruhig.“ Oder: „Es ist nur einmal in der Woche belebt, es wäre schön, wenn es öfter wäre.“ Alle haben eigentlich immer ähnliche Sorgen, in unterschiedlichen Dimensionen.

Frauke Burgdorff: Dazu würde mich jetzt Herr Pott interessieren, der sozialgeografisch auf die Dinge schaut, der untersucht, wie Gruppen sich konstituieren, wie sie zusammenhalten, wie sich Zugehörigkeit organisiert. Bleiben wir kurz beim Begriff Zusammenhalt. Frau Pätzold sagt, der Zusammenhalt, „alle mit allen“, ist eine Überforderung an uns als Menschen, an das System Stadt. Wir müssten gelassener, freier damit umgehen. Würden Sie diese These stützen?

Prof. Dr. Andreas Pott: Im Prinzip ja. Ich habe schon heute Morgen meine gewisse Skepsis mit Blick auf den Begriff des Zusammenhalts ausgedrückt. Mich überzeugt der Begriff theoretisch nicht. Ich glaube nicht, dass die moderne Gesellschaft, die Gegenwartsgesellschaft so funktioniert. Ich glaube, dass sie zerfällt in ganz viele unterschiedliche Kreise, die nebeneinander existieren. Insofern sehe ich die Suche nach dem Zusammenhalt eher in etwas, das wir heute mehrfach diskutiert haben, wenn es um neue Narrationen geht, um Bilder, um so etwas wie einen Dialog. Ich hatte es „Kultur des Dialogs“ genannt. Ich glaube, das ist extrem wichtig, aber der Dialog wird nie alle umschließen. Das wäre auch gar nicht anzustreben.

Herr Schmelzer hat ein eindrucksvolles Beispiel dafür gegeben, wie schwer es ist, selbst in der Gemeinde den Dialog überhaupt erst einmal in Gang zu bekommen, geschweige denn die angesprochenen Probleme zu lösen. Aber es ist eminent wichtig in Kontexten, die sich thematisch finden, wie zum Beispiel in der Kirche, mitei-

einander zu sprechen. Die Kirche selbst oder die Religionen haben sehr viel Erfahrung mit dem interreligiösen Dialog. Dieser schafft es immerhin, Gruppen, die auch von ihrer Glaubensorientierung her unterschiedlich sind, zusammenzubringen und in eine regelmäßige Kommunikation zu überführen. Ich glaube, das ist ganz wichtig.

Ich erinnere mich an eine Informationsveranstaltung im Rahmen der Entwicklung eines solchen Integrationskonzeptes. Es saßen Vertreter von verschiedenen Vereinen dabei. Einige waren aus der ersten Generation und einige aus der zweiten Generation. Während die zweite Generation sich durchaus an der Diskussion beteiligte, haben die Vertreter, die seit 40 Jahren vor Ort waren und vieles in den Vereinen und darüber hinaus geleistet haben, geschwiegen. Und das lag nicht an Sprachschwierigkeiten. Als ich dann im Nachgespräch fragte, warum sie sich nicht eingebracht hatten, sagten sie: „Na ja, wir haben schon einiges erlebt und auch verschiedene Ansprachen durch die Stadt, aber wir wollen erst mal abwarten, ob das ernst gemeint ist und ob das irgendetwas ändert an der Art und Weise, wie wir immer nur punktuell dazu geladen werden, aber eben kein kontinuierlicher Dialog besteht.“

Das ist etwas, das der Migrationsforscher Klaus Bade die Notwendigkeit einer „nachholenden Integration“ genannt hat, ein ganz passender Begriff, wie ich finde. Es wurden einfach zwei, drei Jahrzehnte verschlafen. Insofern braucht man eine Kultur des Dialogs, die regelmäßig praktiziert werden sollte. Ich glaube, dass sie im besten Fall über gemeinsame Themen und Gegenstände geführt wird. Dass es funktioniert, sieht man nicht nur in der Kirche, man sieht es auch in den Schulen. Wir können viel mehr von den Schulen – auch kommunal – lernen, indem wir diese Orte in die Stadt hinein öffnen.

Ein Feld, über das wir heute noch gar nicht gesprochen haben, ist der Sport. Im Sport funktioniert es ja genauso, dass man den Regeln des Sports folgend in der Mannschaft für die Mannschaft usw. das Gemeinsame verfolgt. Das nimmt wiederum sehr stark Bezug auf das Lokale, was Zugehörigkeit, Identität usw. angeht. Es findet tatsächlich viel Integration über Sport und im Sport statt. Aber auch da muss man genauer hinschauen. Man sieht zum Beispiel in kleinstädtischen Kontexten, dass es dominante Sportvereine gibt – und dann gibt es zum Beispiel Sportabteilungen von migrantischen Vereinen. Diese haben aber nicht die Rechte, auf den Plätzen vergleichbare Spielzeiten zu bekommen usw. Also: auch da muss man einen Dialog anstreben. Aber es sind, glaube ich, Beispiele dafür, wie man thematisch fokussiert so etwas wie Zusammenhalt praktizieren kann.

Ricarda Pätzold: Es gibt immer einen „Alle, alle“-Anspruch, zum Beispiel bei Veranstaltungen und Treffen. Als Erstes zählt man auf, wer alles nicht gekommen ist. Oder bei den Städten mit viel Abwanderung wie Zittau: Man zählt als Erstes auf, wer alles weggegangen ist. Bei

dem ganzen Aufzählen, wen man nun alles wieder nicht erreicht hat und was alles ganz schrecklich ist, vergisst man die, die da sind. Das fand ich eben gut: „Stadtteil“ ist derjenige, der dort lebt, den muss man ansprechen, egal wie, ob mit dem Flipchart, unterwegs oder sonst etwas. Aber man muss irgendwann einmal anfangen. Wenn wir immer erst warten, bis wir alle „eingewickelt“ haben, die wir vielleicht theoretisch „einwickeln“ könnten, bis alle Kinder zurückgekehrt sind, bis unsere Stadt schön genug ist, dass alle wieder den Weg in die Heimat gefunden haben ... So wird das nichts.

Publikum: Ich wollte den Aspekt der Kleinstädte und der räumlichen Dimension noch einmal in die Diskussion einbringen. Wir haben hier vorne zwei Landkreise, die Vertreterin vom Landkreis Goslar und den Herrn Pfarrer vom Burgenlandkreis. Beide Kreise sind dadurch gekennzeichnet, dass dort die Landkreise eine Riesenrolle spielen und die kreiseigenen Gemeinden eigentlich viel weniger eine Rolle spielen. Konkret mit Blick auf Goslar und die sehr interessante Idee mit dem Integrationszentrum stellt sich für mich die Frage: Wenn Sie nach acht Wochen die Geflüchteten in die kreiseigenen Gemeinden weitertransferieren – Sie haben im Landkreis ja auch Kleinstädte wie Braunlage beispielsweise oder Clausthal-Zellerfeld –, wie läuft es denn dort? Gibt es tatsächlich eine Schnittstelle, ein Schnittstellenmanagement, oder fällt dann die soziale Betreuung ins Nichts?

Und an den Burgenlandkreis: Wie ist es in Hohenmölsen? Sie haben ja auch Kleinstädte im Landkreis, auch dort ist die Problematik ganz ähnlich. Und Goslar ist für mich eine Mittelstadt und Weißenfels auch.

Gaby Töpferwien: Darauf bin ich vorhin nicht eingegangen. Wir haben eine ganz starke Netzwerkorganisation und arbeiten sehr eng mit unseren Kommunen zusammen. Ich hatte eingangs gesagt, was ich gerne möchte: Wenn ich Informationen und Zusammenarbeit will, dann muss ich das natürlich auch anbieten. Erst einmal als Vorgabe: Unsere Gemeinden haben sich darauf geeinigt, dass die Unterbringung Sache des Landkreises ist. Sie haben die Aufgabe der Unterbringung dem Landkreis gegeben. Wir haben uns mit den Gemeinden zusammengesetzt, haben mit ihnen gesprochen. Bei uns hat Goslar eine Strahlkraft wie Hamburg oder Berlin. Wer im Landkreis Goslar zugewiesen ist, möchte natürlich gerne in der Kernstadt wohnen. Wenige wollen wirklich sehr gerne in St. Andreasberg wohnen oder in Braunlage oder in einer der kleineren Städte. Das ist tatsächlich schwierig. Aber wir machen das so: Wir haben von den einzelnen Ortschaften Informationen gesammelt, wir haben starke Netzwerke in den Ortschaften. Sobald die Menschen zu uns kommen, werden sie nach Bevölkerungsquote auf die Kommunen verteilt. Die Kommunen werden frühzeitig über die Zuweisung informiert. Das ist kein „Überraschungspaket“ für unsere Kommunen, sondern sie wissen: Wir kriegen eine Familie. Wir wissen: Wie viele Kin-

der hat sie, was haben sie beruflich gemacht? Gibt es irgendwelche gesundheitlichen Besonderheiten? Brauchen die einen besonderen Arzt, oder, oder, oder? Wir haben ein Riesenpaket an Informationen. Wir haben uns Datenfreigabeerklärungen unterschreiben lassen, Schweigepflichtsentbindungen, all das haben wir. Dann kriegen die Kommunen diese Informationen, wir geben sie weiter. Wir sagen: „Achtung, passt mal auf, da kommt in acht Wochen eine Familie zu euch. Informiert mal eure Netzwerkspitzen, informiert die Integrationsbeauftragte, vielleicht die Kirche. Wer kann da unterstützen, wer kann helfen?“ Dann machen die eine kleine Fallbesprechung, organisieren sich. Und dann wird sich in den Kommunen um die Familie gekümmert. Das funktioniert.

Das andere war: Was passiert, wenn die umziehen? Wir haben das Prinzip des dezentralen Wohnens. Wir mieten nicht die Wohnungen an, sondern die Geflüchteten selbst mieten ihre Wohnungen an. Das heißt, sie sind auch Entscheidungsträger ihrer Mietangelegenheit. Natürlich kann es passieren, dass die ihre Wohnung kündigen und versuchen, nach Goslar zu kommen. Aber so viele Wohnungen gibt es in Goslar nicht. Viele bleiben in den Kommunen, auch in den kleinen Städten. Das hängt immer davon ab, wie stark die Einbindung in die Netzwerke ist. Ich finde, unsere Kommunen machen ganz hervorragende Arbeit. Ob das Seesen ist oder Clausthal, wir arbeiten ganz eng zusammen. Wir tauschen uns aus, wir informieren uns untereinander, unsere Arbeitsebene funktioniert gut, genauso wie die Arbeitsebene zum Jobcenter. Also: es funktioniert.

Martin Schmelzer: Eigentlich müsste ich das Mikrofon an Katja Henze übergeben, die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Weißenfels. Wenn ich antworten soll: Es ist dort so, dass es durchaus sehr großes Engagement seitens des Burgenlandkreises gibt, auch und vor allem seitens des Landrats. Heute wurde in Naumburg eine Migrationsagentur eröffnet. Es hatte lange gedauert, bis sich die ganzen formalen, organisatorischen, behördlichen „Geschichten“ geregelt hatten: Wann kommt wer an? Wie viele kommen an? Das war zeitweise sehr schwer in der Zeit, als so viele kamen. Wie werden die verteilt? Wohin werden die verteilt? Mittlerweile ist es so, dass die Leute, die bleiben, Wohnungen anmieten, ich glaube, auch selbst Mietverträge abschließen können. Es ist dann nur die Frage: Welche anderen Themen spielen eine Rolle in Zusammenhang mit Kreis und Stadt? Gerade in einem Landkreis wie dem Burgenlandkreis, der zusammengewürfelt wurde aus Zeitz, Naumburg und Weißenfels, spielen alte Konkurrenzen eine große Rolle. Also: der Weißenfelser mag Naumburg nicht so sehr, und umgekehrt ist das auch so. Aber das Landratsamt ist eben in Naumburg, und dorthin geht dann auch das Geld, und Weißenfels muss eine Umlage zahlen und sich dadurch verschulden usw. usf. Solche Sachen grätschen dann auch in andere Debatten hinein. Das ist ein bisschen schade. Ich denke mir: Leute, ihr habt anderes zu tun! Ihr müsst gu-

cken: Was sind die wirklichen Probleme? Und dann müsst ihr gemeinsam daran arbeiten.

Frauke Burgdorff: Auch ein interessantes „die“ und „wir“ bei dieser Zusammenlegung der Kreise! Das scheint ja das Gefühl zu sein: Man nimmt uns etwas weg, wir müssen eine Abgabe leisten ...

Martin Schmelzer: Ich glaube, dass viele Wunden aus der Vergangenheit nicht verheilt sind. Ich nehme mit dem Blick auf die DDR-Bürger wahr, dass es für viele total schwer ist, einen Halt zu finden – gerade in einer Stadt wie Weißenfels mit über 30 Prozent AfD-Wählern, weil die Suche nach Halt viele Menschen umtreibt und die Angst sehr groß ist. Wir hatten vor kurzem eine Podiumsdiskussion in der Weißenfelser Neustadt, ein Entwicklungsstadteil mit einem sehr hohen Anteil an Menschen aus der EU, die dort arbeiten, und auch an Geflüchteten usw. Eine Frau sagte: „Ja, ich bin enttäuscht.“ Dann habe ich überlegt: Ja, das ist jetzt ein Gefühl, aber was waren denn die Erwartungen der Frau? Zum Schluss kam heraus: „Ja, ich möchte, dass es so ist, wie es mal war, also 10 Jahre, 15 Jahre zurück.“ Dieser Wunsch ist real bei vielen Menschen in dieser Stadt und in dieser Gegend, er ist Wirklichkeit: „Ich möchte, dass es wieder so wird, wie es mal war, das gegenwärtig halte ich nicht aus, nicht lange jedenfalls.“

Publikum: Ich möchte einen Punkt aufgreifen, es ist das Thema Schulen und das Thema Sportverein. Schulen und Sportvereine nehmen eine wichtige Funktion wahr. Zum Thema Schulen: Ja, natürlich müssen die sich als Sozialraum verstehen. Das tun sie aber in großen Teilen nicht, weil wir immer noch ein Schulsystem von vor 150 Jahren haben. Das hat sich natürlich in Teilen pädagogisch gewandelt. Aber nach wie vor ist es so, dass die Schulleitung Herr über alle Reußen ist, sobald die Tür zu ist. Die Schulleitungen identifizieren sich in der Regel nicht mit dem Sozialraum. Das ist ein ganz großes Problem, gerade für uns als Kommunen. Ich versuche schon seit Jahren, Schulleitungen dazu zu bewegen. Ich verstehe, dass die viel zu tun haben, ihnen ist die Inklusion aufgedrückt worden etc. etc. Jetzt ist die Flüchtlingswelle gekommen, die haben viele Probleme. Aber das Selbstverständnis, dass eine Schule Teil des Sozialraums ist und dass wir das auch mitdenken müssen, ist sehr schwierig zu erreichen, weil es alles Landesbedienstete sind, und darauf ziehen sie sich im Zweifel immer zurück. Es gibt viele, die machen mit, wenn sie wollen. Aber man ist immer auf Freiwilligkeit angewiesen. Und das ist schon recht schwierig.

Das Thema Sportverein ist natürlich auch ein ganz wesentliches. Wenn wir gut miteinander leben wollen, dann ist der Sportverein der Weg, um über die Kinder an die Familien zu kommen. Einen besseren Weg als Sportvereine gibt es eigentlich gar nicht. Die gehören aus meiner Sicht auch ganz massiv unterstützt. Die Sportvereine

entlasten uns ganz signifikant von Leistungen, die normalerweise wir als Kommune erbringen müssten, die wir aber in dem nötigen Umfang gar nicht erbringen können.

Prof. Dr. Andreas Pott: Ich möchte noch einmal Ihre Frage an den Geografen aufgreifen, Sie sprachen mich eben als Geografen an, der professionsgemäß an die Bedeutung des Raumes glaubt. Die britischen Kollegen sprechen immer von: „Space matters.“ Wir haben heute auch ein paar Mal gehört, dass die Orte sehr wichtig sind und dass wir uns eine sozialraumorientierte Integrationsarbeit vornehmen sollen usw. Dann kam der kritische Einwand der Stadtsoziologin. Daran glaubt sie nicht so richtig, an die Bedeutung des Quartiers. Und ich muss sagen, ich bin in dieser Frage auch etwas unsicher oder gespalten. Wir müssen aufpassen – das kennen wir aus der Geschichte der Stadtforschung und der Geografie –, dass wir Raum nicht deterministisch denken. Nicht der Ort macht irgendetwas aus den Menschen, sondern die mit dem Ort verknüpften Ressourcenzuweisungen, die Bilder. Denken Sie an das Beispiel von heute Morgen: Etablierte/Außenseiter, die dann die sozialen Beziehungen strukturieren. Ich glaube, wir kommen weiter, wenn wir Ort stärker denken als Medium von Politik, von Kommunikation, von Dialog.

Das führt zu einem Thema, über das wir noch gar nicht viel gesprochen haben, nämlich die Symbolik von Orten. Ich glaube, daran müssen wir denken, wenn wir versuchen, Mobilität kommunal zu denken, Mobilität mit Orten zu verknüpfen. Das ist natürlich gar nicht so leicht. Man müsste sich nämlich den Ort vorstellen als einen Container, der vielfach perforiert und durchlöchert ist, durch den hindurch ständig Bewegung stattfindet. Wie schwer das auch organisationsmäßig ist, das erfahren wieder die Schulen, die mit Quereinsteigern zu tun haben, die dann plötzlich wieder weg sind, also: wo man permanent mit Mobilität rechnen muss. Gleichwohl haben wir die Aufgabe, darüber nachzudenken, wie man Orte mit neuen Narrationen verknüpfen kann. Dabei können Orte im Sinne eines Mediums fungieren, indem nicht nur Erinnerungsstätten eröffnet werden, sondern indem auch plakatiert wird, etwas sichtbar gemacht wird, zum Beispiel indem Stadtteilkünstler oder „Artists in Residence“ Orte temporär bespielen oder indem man darüber nachdenkt, dass das Fastenbrechen nicht nur in der Moschee stattfindet, sondern vielleicht auch mal im Rathaus; oder dass das Quartiersfest eben nicht im Quartier stattfinden muss, sondern quartiersübergreifend stattfinden kann und dergleichen mehr. Das sind Raumsymboliken, an die man denken soll, die nicht zu unterschätzen sind. Dabei kann man, wenn es darum geht, Stadtgeschichte als Migrationsgeschichte zu denken, ganz viel erreichen und tatsächlich auch im gebauten städtischen Raum visualisieren. Man sollte sich nur davor hüten, es auf Dauer festzuschreiben, man muss immer wieder neu in den Aushandlungsprozess hineingehen.

Frauke Burgdorff: Vielen herzlichen Dank. Ein Thema haben wir in der Tat jetzt ein bisschen vernachlässigt, geschuldet ist das der Fülle an Themen, die in einem Tag zu bewältigen war. Es handelt sich um das Thema mobile Gesellschaft und Stadt, auch Organisation. Also: Wo kommen denn die Engagierten her, wenn sie sich eigentlich nur drei, vier Jahre irgendwo aufhalten und dann weiterziehen? Das gilt ja nicht nur für die Migranten, sondern auch für die „Mobilanten“. Also: Wie konstituiert sich Stadt? Das ist sicherlich eines der Zukunftsthemen.

Prof. Dr. Andreas Pott: Ja, ich möchte noch etwas sagen, es ist aber nur sehr indirekt damit verknüpft. Aber es greift Mobilität in der Weise auf, die Herr Schmelzer angesprochen hat, nämlich als Ängste, die Mobilität bei vielen auslöst. Wir reden über die Weiterungen, wir versuchen, den Integrationsbegriff zu weiten und nicht nur zu beziehen auf Migranten und ihre Nachkommen. Was wir regelmäßig übersehen, sind zum Beispiel die zehn bis 15 Prozent, die AfD wählen und die sich auch allen Bestrebungen, einen kommunalen Zusammenhalt hinzubekommen, entziehen. Die kommen eben auch zu vielen Veranstaltungen nicht. Und da bin ich, ehrlich gesagt, sehr ratlos, wie wir mit dieser Entwicklung umgehen. Also: Wie können und sollten wir unter einer Zusammenhaltsperspektive mit diesen „Fliehkräften“ vor Ort umgehen?

Martin Schmelzer: Als Kirche haben wir ja Menschen, die bleiben. Das drücken wir an vielen Orten so auch aus. Gerade im ländlichen Raum sind Menschen seit Jahrzehnten ihrer Kirchengemeinde hochverbunden und treu

Dr. Bettina Reimann: Ich mache es kurz. Mir bleibt jetzt vor allem der Dank. Ich habe eine sehr reflektierte Diskussion mit sehr vielen Impulsen auch für den Nachgang mitgenommen. Zum einen, und dahin geht mein erster Dank, liegt es an der Moderation, an Frauke Burgdorff. Ich wusste, dass die Veranstaltung bei ihr in allerbesten Händen ist. Danke also, Frauke Burgdorff, für die fachlich sehr zugewandte und reflektierte Moderation. Zum anderen ganz herzlichen Dank an die Referentinnen und Referenten.

Und natürlich würde das ganze Projekt im fachlichen Austausch nicht so viel Spaß machen, wenn wir nicht auch – trotz aller Reibungen und Unterschiede, die wir in

und engagieren sich auch. Die Kirche oder die Leute, die dort arbeiten, haben als Leitung auch die Aufgabe, Begegnungen zu schaffen und die Menschen in irgendeiner Weise zu bestätigen und zu sagen: „Es ist in Ordnung, ihr habt Halt an dem Ort, wo ihr seid. Und gleichzeitig braucht ihr auch Konfrontation.“ Ich habe einmal zwei Syrer mit in den Frauennachmittag in Burgwerben genommen, die wurden mit Kaffee und Kuchen versorgt. Eine Frage war sehr spannend: „Trinken die denn auch Kaffee?“ Und ich habe gedacht: Auf vielen Kaffeepackungen steht doch „Arabica“ drauf. Das sind Momente, in denen deutlich wird, wie weit die Kulturen voneinander entfernt sind und wie wichtig es ist, dass sich Menschen aus ganz verschiedenen Kulturen auch mal, und wenn es nur einmal ist, begegnen.

Frauke Burgdorff: Die konkrete Begegnung als Möglichkeit, ganz egal wo – das war die perfekte Vorlage für die Beendigung dieser Diskussion. Begegnung hat hier heute vielfach stattgefunden, thematische Begegnung mit unglaublich vielen Themen und mit einem einigermaßen roten Faden. Begegnung hat unter Ihnen stattgefunden. Ich bin gespannt, wie es jetzt weitergeht. Man hat im Projekt drei Jahre viel debattiert und viel gemeinsam gelernt. Ich bin sehr dankbar, dass das wahr geworden ist, worauf ich mich gefreut habe, dass ich klüger aus dieser Veranstaltung hinausgehe, als ich hineingegangen bin. Und da die Hauptverantwortliche für die Veranstaltung hier ist, gebe ich ihr zum Abschluss das Wort und danke dem Podium noch einmal ganz herzlich.

unserem kleinen Team haben – gut zusammenarbeiten. Insofern Dank an Gudrun Kirchhoff, Ricarda Pätzold und Wolf-Christian Strauss. Wir haben die Arbeit zu viert bisher ganz gut gewuppt. Danke an Steffi Greiner für die perfekte Organisation der Veranstaltung und an Paul Kuras und Deniz Ucar, die uns hier als studentische Hilfskräfte unterstützt haben

Ich danke dem Projektbeirat, den Projektpartnern und Geldgebern und natürlich ganz herzlich den Projektkommunen, dass sie sich so haben „ins Schaufenster stellen“ lassen. Dafür sind wir sehr, sehr dankbar. Und wir gehen, glaube ich, reich beschenkt nach Hause, denn wir sind viel gelobt worden.



Profile der Referentinnen und Referenten

Silke Andresen

Dipl.-Geogr.; seit 2006 Referentin im Bundesbauministerium. In der Abteilung „Stadtentwicklung, Wohnen, öffentliches Baurecht“ von 2006 bis 2008 zuständig für das Programm Stadtumbau Ost, 2008–2011 Begleitung des Programms Soziale Stadt und in diesem Rahmen Befassung mit dem Thema Integration vor Ort (u.a. Nationaler Aktionsplan Integration sowie Studie „Stand der kommunalen Integrationspolitik in Deutschland“). Aktueller Arbeitsschwerpunkt: Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Begleitung des Städtebauförderungsprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ und des Forschungsfelds „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen“ im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt).

Johanna Bächle

M.A., Studium der Empirischen Kulturwissenschaft und neueren Geschichte an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Kulturreferentin in Langenargen am Bodensee, Kulturbeauftragte der Stadt Öhringen im Hohenlohekreis, Leiterin der Volkshochschule Mühlacker im Enzkreis, seit 2012 Leiterin des Amtes für Bildung und Kultur der Stadt Mühlacker, dort zuständig für Schulen, Kindergärten, Sport, Vereine, Jugend, Senioren, Städtepartnerschaften, Weiterbildung, Bibliothek, Museum, Archiv und Integration.

Enes Biyik

Dipl.-Ing., Stadt- und Raumplaner; Leiter der Koordinierungsstelle Soziale Stadtteilentwicklung im Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Heidelberg. Promotionsstudent CSI – Center for Social Investment, Universität Heidelberg. Arbeitsschwerpunkte: Stadtentwicklung, Bürgerschaftliches Engagement, Alternde Gesellschaft, Integration und Migration, Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzepte.

Frauke Burgdorff

Studium der Raumplanung; Gründerin der Agentur für kooperative Stadtentwicklung BURGDORFF STADT. Geschäftsführerin und Vorstand bei der Initiative Stadtbaukultur NRW, zuvor Mitarbeiterin bei der Montag Stiftung Urbane Räume gAG sowie bei der Urbane Nachbarschaft Samtweberei gGmbH. Moderiert seit mehr als 20 Jahren Werkstätten, Großgruppen, Streit- und Konsensgespräche zu vielen Fragen der Stadtentwicklung, Schwerpunktthemen: gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung, Prozessdesign und Entwicklung von Nachbarschaften.

Breschkai Ferhad

Kulturmanagerin; seit Dezember 2016 geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der Netzwerke von Migrantenorganisationen in Berlin. Arbeitet seit vielen Jahren im Themenfeld Integration sowie zu Demokratie und Toleranzförderung. Unter anderem Mitarbeit am Aufbau der Neuen Deutschen Organisationen und Leitung der Koordinierungsstelle. Weitere Arbeitsschwerpunkte: strategische Weiterentwicklung, nachhaltige Zusammenarbeit und Vernetzung mit bundesweit agierenden Behörden, Trägern, Verbänden und Gremien.

Joachim Gies

Saxophonist, Komponist und Performer in Berlin. Seine Musik zeichnet sich durch große Klangvielfalt und Sensibilität aus. Konzertreisen nach Ostsibirien und in die Mongolei haben seine Musik beeinflusst: asiatische Klangfelder treffen auf experimentelle Spielweisen des Saxophons. Joachim Gies tritt als Solist auf und leitet das Ensemble X, einen Zusammenschluss von Musiker/innen verschiedener Genres. Neben Kammermusiken sind Literaturvertonungen, Filmmusiken und Hörspiele weitere Schwerpunkte seines Schaffens. 2012 erhielt Joachim Gies den Kompositions-Förderpreis der A und A Kulturstiftung.

Birgit Kaiser

Studium an der Hochschule für Bauwesen Leipzig und an der TU Dresden, Fachingenieurin für Werterhaltung und Rekonstruktion; seit 1992 Geschäftsführerin der Zittauer Stadtentwicklungsgesellschaft mbH. Schwerpunktthemen der Gesellschaft: Stadt- und Regionalentwicklung, Stadtsanierung und Städtebauförderung, LEADER-Management und grenzüberschreitende Kooperation. Zuvor Leitung des Referats Stadtsanierung und Städtebauförderung in der Stadt Zittau. Mitglied im Lions-Club Zittau, Mitglied im Vorstand des Vereins Tradition und Zukunft Zittau e.V. und Präsidentin des Volleyballvereins VVZ 09.

Stephan Kelbert

Dipl.-Ing., Studium des Technischen Umweltschutzes mit dem Schwerpunkt Wasserwirtschaft in Berlin, anschließend verschiedene Tätigkeiten in der Wasserwirtschaft und im Betrieblichen Umweltschutz. 1998–2009 Geschäftsführer des

Abwasserverbandes Mittlere Mümling in Michelstadt (kommunales Unternehmen). Seit 2009 parteiloser Bürgermeister der Stadt Michelstadt.

Gudrun Kirchhoff

Dipl.-Soz., Studium der Soziologie, FU Berlin; seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin, Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales. Stellvertretende Projektleiterin des Forschungs-Praxis-Projektes „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“ und Projektleiterin der Difu-Koordinierungsstelle Flüchtlinge. Zuvor u.a. Sozialplanerin und Stadtforscherin in Berlin. 1997–1999 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS in Erkner, danach am Institut für Stadtentwicklung und Wohnen in Frankfurt/Oder und bei der Schader-Stiftung in Darmstadt, dort Koordination von Forschungsprojekten zur sozialräumlichen Integration von Zuwanderern und zur Qualifizierung kommunaler Integrationspolitik insbesondere in Kommunen des ländlichen Raums.

Maria Lindemann

Dipl.-Kaufrau (FH), Verwaltungsexpertin mit Erfahrung aus vier kleineren bis mittleren Kommunen als Fachbereichsleiterin und Allgemeine Vertreterin. Seit einigen Jahren Erste Beigeordnete bei der Kreisstadt Steinfurt. Arbeitsschwerpunkte neben den klassischen Verwaltungsbereichen: Bildung, Familie, Generationen, Kultur und Wirtschaftsförderung. Projektschwerpunkte: Gründung „Haus der Familie“, Einrichtung von Sekundarschulen, jugendgerechte Kommune, Integrationskonzept; aktuell: Aufstellung eines ISEK für die Stadt Steinfurt.

Joachim Mergen

Dipl.-Päd. (Univ.); Leiter des Caritas-Zentrums Germersheim in Trägerschaft des Caritasverbandes für die Diözese Speyer e.V. Nach seiner Tätigkeit als Fachreferent für Migration und Integration beim selben Träger Leiter der Abteilung Soziales und der Sparte Behindertenhilfe und Psychiatrie.

Martin zur Nedden

Seit 2013 Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). Zwischen 1984 und 2006 Stadtplaner in verschiedenen Kommunen, in Unna und Bochum als Beigeordneter. 2006–2013 Bürgermeister und Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig. Langjährig Vorsitzender des Bau- und Verkehrsausschusses des Deutschen Städtetages, 2013–2015 Präsident der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), stellv. Kuratoriumsvorsitzender der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), 2007–2016 stellv. Vorsitzender des Stiftungsrates der Bundesstiftung Baukultur, Mitglied des Kuratoriums „Nationale Stadtentwicklungspolitik“, Mitglied des Beirats Stadtumbau des Landes Sachsen-Anhalt und weiterer Gremien. Seit 2014 außerdem Honorarprofessor für Stadtentwicklung und Regionalplanung an der Fakultät Architektur und Sozialwissenschaften der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) Leipzig.

Andreas Pott

Dr. phil. habil., seit 2007 Professor für Sozialgeographie an der Universität Osnabrück, seit 2010 Direktor des dortigen Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) und seit 2016 Vorstandsmitglied des Rats für Migration (RfM). Forscht seit 2002 zu sozialem Aufstieg in der zweiten Migrantengeneration. Weitere Forschungsgebiete: Geographien der Migration, städtische Migrationsverhältnisse. Aktuelle Publikationen (Auswahl, z.T. Ko-Autorenschaft): „Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime?“ 2018; „Unwahrscheinlich erfolgreich. Sozialer Aufstieg in der Einwanderungsgesellschaft“ 2016; „The Local Production of Asylum. Journal of Refugee Studies 29. 2016 (4), S. 440-463; „Geographien des Rassismus“, in: María do Mar Castro Varela und Paul Mecheril (Hrsg.): Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart, 2016, S. 185–192.

Ricarda Pätzold

Dipl.-Ing., Studium der Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin; seit 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Arbeitsschwerpunkte: Wohnen und Stadtentwicklung. Ständiger Gast in der Fachkommission „Wohnen“ des Deutschen Städtetages. 2005–2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der TU Berlin – Institut für Stadt- und Regionalplanung. Dortige Schwerpunkte in Forschung und Lehre: Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Sicherheit, Kulturwirtschaft, Stadterneuerung.

Bettina Reimann

Dr. rer. soc., Studium der Soziologie, Politologie und Stadtplanung an der Universität Bremen, der FU Berlin und der Columbia University, New York City, USA. Nach der Promotion Mitarbeit im Quartiermanagement in Berlin-Marzahn. Seit 2001 Projektleiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales. Arbeitsschwerpunkte: Integration, Bürgerbeteiligung, soziale Stadtentwicklung, Evaluationskonzepte.

tion und Begleitforschung. Leitung des Forschungs-Praxis-Projektes „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“. Mitglied des Kommunalen Qualitätszirkels zur Integrationspolitik und der Allianz Vielfältige Demokratie der Bertelsmann-Stiftung.

Roland Roth

Prof. Dr., Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal (1993–2014), Research Fellow an der University of California in Santa Cruz (UCSC) und am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) sowie Gastprofessor an der Universität Wien. Schwerpunktthemen: Kommunalpolitik, Demokratie, soziale Bewegungen, Migration und Integration. Mitbegründer des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“, 2000–2002 sachverständiges Mitglied in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Mitglied in wissenschaftlichen Beiräten von Stiftungen zu den Themen Kinder- und Jugendbeteiligung, Demokratieentwicklung, Integration und Rechtsextremismus. Mitbegründer von „DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration“ und „ipb – Institut für Protest- und Bewegungsforschung“.

Wiebke Schindel

Studium der Politikwissenschaft, Volkswirtschaft und Geschichte an der Technischen Hochschule Darmstadt; seit 2014 Leitung des Referats Integrationsförderung im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. Davor seit 1992 in der Ministerialverwaltung des Landes Hessen tätig: Hessisches Sozialministerium, Hessisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Hessische Staatskanzlei, Hessisches Ministerium für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz. Seit 2009 verantwortlich für die Integrationsförderung und Modellprojekte.

Martin Schmelzer

Studium der Theologie in Göttingen und Halle (Saale); Pfarrer. Vikariat in Merseburg, seit April 2009 Pfarrer in Weißenfels-Mitte (Kernstadt Weißenfels und Burgwerben). 2015 Mitbegründer und seitdem Leiter der Initiative „Engagiertes Weißenfels“.

Wolf-Christian Strauss

Dipl.-Ing., Studium der Stadt- und Regionalplanung, TU Berlin; Tätigkeit in freien Planungsbüros und der öffentlichen Verwaltung sowie als selbständiger Dipl.-Ing. und Architektur-Fotograf. Seit 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Arbeitsschwerpunkte: Stadtplanung, Integrierte Stadt(teil)entwicklung (im internationalen Vergleich), Städtebau, Baukultur, Stadterneuerung (jährlicher Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung), Planungsrecht; Mitglied der ehemaligen Difu-Projektgruppe Soziale Stadt (Bundestransferstelle Soziale Stadt – Investitionen im Quartier; bis 2015). Ständiger Gast in der Fachkommission „Stadtplanung und Städtebau“ des Deutschen Städtetages; Mitglied der European Urban Research Association (EURA).

Gaby Töpferwien

Verwaltungsfachwirtin und Leiterin der Fachgruppe Integration des Landkreises Goslar. Zuvor Sachbearbeiterin in der Sozialhilfe, Integrationsfachkraft im Jobcenter und Geschäftsführerin im Integrationszentrum des Landkreises Goslar. Aktuelle Projekte: „Soziales Clearing“ und „Integrationskompass“. Themenschwerpunkte: Zusammenarbeit mit den geflüchteten Menschen (Erreichbarkeit, passgenaue Angebote), Praxiserfahrung im zentralen und dezentralen Flüchtlingsmanagement.

Erol Yildiz

Professor für den Lehr- und Forschungsbereich „Migration und Bildung“ an der Universität Innsbruck, Leiter des Instituts für Erziehungswissenschaft. Zuvor Gast- und Vertretungsprofessuren in Luxemburg, München, Graz, Wien, Hamburg und Köln. Forschungsschwerpunkte: Migrationsforschung, Migration und Bildung, Diversität, Stadt und Urbanität. Themenbezogene Publikationen (Auswahl): „Die weltoffene Stadt. Wie Migration Globalisierung zum urbanen Alltag macht“ 2013; „Nach der Migration. Postmigrantische Perspektiven jenseits Parallelgesellschaft“ 2015; „Migration, Stadt und Urbanität“ 2017.